

Wöchentlich 60 Bl., monatlich 1,50 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,50 M. einschließlich 60 Blg. Postgebühren und 72 Blg. Postgebühren Auslandes abnommen 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Welt“, „Wochenzeitung“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration des Preises, Kassepreis 2.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des ergebungsreichen Wertes 25 Pfennig (zwei bis vier Zeilen), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenanzeigen des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen 2c je 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polizeidirektion: Berlin 87536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Anhalterstr. und Preussens, Wallstr. 65. De. B. u. Diec.-Gel. Depositionskasse Lindenstr. 3.

Auflösung oder Demission?

Die Regierung ohne Vertrauen.

Die Regierung Brüning, sagt man, will heute den Reichstag auflösen — ganz schnell, bevor sie sich selber auflöst.

Im Zentrum ringt man die Hände. „Die reaktionärste Regierung der Republik!“ rief gestern der Zentrumsabgeordnete Schlaack in offener Reichstagsitzung verzweifelt aus.

Es ist nicht nur die reaktionärste Regierung, es ist auch die unmöglichste.

Georg Michaelis war ein ausgezeichnete Verwaltungsbeamter, ein glänzender Ruf ging ihm voraus. Aber als Kanzler war er eine Katastrophe.

Heinrich Brüning ist ein gelehrter Sozialpolitiker, ein Finanzachverständiger von vielen Graden. Aber er ist der Michaelis der Republik.

Keine Zunge kann sagen, keine Feder schreiben, was dieser Unglückskanzler binnen 14 Tagen an Kuddelmuddel angerichtet hat.

Er kam, um zu führen, aber seine Regierungsparteien spielen mit ihm Blindetuh. Je kleiner sie sind, desto häufiger machen sie sich, und allen muß er es recht tun. Dazu kommen dann noch die Deutschnationalen, ohne deren Stütze kein Kabinett auf parlamentarischen Boden seinen Schritt tun kann.

Mit finster entschlossener Miene hatte die Regierung verkündet, sie wolle 75 Proz. Erhöhung der Biersteuer und kein Prozent weniger. Schließlich einigte man sich mit der Bayerischen Volkspartei freibleibend auf 46.

Die Wirtschaftspartei sah die erwünschte Gelegenheit, den Konsumvereinen mit einer Erdoresselungssteuer an den Krügen zu gehen. Der geschickte Taktik der Sozialdemokraten im Ausschuss gelang es zunächst, den in-jamen Plan zu vereiteln. Jetzt raft die Wirtschaftspartei. Sie will, sagt sie, jetzt alles kaputt machen!

Die Wünsche der volkserhaltenden Gruppe liegen wieder auf einer anderen Ebene. Nicht umsonst spricht man im Reichstag von ihr als von dem „Gardestellenjäger-Bataillon“.

Und dann die Deutschnationalen! Um sie zu fördern, hat man den Speckzoll nebst allen anderen Delikatessen breit hingelegt. Man schämt sich nicht, ein neues „Junktum“ zu verkünden und zu erklären, daß der Landbund, die Zölle, die er will, nur dann bekommt, wenn die Deutschnationalen der Regierung die Steuern, die sie will, bewilligen!

Damit gibt man zynisch zu, daß der neue Agrarschutzzoll nicht das Resultat sachlicher Erwägungen, sondern bloßes Tauschobjekt eines Handelsgeschäfts zwischen den Parteien ist.

Herr Brüning ist als Mensch vom Kopf bis zur Fußspitze sauber. Seine persönliche Integrität ist unbestritten. Trotzdem verbreitet sich um ihn eine Atmosphäre politischer Unmoral.

Jetzt dreht sich nämlich alles um die Frage: Wer leistet zuerst? Keiner traut dem anderen über den Weg.

Die Deutschnationalen wollen nicht die Steuern bewilligen, ehe die Zölle beschossen sind. Die Regierungsparteien wollen nicht die Zölle annehmen, solange nicht die Steuern beschossen sind.

Der Gast will nicht zahlen, ehe ihm serviert worden ist. Der Kellner will nicht servieren, wenn ihm nicht im Voraus bezahlt wird. Keine Wirtschaft!

Die deutsche Innenpolitik binnen vierzehn Tagen soweit zu bringen, ist schon ein Kunststück.

Da beschwert man sich im Zentrum über den „verheerenden Ton“ der sozialdemokratischen Presse. Als ob irgendeine Presse der Welt durch irgendwelche Töne einen Zustand schaffen könnte, wie er ist! Nein, dieser Zustand gegenseitiger Verheerung, allseitigen Mißtrauens und vollständiger Kopfschüttelung, wie er jetzt besteht, ist nicht von boshaften Journalisten derurteilt, sondern er ist nur ein Produkt des gegenwärtig an der Regierung befindlichen Unvermögens.

Es ist ein offenes Geheimnis — und der Zentrumsabgeordnete Schlaack hat es ja in alle Welt hinausgeschrien —, daß diese Regierung in ihrem eigenen Lager

schon auf schärfstes Mißtrauen stößt. Was eine andere Regierungspartei, nämlich die Demokratische, heute in ihrer offiziellen Korrespondenz ausspricht, dürfte wohl die Meinung aller sein:

Mangel an Führungswillen, zu weitgehendes Eingehen auf Fraktionswünsche — das waren die Hauptvorwürfe, die man der vorangegangenen Regierung machte. Aber diese Vorwürfe sind noch nie so berechtigt gewesen wie gegen das Kabinett Brüning. Keine frühere Regierung ist so leicht vor Parteienforderungen zurückgewichen, keine hat so sehr den offenen Kampf mit widerstrebenden parlamentarischen Gruppen gesucht.

Hat die Regierung überhaupt noch eine Uebersicht über das, was aus den täglich wechselnden Verhandlungen der Parteien herausgekommen ist?

Weiß sie überhaupt noch, welche Mittel ihr schließlich in die Hand gegeben sein werden? Es ist deshalb selbstverständlich, daß man beiden Parteien, die dieses Kabinett stützen, allmählich selbst ernstliche Bedenken gegen die Ergebnisse der letzten 14 Tage hegen muß, daß sie sehr ernsthaft nachprüfen müssen, was in diesen 14 Tagen geschehen ist. Das Agrarprogramm bedurfte

von vornherein solcher Nachprüfung, sie wird sich jetzt auch auf das so stark veränderte Steuerprogramm ausdehnen müssen. Statt des Weges ins Klare, auf den das Kabinett Brüning führen wollte, hat man also einen Weg ins Ungewisse angetreten,

man hat sich in Abhängigkeit begeben, von der man kaum Vorteil hat, man steht unter dem Druck, den man nicht abschütteln kann.

Ob nach den Ereignissen der letzten zwei Wochen der Reichstag bleiben kann, wie er ist, das ist eine offene Frage. Jetzt ist alles so durcheinander gebracht, daß wahrscheinlich Neuwahlen notwendig sind, um wieder regierungsfähige Gruppierungen möglich zu machen.

Keine Frage aber scheint uns zu sein, daß diese Regierung nicht berufen ist, den Reichstag aufzulösen. Eine Regierung, die viele Wochen lang ohne Reichstag regieren soll, bedarf mehr als jede andere starken Fundaments an Volkstrauen. Die Regierung Brüning hat in vierzehn Tagen das Vertrauen selbst der Minderheit, auf die sie sich stützt, so gut wie restlos verspielt.

Sie kann nur noch durch eine Handlung dem Geiste der Verfassung genügen, nämlich indem sie dem Reichspräsidenten ihre Demission gibt!

Die reaktionärste Regierung

Erklärung des Zentrumsabgeordneten Schlaack im Reichstag.

In der gestrigen Reichstagsitzung wandte sich der Zentrumsabgeordnete Peter Schlaack, Verbandsdirektor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Köln-Bayenthal — der christlichen Konsumvereine — mit der größten Schärfe gegen die geplante Sondersteuer gegen die Konsumvereine.

Schlaack führte aus:

Das Regierungsprogramm belastet schon die breiten Massen weitgehend, aber der Antrag der Regierungsparteien ist für die breiten Massen geradezu unerträglich. Die Umsatzsteuer belastet am meisten die armen kinderreichen Familien.

Auflösung in Sicht.

Kein Agrarprogramm ohne Finanzprogramm.

Das Nachrichtenbüro des VdJ. teilt mit: Im Anschluß an die Sitzung des Reichskabinetts am Freitagnachmittag hatte eine Besprechung des Kabinetts mit den Parteiführern der hinter der Regierung stehenden Parteien stattgefunden. Als Ergebnis dieser Besprechung erfahren wir, daß einmütig die Meinung dahin ging, daß das Agrarprogramm nur gemeinschaftlich mit dem Finanzprogramm in Kraft treten könne. Dementsprechend werden die Regierungsparteien einen Antrag einbringen, durch den das Junktum zwischen beiden Fragen formell hergestellt wird.

Dieser Antrag wird als § 13 zu dem Gesetz über den Mineralölschuld, mit dem das Agrarprogramm verbunden ist, gestellt und vom Reichskanzler befürwortet werden. Wird das Junktum oder werden die Vorlagen selbst abgelehnt, so behält sich das Reichskabinett die weitere Entscheidung vor.

Das gleiche soll gelten, wenn die Finanzvorlagen in ihren Erträgen beeinträchtigt werden.

Wie wir zu diesem Ergebnis der Parteiführerbesprechung aus parlamentarischen Kreisen weiter hören, wird die vom Reichskabinett zu treffende Entscheidung dahin fallen, daß der Reichstag am Sonntagabend aufgelöst wird. Die Regierung wird also nicht erst um ein Ermächtigungsgesetz bitten.

Dazu kommt die Sondersteuer, die ein Ausnahmegesetz gegen die Selbsthilfe der Verbraucher darstellt und die viel schlimmer ist als die frühere Warenhaussteuer.

Während man die Genossenschaften der Landwirte mit vielen Millionen subventioniert, sollen hier die Genossenschaften der Arbeiter erdoresselt werden. Für die Landwirtschaft aber wird ein Hilfsprogramm gemacht, das wiederum die Lebenshaltung der Arbeiter verteuert.

Das Gesamtprogramm ist so gestaltet, daß von den Arbeitern, auch von den christlichen Arbeitern, diese Regierung als die reaktionärste seit der Revolution bezeichnet werden müßte, falls die Regierung auch der Sondersteuer zustimmt.

(Hört! hört! links). Wie sind überzeugt, daß Minister Stegerwald diese Steuer nicht mitmacht. Die vielen hunderttausend Mitglieder von Konsumvereinen, die sich aus allen Parteien zusammensetzen, werden diejenigen Parteien, die für diese Sondersteuer sind, bei den Wahlen die Antwort erteilen (Beifall links).

Die Hoffnungen des Herrn Schlaack auf seine eigene Fraktion, auf Stegerwald und die Regierung sind noch am gleichen Abend enttäuscht worden. In der Sitzung des Steuer-ausschusses gab der Zentrumsabgeordnete Herold die folgende Erklärung ab:

„Herr Kollege Schlaack hat in der Plenarsitzung das Wort ergriffen, ohne daß die Fraktion befragt worden ist. Er hat aber in vielen Punkten seiner Ausführungen zum lebhaften Beifall der Fraktion eine von den Anschauungen der Fraktion abweichende Stellung genommen. Die Fraktion steht auf dem Boden des Kompromisses.“

Die Regierung Brüning und die Reichstagsfraktion des Zentrums stehen also auf dem Boden der Steuer gegen die Konsumvereine! Die Voraussetzungen, an die Herr Schlaack seine Charakterisierung des Kabinetts Brüning geknüpft hat, sind erfüllt, und sie besteht zu recht:

Diese Regierung ist die reaktionärste seit der Revolution!

Der christliche Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln umfaßt 800000 Mitgliederfamilien. Für sie gilt der Ruf des Herrn Schlaack:

Gebt der Regierung Brüning und ihren Parteien bei den Wahlen die Antwort!

Ein Hilfeschrei.

Der Hanfband soll retten.

Wir lesen im „Berliner Tageblatt“:

„Es muß Befremden erregen, daß der Hanfband sich gegenüber dem, was jetzt im Reichstag vorgeht, vollkommen passiv verhält. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat gegen ein Agrarprogramm in Protest erhoben, das einseitig einem Teil eines einzelnen Standes auf Kosten der Gesamtheit ungeschickliche Vorteile zuwenden will. Auch die bayerische Industrie äußert ihr Bedenken. Gerade der Hanfband, der seinerzeit zur Verteidigung der berechtigten Interessen von Handel und Industrie gegen die maßlosen Forderungen des Bundes der Landwirte gegründet worden ist, hat die historische und aktuelle Mission, in der heutigen Stunde, da der Reichslandbund keine einseitigen und für die Gesamtheit des Volkes verhängnisvollen Ansprüche durchsetzen will, für die bedrohten Interessen der übrigen Wirtschaft einzutreten. Warum schweigt das Präsidium des Hanfbandes, das sonst so redselig ist?“

Das ist ein verzweifelter Schrei nach Hilfe! Aber warum ruft das „Berliner Tageblatt“ nach dem Hanfband? Es wäre einfacher, wenn es nach der demokratischen Reichstagsfraktion rufen würde!

Was tut die demokratische Reichstagsfraktion, was Minister Dietrich gegen das Schiele'sche Agrarprogramm? Sie machen es mit!

Hilfer, Hugenberg und Stahlhelm.

Die Gründe für den Umsturz Hilfers. — Stahlhelmultimatum an die Nationalsozialisten.

„Der Jungdeutsche“ leuchtet in die Beziehungen zwischen Hilfer und Hugenberg hinein. Er enthüllt, daß im Hugenberg-Kreise die Absicht bestanden habe, mit Hilfe der Alldutschen die Nationalsozialisten zu spalten und einen Teil der Hilfer-Leute als Ersatz für die Schiele-Gruppe an die Deutschnationale Volkspartei heranzuziehen. Vor dieser Wendung sei Hilfer sofort umgefallen. Zur Bekräftigung seiner Enthüllungen zitiert „Der Jungdeutsche“ die folgenden Ausführungen aus der Bundeszeitung des Stahlhelms:

„Doch Hilfer bekommt die Macht der Hugenberg-Clash-Gruppe zu spüren, wenn er von ihrer Linie abweicht. Eine Probe hat man jetzt gemacht. Adolf Hilfer ist sofort umgefallen, macht der Reaktion eine tiefe Verbeugung und erklärt den Geheimrat Hugenberg, dessen Schwankung von der nationalsozialistischen Presse eben erst mit aller Schärfe angegriffen war, für weiter bündnisfähig.“

Für die innere Zerrissenheit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aber ist bezeichnend, daß trotz des Hilfer-Artikels der Abgeordnete Dr. Goebbels eine Versammlung gegen die Deutschnationalen anberaumt, und zwar mit dem Thema „Kampfe halb und halb. — Abschreckung mit dem Umsturz-Patriotismus.“ Auch der Abgeordnete Strasser schlägt weiter in seinen Wäldern gegen die Deutschnationalen los. Das Neben- und Gegeneinander der drei größeren nationalsozialistischen Wälder in Berlin, der Berliner Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ (Adolf Hilfer), des „Angriffs“ (Dr. Goebbels) und des „Nationalen Sozialisten“ (Gregor Strasser) wirkt allmählich geradezu komisch.

Der Stahlhelm richtet an die Leitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Frage, ob sie ein solches Bürgengewebe, wie es in der Zeitung des Reichstagsabgeordneten Gregor Strasser gesponnen wird, billigt oder ob sie sich nicht vielmehr eines solchen Benehmens eines ihrer maßgebenden Führer bis in den tiefsten Grund ihrer Seele schämt. Die Antwort auf diese Frage wird für das künftige Verhältnis zwischen Stahlhelm und nationalsozialistischer Bewegung von einiger Wichtigkeit sein.“

Da sind die Bundesgenossen vom Volksbegehren sehr schön durcheinander! Der Hugenberg-Block ist seines Meisters würdig!

Partei Kampe Halb und Halb.

Goebbels über Bundesbruder Hugenberg.

Unter dem Motto „Partei Kampe Halb und Halb“, das er der marxistischen Sozialdemokratischen Partei, hatte Herr Goebbels vor etwa einer Woche seine Hakenkreuzler für gestern Abend in das Kriegervereinshaus befohlen. Inzwischen hat Adolf Hilfer die bekannte Ehrenerklärung für Hugenberg abgegeben, und so schmückte die Rede des Unterführers Goebbels auch ziemlich nach „Halb und Halb“. Immerhin sind einige Sätze wert, festgehalten zu werden.

Goebbels sagte: „Die konservative Partei, die sich unter Verleugnung ihres Namens nach dem 9. November deutschnational nannte, hat Deutschland vor dem Kriege sozial verkommen lassen. Sie ließ Deutschland auch national verkommen, weil sie ihr Vaterlandsgesühl in Hurrahschreien und „Heil Dir im Siegertranz“ Singen erschöpfte. Sie mocht sich heute wieder die Führerstellung an, ohne hierzu moralisch und politisch berechtigt zu sein!“ Und weiter: „Reuend, schlängelnd, aus allen Röhren köstlich pustend, fährt der deutschnationale Schlepper mühsam seinen Weg. Der ostmarkischen Mannschaft vom Landbund und vom Deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverband ist auch dieses Tempo noch zu rasch. Wir sagen: Lebwohl! Wenn wir uns wiedersehen, guh! Wenn wir uns nicht wiedersehen, um so besser!“

Hochverratsprozess gegen Hampel.

Die hysterischen Artikel der „Roten Fahne“ vor Gericht.

Celzig, den 11. April.
Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts begann heute der Hochverratsprozess gegen den früheren sächsischen Lehrer und späteren Redakteur der „Roten Fahne“, Hampel in Berlin. Unter seinem Pseudonym „Stang“ ist er bekannter, als unter seinem wirklichen Namen. Zur Last gelegt ist ihm, sich in etwa 25 bis 30 Artikeln fortgesetzt hochverräterisch betätigt zu haben mit dem Ziel, die Waffen reich für einen gewalttätigen Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform zu machen. Diese Artikel, für die Hampel die presserechtliche Verantwortung trägt, erschienen in den Monaten Mai und Dezember 1929, sowie im Januar dieses Jahres in der „Roten Fahne“ und ihren verschiedenen Kopfschriften. In einem dieser Artikel „Die Reichswehr hinter den Thronwurzelschleppern“ erblüht die Anklage auch den Tatbestand des Landesverrats. Hampel war im Juni 1929 in Haft genommen, dann aber gegen Stellung einer Kaution wieder freigelassen worden; seit Februar 1930 ist er wieder in Untersuchungshaft. Im Laufe des heutigen Nachmittags erging ein Bescheid dahin, daß das Verfahren wegen Landesverrats abgetrennt wird. Das Urteil wegen Vorbereitung zum Hochverrat wird am Sonnabend vorläufig zu erwarten sein.

Zentrum und Zollpläne.

Das Agrarprogramm im Handelspolitischen Ausschuß.

Im Handelspolitischen Ausschuß wurden gestern bis spät in die Nacht die Zolländerungsvorschläge des grün-schwarzen Regierungsblochs verhandelt.

Genosse Tarnow zeigte der derzeitigen Regierungspartei, welche Auswirkungen die geplanten Zollhöhlungen auf die Löhne haben werden.

Er fragte im besonderen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten, wie sie sich in dieser Frage die Zukunft dächten.

Genossin Tony Sender verhandelt die Auswirkungen der geplanten Zolländerungen auf unser ganzes Handelsvertragsystem.

Der Ernährungsminister Schiele bestritt, daß seine Zollpolitik sich irgendwie auf die Lebensmittelpreise und damit auf die Löhne auswirken könnte.

Er wurde sofort durch den Abgeordneten Dörmann vom Zentrum widerlegt, der einen Antrag einbrachte, daß dann, wenn der Ernährungsminister um mehr als 15 Punkte steige, die Regierung sofort zum Abbau ihrer Zollmaßnahmen schreiten müsse.

Genosse Heinig wies darauf hin, daß die Deutschnationalen diesen Antrag nicht mit unterschrieben hätten. Dann zeigte er im einzelnen die falschen Voraussetzungen des Antrages Dörmann, der wegen seiner Wirkungslosigkeit bei den Arbeitern als weiße Salbe empfunden werden würde.

Der Ernährungsminister Schiele erläuterte im einzelnen, wie er mit Hilfe der Einfuhrzölle die Ausfuhr bis zu 100 000 Schweinen, 20 000 Rindern und 200 000 Doppelzentnern Kartoffelfabrikaten durch Gewährung von Einfuhrzölen (Ausfuhrprämien) fördern wolle, um das innere Preisniveau hochzuhalten. An die Stelle der wegfallenden Getreideeinfuhr wolle die Regierung den Verkauf billigen Fleisches setzen, er könne aber noch nicht sagen, wie dies im einzelnen gemacht werden solle.

Der Vertreter des Zentrums, der Abg. Dörmann, erklärte dann, daß das Zentrum die Zollvorlage mitmache in Rücksicht auf die bald kommenden Wahlen, es beziehe jetzt seine Wahlposition — ebenso wie die Sozialdemokratie. Im übrigen könne er erklären, daß dann, wenn am Sonnabend der Reichstag aufgelöst werde, auf Grund des Art. 48 das Gesetz über Zolländerungen auf keinen Fall gemacht werde.

Der deutschnationale Abg. Reichert erklärte dazu durch einen Zwischenruf, er habe verstanden, was das heiße.

Im ganzen zeigten die Beratungen, daß das Zentrum sich in seiner zwangswiseigen Hilfsstellung zugunsten der großagrarischen Wünsche immer weniger wohl fühlt, daß es sich aber nicht mehr befreien kann, so sehr es auch nach Auswegen sucht.

Hugenbergs Junkerschutzesetz.

Ein Moratorium für den Osten, daß den Kredit der ganzen Landwirtschaft zerstört.

Hugenberg sieht seine Stunde zur Rettung der Junker gekommen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat ein Weltberhaltungsgesetz für den Osten (Gesetz betreffend) Zahlungsausschub für gefährdete landwirtschaftliche Betriebe) mit freiden Paragraphen eingebracht mit folgendem Inhalt:

Konsumsteuer im Ausschuß gefallen

Gegen die Stimmen der Regierungsparteien.

Der Kampf gegen die Ausnahmesteuer auf die Konsumvereine, den die Sozialdemokratie in der Freitagssitzung der Volksversammlung des Reichstags mit größter Wucht begonnen hatte, fand am Abend sein Nachspiel im Steuerausschuß. Dort standen die Anträge der Regierungsparteien über die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Proz. und die Einführung der Sonderumsatzsteuer von 1,35 Proz. auf Warenhäuser, Großbetriebe des Einzelhandels und Konsumgenossenschaften zur Entscheidung.

Die stundenlange Debatte, an der sich die sozialdemokratischen Abgeordneten Kemmel, Weine, Dr. Herx und Biedermann beteiligten, endete mit der Ablehnung des Antrages der Regierungsparteien auf Erhöhung der Umsatzsteuer. dagegen wurde ein deutschnationaler Antrag auf Einführung einer Warenhaussteuer in gleicher Höhe angenommen. Die Sondersteuer gegen die Konsumvereine ist damit gefallen.

Die dieser Abstimmung vorausgehende Debatte war sehr lehrreich. An ihr beteiligte sich von den Regierungsparteien nur der Vertreter der Wirtschaftspartei. Alle übrigen Abgeordneten der Regierungskoalition schwiegen. Aufmerksam will sie das Gefühl der Scham über dieses „Dokument wirtschaftlichen Unverstandes“ nicht los werden konnten. Zu Beginn der Aussprache hatte lediglich der Abg. Herold (3) eine Erklärung abgegeben, daß sein Fraktionskollege Schlad ohne Auftrag im Plenum des Reichstags gesprochen habe, daß die Fraktion seine Ausführungen mißbillige und zu dem Antrage der Regierungskoalition stehe. Da auch die Reichsregierung jede Äußerung darüber, wie sie zu dem Ausnahmesteuergesetz gegen Warenhäuser und Konsumvereine stehe, vermie, stellte Abg. Herx folgende Fragen an den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer.

1. Sind Sie sich bewußt, daß eine Sonderumsatzsteuer von 0,5 Proz. bei den Konsumgenossenschaften eine Besteuerung des Reinertrags in Höhe von 90 Proz. ist?

2. Halten Sie einen solchen Steuerfuß bei der Preistatistik für erträglich?

3. Wenn Sie ihn nicht für erträglich halten, wie rechtfertigen Sie es, daß er bei der Besteuerung der Konsumgenossenschaften eintritt?

4. Sind Sie der Meinung, daß das Belastungsverhältnis von Groß- und Kleindetrieben im Handelsgewerbe anders sein muß und anders sein darf als in anderen Wirtschaftszweigen?

In den Gebieten östlich der Elbe dürfen öffentliche Kassen bis zum Inkrafttreten reichsgesetzlicher Umschuldungs- und Entschuldungsmaßnahmen aus ihren Forderungen weder in land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz, noch im Wirtschaftsmittel- und Vorräte Arbeit vollstrecken.

Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute und Versicherungsanstalten, auf die Reich und Staat maßgeblichen Einfluß haben, oder die Aussicht ausüben, stehen öffentlichen Kassen gleich.

Auch aus Forderungen, die solche Institute gegen landwirtschaftliche Genossenschaften und genossenschaftsähnliche Einrichtungen haben, darf nicht vollstreckt werden.

Ausnahmen sind nur im öffentlichen Interesse, und dann nur durch das örtlich zuständige landwirtschaftliche Realkreditinstitut zulässig. Der Reichsjustiz- und der Reichsernährungsminister erlassen die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz, das sofort in Kraft tritt.

Dieses Hugenberg-Gesetz zum Schutz der Ostjunker wird nie in Kraft treten, denn ein allgemeines Moratorium für Steuer-, Kredit-, Hypotheken- und Versicherungsschulden ist vollendeter Wahnsinn. Selbst für die Parteien die's Brüning-Kabinetts. Ein solches Gesetz wäre die restlose Zerstörung des landwirtschaftlichen Kredits überhaupt, den noch kein Mensch in Deutschland so schlecht gemacht hat, wie es in diesem deutschnationalen „Gesetzentwurf“ geschieht. Wo wäre das Kreditinstitut, das nach dem Erlaß eines solchen Gesetzes dem landwirtschaftlichen Osten auch nur noch einen Pfennig borgen würde!

Protest der Kleinlandwirte.

Gegen die Schiele'schen Hochschutzzölle.

Osnabrück, 9. April 1930.

Der Heuerleute- und Kleinbauernbund e. V. Osnabrück hat folgendes Brieftelegramm an den Reichskanzler gerichtet:

Tausend westdeutsche Kleinbauern bitten die Reichsregierung dringend, den überspannten Zollforderungen gewisser landwirtschaftlicher Kreise nicht nachzugeben, da jede weitere Verteuerung der Futtermittel zum Ruin der Edelerzeugung treibenden Landwirtschaft führen muß. Wir bitten die Reichsregierung, den ermäßigten Zollfuß von 2 R. für Gerste sofort in Kraft zu setzen und dem Herrn Reichsernährungsminister in Zollfragen keinerlei Mandatvollmachten zu geben. Wir weisen aber auch gleichzeitig darauf hin, daß bisher jede Verteuerung landwirtschaftlicher Produkte eine Erhöhung der Lage der Pächter im Gefolge hatte, da die heutigen Hochschutzzölle nur einen völlig unzulänglichen Schutz gewähren. Wir vertrauen der Reichsregierung, daß eine einseitige Reduzierung einzelner landwirtschaftlicher Kreise nicht mehr statthaft und in erster Linie die Interessen der immer vernachlässigten Kleinlandwirtschaft und Edelerzeuger gewahrt werden.

5. Wenn das der Fall ist: wann wird die Reichsregierung diesen Maßstab auf die anderen Wirtschaftszweige auszudehnen versuchen und dem Reichstag entsprechende Gesetzeswürfe darüber vorlegen?

Staatssekretär Schäffer sagt zu, daß der Reichsfinanzminister diese Fragen im Plenum beantworten werde.

Die Annahme des deutschnationalen Antrages auf Einführung einer Warenhaussteuer erfolgte gegen die Stimmen der Regierungskoalition.

Die Sozialdemokraten stimmten nur für ihn, weil er das einzige Mittel war, das drohende Ausnahmesteuergesetz gegen die Konsumvereine zu verhindern.

Sachlich ist selbstverständlich die Sozialdemokratie ebenso gegen ein Ausnahmesteuergesetz gegen die Warenhäuser, wie das die Rede des Abg. Dr. Herx im Plenum des Reichstags deutlich gezeigt hat. Das endgültige Schicksal des Vorstoßes der kleinen Gruppe demagogischer Interessentenpostillen gegen Warenhäuser und Konsumvereine wird erst in der Volksversammlung des Reichstags bestimmt werden.

Reaktionärer Kurs gegen die Städte.

Der württembergische Etat. — Demokraten gegen Städte.

Stuttgart, 11. April. (Eigenbericht.)

Im württembergischen Landtag wurde am Freitag der Haushaltsplan für 1930 in dritter Lesung mit den Stimmen des Bürgerblocks gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte in der dritten Lesung noch einmal versucht, die schlimmsten sozialen und kulturpolitischen Schäden dieses Etats auszumergen. Sie hatte beantragt, die Summe für produktive Erwerbslofenfürsorge von 400 000 R. auf 2,5 Millionen Mark zu erhöhen und die Steuerleistungen an bedürftige Gemeinden für Zwecke der Volksschule, die im Haushaltsplan um 700 000 R. gegenüber dem Vorjahre getürzt worden waren, wieder auf die vorjährige Höhe zu bringen. Diese Anträge wurden abgelehnt, der letzte in namentlicher Abstimmung mit 38 gegen 20 Stimmen. Mit dem gleichen Stimmverhältnis fand auch das Gesetz über den interkommunalen Lastenausgleich Annahme, das die Steuerentnahmen der Städte vergrößert, um die kleinen reich agrarischen Landgemeinden reicher ausstatten zu können.

Die Sozialdemokratie erkennt die Notwendigkeit eines Lastenausgleichs an, bezeichnet sie aber in der beabsichtigten Form für untragbar, da die Städte durch die infolge dieses Gesetzes eintretenden Einnahmeverlängerungen an der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, des Fürsorgewesens und der Kulturpolitik liegenden Aufgaben gehindert werden.

Das Wettrüsten eingestell.

Der Erfolg der Arbeiterregierung.

Die Londoner Marinekonferenz, die seit fast vier Monaten tagt, ist noch nicht zu Ende, aber ihr Ergebnis steht bereits fest. Zwischen England, Amerika und Japan wurde ein Dreimächteabkommen abgeschlossen, das nicht nur in Schlachtschiffen, sondern in allen Kriegsschiffskategorien ein Ende macht mit dem Wettrüsten. Für eine Reihe von Jahren sind feste Rüstungsverhältnisse zwischen den drei größten Seemächten festgelegt. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß keine neuen Schlachtschiffe mehr gebaut werden; die Zahl und Größe von Kreuzern und U-Booten wurde nicht unwesentlich unter das heutige Maß heruntersetzt. Die britische Arbeiterregierung hat damit einen großen Erfolg davongetragen. Ihre konservative Vorgängerin war 1927 eben an dieser Aufgabe gescheitert. Die seitdem bestehende, immer größer werdende Gefahr, daß Amerika und England in ein Wettrüsten im Kreuzerbau hineintreiben würden, ist beseitigt. Das stärkste persönliche Verdienst daran trägt der britische Premierminister, der Arbeiterführer Macdonald, selbst. Zum erstenmal seit dem auf die Vernichtung der deutschen Flotte folgenden Abrüstungsabkommen von 1921/22 ist die Abrüstung auf einem Teilgebiet tatsächlich vorwärtsgedrängt worden.

Hingegen ist es auf der Londoner Konferenz nicht gelungen, Frankreich und Italien in das Abkommen mit einzubeziehen. Das Prestigebedürfnis des faschistischen Italien hielt den Anspruch auf die formelle Parität mit Frankreich aufrecht. Aus ähnlich unbedingten Motiven hat die französische Rechtsregierung Italien diesen Anspruch nicht zugestehen wollen. Abgesehen von Schlachtschiffen, in denen auch diese beiden Mächte keine Neubauten beginnen werden, sind Frankreich und Italien formell frei geblieben, ihre Kreuzer- und U-Boot-Programme auszuführen. Jedoch sind die finanziellen Räte des Faschismus so groß, daß er auf absehbare Zeit hin wohl nicht den Versuch machen wird, in einem Marinewettrüsten den französischen Vorsprung einzuholen. Die französische Regierung hat in den monatelangen Verhandlungen den Druck der anderen Mächte und der öffentlichen Meinung der Welt so stark empfinden müssen, daß auch sie wohl zögern wird, eine militärische und unwürdige Abrüstung vorzunehmen und dadurch das Abrüstungsabkommen der anderen Seemächte zu gefährden. Eine formelle Sicherheit freilich ist nicht geschaffen, es wird daher auch weiterhin des stärksten internationalen Druckes bedürfen, um die beiden nicht gebundenen Seemächte zu einem Verhalten zu veranlassen, das keine neue Unruhe schafft und schließlich dieselbe Wirkung hat wie ein internationales Übereinkommen.

Die Londoner Marinekonferenz hat gezeigt, daß die einzige politische Kraft, die in Europa zur Abrüstung führt, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist. Erfolg und Grenzen des Erfolges der Londoner Marinekonferenz zeigen gleichermaßen, daß die Abrüstung abhängt von dem Aufstieg der Arbeiterschaft zur internationalen politischen Macht.

Rücktritt Seipels als Parteiführer.

Christlichsoziales Durcheinander.

Wien, 11. April. (Eigenbericht.)

Heute ist ein vom 10. März datiertes Schreiben Dr. Ignaz Seipels veröffentlicht worden, wonach er sein Amt als Obmann der christlichsozialen Bundesparteileitung niederlegt. Seipel begründet seinen Schritt damit, daß er sich einer Kur unterziehen müsse und der vielen Arbeit, die seine Funktion bringe, nicht mehr gewachsen sei. Gleichzeitig aber wird mitgeteilt, daß Dr. Seipel sich ins Saargebiet begeben und dort Versammlungen abhalten wird. Das stärkt wieder die Meinung, daß Mißstimmung über die inneren Parteizustände der Hauptgrund des Rücktritts ist. Seipel hat die Parteiführung längst den Ganzradikalen à la Vaugin überlassen, scheint aber mit ihnen ebenso unzufrieden zu sein wie mit dem Bundeskanzler Schöberl und mit der ganzen Welt.

Treffende Antwort.

Die Heimwehr in Niederösterreich soll jetzt auf den Landeshauptmann Dr. Buresch (Chr.-Soz.) vereidigt werden, also einen halblegalen Charakter erhalten. Buresch das, so wird — nach Ankündigung des Landesrates Helmer (Soz.) — der Republikanische Schutzbund in den Orten mit sozialdemokratischen Bürgermeistern auf diese vereidigt werden!

Obstruktion in Pommern.

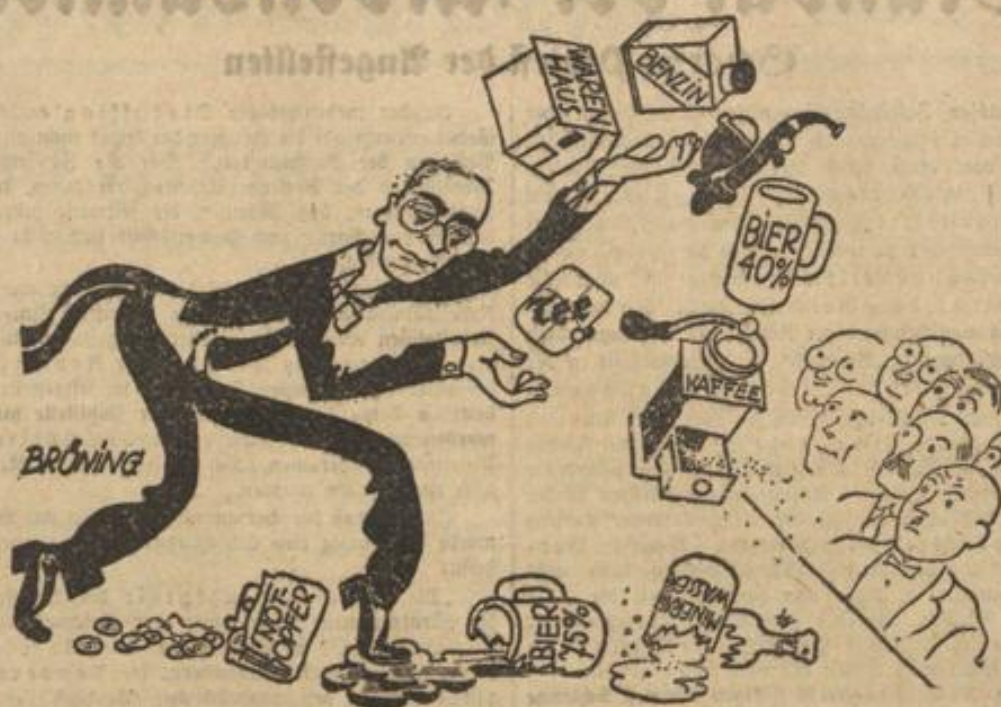
Sollern genehmigt, Simons abgelehnt.

Stettin, 11. April. (Eigenbericht.)

Der Provinzialausschuß der Provinz Pommern hat die vom Staatsministerium ersforderte Zustimmung zur Ernennung des Regierungspräsidenten von Haltern zum Oberpräsidenten einstimmig erteilt, dagegen die gleichfalls ersforderte Zustimmung zur Ernennung des sozialdemokratischen Ministerialrats Dr. Hans Simons zum Regierungspräsidenten in Stettin mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt.

Durch diese Entscheidung des Provinzialausschusses dürfte die preussische Staatsregierung sehr eine vollkommen neue Situation gestellt sein. Es ist bekannt, daß die Besetzung des Oberpräsidenten mit dem Votzparteieller von Haltern nur im Zusammenhang mit der Befragung des von ihm bisher innegehabten Regierungspräsidenten durch einen Sozialdemokraten beabsichtigt war. Da gegen die Persönlichkeit Dr. Simons, der bekanntlich ein Sohn des früheren Reichsgerichtspräsidenten ist, auch von den Rechtspartheien kaum etwas eingewandt werden kann, so ist nur anzunehmen, daß die Verweigerung der Zustimmung ausschließlich auf parteipolitische Erwägungen zurückzuführen ist. Diese Ablehnung bedeutet also eine offene Kampfanzeige gegen die berechtigten Ansprüche der Sozialdemokratie, die in Pommern die zweitstärkste Partei darstellt und unter zwölf Mitgliedern des Provinzialausschusses nicht weniger als fünf zu den ihren zählt. Weiter war sie in den oberen Verwaltungskreisen der Provinz gar nicht vertreten. Man darf daher erwarten, daß die Staatsregierung aus dem Schicksal des Provinzialausschusses die notwendigen Folgerungen zieht und die Ernennung des Herrn von Haltern so lange suspendiert, bis die Sozialdemokratie auch in Pommern als gleichberechtigt anerkannt wird.

Steuerjongleur Brüning.



„Mit diesem Programm stehe und falle ich.“

Der Riesenstandal um Busch.

Busch und die Wirtschaftspartei schwer belastet.

Die im Untersuchungsaußschuß zur Prüfung der Wirtschaft in der Berliner Stadterwaltung am Freitag nach der Pause vorgenommene Gegenüberstellung von Justizrat Buschinski mit Dr. Böhm ergibt nichts Wesentliches. Der Oberbürgermeister betont aber mit großer Entschiedenheit, daß der Ankauf von Düppel für die Stadt ein gutes Geschäft gewesen ist. Eigenschaften, die viel weiter entfernt sind, seien viel teurer angeboten worden. Die Tatsache, daß die früher umgäunten, prinzipiellen Wälder heute der Berliner Bevölkerung zur Verfügung stehen, sei ein großer Gewinn.

Hierauf äußern sich als Zeugen die Rechtsvertreter des Prinzen Sigismund, die Anwälte Dr. Honzheim und Dr. Friedländer.

Danach wird unter großer Spannung der Zeuge Felix Günther vernommen, dessen Aussage Stadtrat Busch sehr stark belastet. Der Zeuge hat mit Busch lange Jahre in dessen Gesellschaft Petrolea zusammen gearbeitet. Es will ihm nie zu Ohren gekommen sein, daß in Wallertreien das Gerücht verbreitet war, über ihn seien Grundstücksgeschäfte mit der Stadt zu machen. Er kann sich auch nicht darauf entsinnen, jemals etwas mit der Spardass zu tun gehabt zu haben. Es ist ihm zwar erinnerlich, daß er mit Eras verschiedentlich, unter anderem auch wegen Düppel verhandelt hat. In der Angelegenheit Marienfelde sei eines Tages der Waller Buschner zu ihm gekommen, der angeblich vom Seliger Kiepert den Auftrag hatte, das Gut zu verkaufen. Buschner habe ihm angeboten, falls er das Geschäft mit der Stadt zustande bringe, die Provision mit ihm zu teilen.

Er habe dann allerdings Buschner aufgefordert, den Verkaufsauftrag zu bringen und ihm 200.000 M. Provision zuzusichern. Außerdem habe er auch einen Betrag von 5000 M. für die Wirtschaftspartei verlangt.

Mit der Forderung von 200.000 M. will er es aber nicht ernst gemeint haben. Wohl sei das der Fall gewesen mit den 5000 M. für die Wirtschaftspartei. Um solche Wohlwollenden habe er sehr viele Leute angeheult; bei Buschner habe ihm das besonders Spaß gemacht, weil er wußte, daß er politisch anders steht.

Der Zeuge äußert sich sodann über die Wechselgeschäfte, die Stadtrat Busch mit Hiller gemacht hat. Unter anderem hat es sich dabei einmal um diskontierte Wechsel in Höhe von 100.000 M. gehandelt, zu deren Rückzahlung an Hiller ihn Busch ins Zimmer gerufen hat. Er ist der Ueberzeugung, daß es sich hierbei um ein irreführendes Geschäft handelt, daß nämlich vorher Hiller die 100.000 M. Busch in die Hand gedrückt hat. Damals stand die Petrolea finanziell sehr schlecht.

Er ist auch überzeugt, daß zwischen Busch und Hiller eine Vereinbarung bestand, daß der Ueberpreis, den Hiller beim Verkauf von Düppel an die Stadt erzielen würde, geteilt werden soll.

Der Zeuge Günther gibt zu, daß er auch in anderen Fällen Provisionen erhalten hat, so für seine Bemühungen beim Stadtrat Busch für den Ankauf von Ziehern 15.000 M. und beim Ankauf der Albatrosswerke 10.000 M. für die Tatsache, daß Stadtrat Busch an Grundstücksgeschäften der Stadt beteiligt gewesen ist, spricht nach seiner Meinung auch der Umstand, daß Busch jedesmal nach solchen Transaktionen über größere Geldbeträge verfügte. Unter anderem wurde auch in Wallertreien erzählt, daß er bei der Grundstücksstransaktion Potsdamer Platz-Berkesuferstraße (Zaffanette) 250.000 M. verdient hat.

Zeuge Matier Wulfschuer bestritt die Darstellung Günthers ganz entschieden. Er habe keine Provision angeboten, sondern Günther habe sie ausdrücklich von ihm verlangt.

In der ausgedehnten Befragung des Zeugen Günther werden die Wahlgelder für die Wirtschaftspartei ausgiebig erörtert. Fast allen peinlichen Fragen weicht er aus. Er beschränkt sich immer wieder darauf, daß er von vielen Stellen Wahlgelder gefordert und bekommen hat. Er will sie zunächst dem Verband der Bauhandwerker zur Verfügung gestellt haben, der sie aber nicht haben wollte und ihn aufforderte, sie unter gewissen Voraussetzungen an die Wirtschaftspartei abzugeben. Die Wirtschaftspartei will aber von ihm keine Beträge erhalten haben. Der Zeuge gibt dann an, daß er sie anderen Parteien zugeführt hat. Er kann sich aber absolut nicht daran erinnern, welche Parteien das gewesen sind! Er hat auch darüber nicht Busch geführt. Selbst auf die peinliche Frage, ob er sich dann vielleicht erinnern könne, daß er das Geld für sich verbraucht hat, antwortet er unter großer Heiterkeit des Ausschusses: „Das glaube ich nicht!“ Positiv gibt er aber an, daß Busch größere Beträge der Wirtschaftspartei hat zukommen lassen. So habe dieser damals nach den

Wahlen das beträchtliche Defizit in der Kasse der Wirtschaftspartei aus eigenen Mitteln gedeckt.

In der weiteren Befragung gesteht der Zeuge Günther ein, daß er an allen Geschäften des Stadtrat Busch mit 10 Proz. beteiligt gewesen ist.

Für den Verkauf von Düppel an die Stadt hat er von Busch insgesamt 25.000 Mark erhalten. Danach muß Busch 250.000 Mark bei dem Geschäft „verdient“ haben. Er glaube aber, daß Buschs Verdienste in diesem Fall höher gewesen sind und dieser ihn bemogelt hat.

Günther weiß auch auf Befragen nicht, ob er verurteilt ist. Schließlich gibt er zu, wegen Steuerhinterziehung bestraft zu sein, daß aber das Verfahren in der Berufungsinstanz noch schwebt. Er kann sich aber daran erinnern, daß er schon den Offenbarungseid geleistet hat.

Schließlich ist er mit Stadtrat Busch auseinandergelommen. Krauß will er mit ihm nicht gehabt haben. Busch hätte ihn weggeschickt, vermutlich, weil er zuviel wußte. Er hat dann von Busch noch eine Abfindung von 15.000 M. bekommen.

Hierauf wird Rechtsanwalt Fuhrmann vernommen, der der Stadt das merkwürdige Angebot gemacht hat, für die Heberreinigung von Material, das Busch und andere Magistratsmitglieder belastet, an ein Konstruktum, an dessen Spitze Günther steht, 10.000 M. zu zahlen. Der Zeuge erklärt sein Verhalten damit, daß er als Rechtsvertreter einer Spediturinteressengruppe daran arbeite, den Betrag mit der „Behala“ (Berliner Hafen- und Lagerplatz Aktiengesellschaft) rückgängig zu machen. Es sei seine Aufgabe, nachzusehen, daß feinerzeit bei der Verpachtung der städtischen Häfen an die Firma Schenker Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Vorläufig aber wolle er nachweisen, daß bei den Grundstücksgeköften unzulässige Geschäfte gemacht sind. Deshalb betrachte er sich auch nicht als Mandatar einer bestimmten Interessengruppe, sondern er wolle sich lediglich an der großen Säuberungsaktion beteiligen. Er habe das ihm von Günther übergebene Material genau geprüft, ehe er damit zum Magistrat gegangen ist. Man habe ihm zuerst auch bereitwillig die Akten über den Gütsverkauf Düppel überlassen. Er habe dabei festgestellt, daß die Angaben von Günther johrtrabartig eingriffen in die Aktenbelege.

Er ist davon überzeugt, daß z. B. Hiller sich des Kreditbetruges schuldig gemacht hat.

Er sei der Ansicht gewesen, daß man so wertvolles Material nicht beiseite schieben dürfe. Er habe dem Magistrat das ungewöhnliche Ansuchen gestellt, 10.000 M. an die Gewährungsmänner für das Material zu zahlen, da höchste Gefahr bestand, daß das Material der Gegenpartei (also wohl Busch?) angeboten und von dieser zurückgekauft wird. Anfänglich sei man im Magistrat darauf eingegangen, schließlich sei er aber auf eine Atmosphäre des Widerstandes gestoßen und endlich habe man das Material definitiv abgelehnt, nachdem es bereits in die Hände der Staatsanwaltschaft gelangt sei.

Rechtsanwalt Fuhrmann gibt dann noch aus dem Gedächtnis die dem Magistrat vorgelegten Entwürfe der Güntherschen eidesstattlichen Versicherung wieder, die die Angaben Günthers vervollständigen. Es geht u. a. daraus hervor, daß die Gesellschaft Petrolea von Busch als Deckmantel für seine Grundstücksgeköfte bezeichnet wurde.

Zum Schluß meldet sich noch der erkrankte Zeuge Güspächter Bernau, der Düppel bewirtschaftet hat und der als Entschädigung für seinen Pachtvertrag von Hiller 105.000 M., und als Provision für seine Bemühungen um das Zustandekommen des Geschäftes (er ist einige Male beim Prinzen Sigismund gewesen) die Kleinigkeit von 300.000 M. bekommen hat.

Nächste Sitzung Sonnabend 9 Uhr.

Bambushiebe — Steinwürfe.

Indischer Straßenkampf.

Bombay über London, 11. April. (Eigenbericht.)

Vor dem Gerichtsgebäude in Bombay kam es zu Straßenkämpfen, als die am Donnerstag im Hauptquartier des indischen Nationalkongresses verhafteten Anhänger Gandhi zu Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Die Demonstranten versuchten die Verurteilten aus dem Polizeiwagen zu zerren. Als sie von der Polizei in der Abwehr mit den langen Bambusstangen bearbeitet wurden, erwiderten sie mit Steinwürfen. 22 Personen, darunter 10 Polizeibeamte, wurden verletzt.

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich

Militärzug bei Besancon entgleist. — 8 Tote, 38 Schwerverletzte.

Paris, 11. April.

Ein furchtbares Eisenbahnunglück ereignete sich gestern mittag in Laissay in unmittelbarer Nähe von Besancon. Ein Militärzug entgleiste und ging vollkommen in Trümmer. Bisher konnten 8 Tote und 38 zum Teil sehr schwer Verletzte geborgen werden.

Ein weiteres Telegramm meldet folgende Einzelheiten: Der Militärzug, der die Reservisten vom Militärübungslager Vadonah in ihre Heimatstädte Belfort und Colmar zurückbringen sollte, hatte Besancon verlassen und fuhr mit 70 Kilometer Geschwindigkeit die kurvenreiche Strecke nach Laissay zu, als einer der Wagen aus den Schienen sprang und den ganzen Zug mit sich riß. In wenigen Sekunden lag die ganze Strecke das Bild einer furchtbaren Verwüstung. Sämtliche Wagen hatten sich buchstäblich ineinandergeschoben und waren nicht wieder zu erkennen. Lautes Schreien und Todesstöhnen drang aus dem Trümmerhaufen, an dem sich die weniger Schwer- und Nichtverletzten bemühten, ihre Kameraden zu retten. Von Besancon wurden sofort 80 Tragbahnen und die notwendigen Hilfsmannschaften entsandt, die im Augenblick noch mit den Bergungsarbeiten beschäftigt sind, da immer noch Tote und Verwundete unter den Trümmern liegen. Auch aus den benachbarten Ortschaften strömt die Bevölkerung zu Hunderten herbei und bemüht sich, an den Rettungsarbeiten teilzunehmen. Die Leichen

wurden vorläufig an dem hohen Bahndamm, der den Doubs entlang führt, gebettet, während die Verwundeten sofort nach Besancon überführt wurden.

Von Dijon ist ein schwerer 50-Tonnen-Kran an die Unglücksstelle geschickt, da es zum Teil nicht möglich ist, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln an alle Verletzten und Toten heranzukommen, da sie größtenteils zwischen schweren Wagenteilen eingeklemmt liegen. Die Unglücksstelle bietet einen grauenerregenden Anblick. Telle menschlicher Körper liegen wahllos umher. Es war noch nicht möglich, alle Toten zu identifizieren. Der Kriegsminister hat sofort eine eingehende Untersuchung angeordnet. Von bahnamtlicher Seite konnte die Ursache der Katastrophe noch nicht festgestellt werden. Das Unglück ist um so bedauerlicher, als die Reservisten ihre Übung beendet hatten und zu ihren Familien zurückkehren wollten. Es handelt sich fast ausschließlich um verheiratete Männer, die Frauen und Kinder zurücklassen.

Paris, 11. April.

Wie zu dem schweren Eisenbahnunglück bei Besancon ergänzend gemeldet wird, befinden sich unter den 38 Schwerverletzten eine ganze Reihe, die kaum mit dem Leben davonkommen dürften. An der Unglücksstelle wird immer noch fieberhaft gearbeitet, da man weitere Tote und Verletzte unter den Trümmern vermutet. Das Unglück ereignete sich bei der Ausfahrt aus einem kleinen Tunnel. Glücklicherweise führt die Eisenbahnlinie an dieser Stelle zwischen zwei hohen Felswänden hindurch, so daß der Zug, als er

entgleiste, auf dem Bahndamm blieb. Die Folgen des Unglücks wären ungleich schwerer gewesen, wenn die Wagen auf offener Strecke den hohen Damm in den Fluß hinuntergestürzt wären. Die Ursache des Unglücks ist in Bauarbeiten zu suchen, die auf diesem Teil der Strecke ausgeführt werden. Unverständlicherweise war die Baustelle nur durch eine kleine rote Fahne bezeichnet, so daß der Zug mit voller Geschwindigkeit darüber hinwegfuhr.

Bewag-Anleihe perfekt.

15 Millionen Dollar zu günstigen Bedingungen.

Die Verhandlungen der Bewag mit dem amerikanischen Bankhaus Dillon, Read & Co. über die der „Vorwärts“ bereits vor einiger Zeit berichtete, sind jetzt zum Abschluß gekommen. Das New-Yorker Bankhaus gewährt der Bewag einen langfristigen Kredit in Höhe von fünfzehn Millionen Dollar. Die Anleihe ist sechsprozentig mit Zinsterminen am 1. April und 1. Oktober und hat eine Laufzeit von 25 Jahren. Man rechnet mit einem Emissionskurs von 90% Prozent, sollte das Bankhaus in New York einen höheren Kurs als 90% Prozent erzielen, so soll die Bewag an dem dann eintretenden Gewinn Anteil haben. Die Anleihe wird in erster Linie zur Abdeckung der kurzfristigen Kredite benutzt werden, die rund 25 Millionen Mark betragen. Der Rest wird für den Ausbau des Verteilungsnetzes und zur Fertigstellung des neuen großen Westkraftwerks Verwendung finden.

Beachtlich an dem Vertrage ist, daß an Stelle eines üblichen Tilgungsfonds nur ein halbjährlich aufzufüllender Ankaufsfonds vorgesehen ist. Rückkäufe aus diesem Fonds erfolgen nur, falls Stücke zu einem Preis unter 100 Proz. am Markt erhältlich sind. Der Fonds wird so dotiert, daß maximal 50 Proz. des Anleihebeitrages während der Dauer der Laufzeit zurückgezahlt werden können. Die Anleihe ist auf die Dauer von fünf Jahren unkündbar; während der anschließenden fünf Jahre ist bei Kündigung ein mit 2,5 Proz. beginnendes, in jedem Jahr um ein halbes Prozent sinkendes Agio zu zahlen. Irdenwelche besonderen Sicherheiten sind seitens der Bewag nicht gegeben worden.

Die Anleihe, deren Einführung an den Börsen von New York, Boston und Amsterdam beabsichtigt ist, bildet einen erfreulichen Fortschritt in der Finanzierung der Bewag. Es ist der Bewag nämlich erstmalig gelungen, eine Emission auf der Basis von sechs Proz. vorzunehmen, während ihre Schweizer Anleihe von 1925 mit 7 Proz. und die beiden großen Devisenanleihen von 1926 und 1929, die gleichfalls mit Dillon, Read & Co. abgeschlossen wurden, mit 6,5 Proz. belastet sind. Zum deutschen Treuhänder für die Anleihe wird die Deutsche Kreditversicherung A.G., Berlin, bestellt.

Kein Verkauf der Rütgers-Aktien.

Die Meldung, daß die Stadt Berlin oder die Städtischen Gaswerke die in ihrem Besitz befindlichen Rütgers-Aktien verkauft hätten, trifft nicht zu. An einen Verkauf dieser Aktien wird nicht gedacht.

Im **Außbach-Prozess** wurde gestern die Beweisaufnahme geschlossen, nachdem etwa 150 Zeugen vernommen worden sind. Am Dienstag beginnen die beiden Staatsanwälte ihre Plädoyers.



Hausboot macht Frühling.

Die Hausboote an den noch stillen Ufern der Berliner Seen erwachen zu neuem Leben. Das Winterquartier ist zu Ende und die Boote, noch grau von Wind und Wetter der schlechten Jahreszeiten, werden überholt und aufgefrischt. Sie harren der Wohn Gäste, um mit ihnen in jene ver-runschenen Winkel zwischen Schilf, Wiese und Wald zu reisen, die nun mal das Ziel jeder schwimmenden Wasserwohnung sind.

Der Fall Rist
Protokolle
Herausgegeben von Esther Grenen

14] „Warum hat sie denn nicht schon früher was gesagt?“
„Die hat sich gefürchtet.“
„Sind Sie so streng?“
„Das will ich glauben. Wie sie zum erstenmal in der Hoffnung war, das Wunder, das Mensch —“
„Da hat also ihre Tochter schon ein Kind.“
„Natürlich, die Kleine, die Pia, zwei Jahre ist sie schon. Und wenn die Frau Dellus nicht so gut gewesen wäre, ihr macht das gar nichts, sagt sie, wenn es nur aus Liebe ist, jagt sie —“
„Was hat denn die Frau Dellus damit zu tun?“
„Die Frau Dellus, das ist doch unsere Wohltäterin. Die hat doch die Dyppele ins Haus genommen und die Pia gleich mit, schön ist das Kind, sag ich Ihnen, wie eine Kirchsblüte —“
„Ihre Tochter ist also das Dienstmädchen von Frau Dellus.“
„Ja, und was ihren ersten Fehltritt betrifft —“
„Hören Sie auf, das gehört nicht hierher. Da Ihre Tochter zweiundzwanzig Jahre ist, also ein erwachsener Mensch, wird es am besten sein, sie meldet sich selbst zur Einnahme. Und passen Sie auf, Hansen, wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, Ihre Tochter soll zu niemandem ein Wort reden, zu niemandem, haben Sie mich verstanden?“
„Ach, das arme Ding, die sitzt ja ohnehin nur den ganzen Tag in der Küche und plärrt. Wenn nicht das Fräulein Hasting wär —“
„Das Fräulein Hasting?“
„Ja doch, die von der Zeitung. Eine gute Dame, eine edle Dame.“
„Schon gut, schon gut. Schicken Sie mir also die Dyppele, Hansen. Und warten Sie noch einen Augenblick. Was ist das für eine Geschichte mit der Gräfin, ach, Sie wissen schon, mit der Gräfin Aaresund?“
„Ja, das ist nämlich so: ich red' nicht gern über die Herrschaften.“
„Ob Sie gern reden oder nicht, ist gleichgültig. Hier haben Sie die Wahrheit zu sagen.“
„So wahr mir Gott helfe, Herr Richter, die Gräfin ist mit ihrem Auto aus dem Buchenwald rausgekommen und der

Herr Rist war drin im Auto, und dann ist der Herr Rist geschwind rausgesprungen, und sehr verlegen war er, das kann ich beschwören, und auf meine Fährte rüber und die Gräfin fort, davon, als wär der Teufel hinter ihr drein, ihr großes Auto wars, der Tourenwagen, und einen grünen Hut hat die Gräfin —“
„Schon gut. Ich schließe das Verhör.“
Kgl. Amtsgericht Søndrup, 26. Juni.
gez. Christian Hansen. H. G. Jakobsen.

Protokoll
aufgenommen mit Dyppeke Madsen, geb. 1907 in Søndrup, evangelisch, ledig, derzeit Dienstmädchen im Hause der Frau Dellus auf Lyno.

„Ich bitte Sie, so schwer es Ihnen auch fallen mag, ganz offen zu uns zu sprechen. . . . Weinen Sie nicht. . . . Aber so weinen Sie doch nicht so furchtbar. . . . Hier will Ihnen doch wirklich niemand was zuleide tun. . . . Liebes Fräulein Madsen, nehmen Sie Bernunft an. . . . Das kann doch nicht so weitergehen. . . . Da kann ich Sie gleich wieder nach Hause schicken. . . .“
„Ich schäm mir so, ich schäm mir so. . . .“
„Vor uns brauchen Sie sich doch nicht zu schämen. Uns kennen Sie ja gar nicht. Wir sind doch sozusagen nur Amtspersonen. . . . Nein, mein Kind, so geht das nicht weiter. . . . Wenn Sie nur hergekommen sind, um zu weinen —“
„Ich schäm mir aber doch so furchtbar. . . .“
„Schaun Sie, Dyppeke, das hat doch keinen Sinn. . . . Haben Sie mal den Kopf —“
„Ich fürcht' mich aber so. . . . Warum hat denn Vater nicht auch mit rein dürfen. . . .“
„Was ist das für ein Unsinn? Sie werden sich doch vor mir nicht fürchten.“
„Nein, aber vor ihm, er ist doch auch da!“
„Vor Lorben Rist? Da brauchen Sie keine Angst zu haben. Den werden wir nicht hereinrufen.“
„Aber er ist doch hier. Ganz dicht daneben. Ich spüre, ich spüre. Mein Hals wird ganz steif.“
„Was soll denn das wieder heißen?“
„Er ist da. Dort hinter der Tür. Ich spüre, ich spüre. Gleich wird er hereinkommen —“
„Halt, halt, sind Sie denn ganz verrückt? Sie werden mir doch nicht davonlaufen. Donnerwetter noch mal, bleiben Sie stehen!“
„Das ist kein Christ nicht und überhaupt kein Mensch. Das ist ein Katholischer und ein Deumel. Wenn der nochmal in meine Nähe kommt, mich rührt auf der Stelle der Schlag.“
„Fräulein Madsen, wenn Sie hergekommen sind, um

uns Szenen vorzumachen, so gehen Sie nach Hause und nehmen Sie ein kaltes Bad. Meine Geduld ist erschöpft. Gehen Sie!“
„Dann wird Vater aber böse sein. Es ist doch wegen der Angelegen.“
„Na, sehen Sie. Sie sind ja gar nicht so dumm. Sehen Sie sich mal ruhig nieder und erzählen Sie, was — also was Herr Rist Ihnen getan hat.“
„Der hat alles getan, der ist die Schuld, der ist kein Mensch nicht. . . .“
„Ruhig, Fräulein Madsen. Passen Sie mal gut auf. Wir wollen etwas wissen. Sie erwarten ein Kind?“
„Ich schäm mir so, ich schäm mir so. . . .“
„Ja, aber zur Sache. Von wem ist das Kind?“
„Na, von ihm natürlich, von dem Deumel.“
„So wie Sie sprechen, scheinen Sie Herrn Rist ja nicht besonders zu lieben. Wie kommt es also, daß — daß Sie jetzt ein Kind von ihm erwarten?“
„Kingschniffen hat er mir in den Straßengraben.“
„Wann?“
„Nach dem Tanz im Krug. Ich ging zeitlich zu Hause, weil Frau Dellus wollte große Wäsche machen nächsten Tag, da heißt immer schon früh aus dem Bett, und auf einmal — o Gott, o Gott, ich schäm mir so.“
„Wissen Sie noch das Datum?“
„Am Sonntag.“
„An was für einem Sonntag?“
„Ich schäm mir so, ich hab solche Angst.“
„Jetzt geht die Heulerei wieder an. Hören Sie zu, Dyppeke, ich will Sie nur noch etwas fragen. Hat Herr Rist, auch abgesehen von dem bewußten Sonntag, Sie — Herrgott, Sie sind doch schließlich eine Frau mit einem Kind, Sie werden schon wissen, was ich meine.“
„Das mit dem ersten Kind, das ist ganz was anderes, das war die große Liebe, sagt Frau Dellus, und da ist es keine Sünde nicht.“
„Ja, aber davon sprech ich doch gar nicht. Ich meine nur, ob Herr Rist zum Beispiel auch schon vorher einmal mit Ihnen zärtlich gewesen ist?“
„Der? Alle Augenblicke ist er dagewesen mit seiner Geige und wenn er einen nur angeschaut hat, auf den Hals geschaut, ganz steif ist man geworden, hat den Kopf gedreht, wie er nur wollen hat, das ist ja kein Mensch nicht, das ist ein Deumel, kein Christ ist das —“
„Ich schließe das Verhör.“
Kgl. Amtsgericht Søndrup, 26. Juni 1929.
gez. Dyppeke Madsen. H. G. Jakobsen.
(Fortsetzung folgt.)

Autobus zermalmt!

Von einem Schnellzug erfasst! — Bisher 22 Tote.

New York, 11. April.

Am Freitag wurde ein vollbesetzter Ueberlandautobus an einem Bahnübergang, 20 Kilometer südlich der Stadt Albuquerque im Staate New-Mexiko von einem Post-Schnellzug erfasst und förmlich zermalmt. Das Unglück forderte 22 Tote und viele Schwerverletzte. Die zerstückelten Leichname neben dem Schienenstrang geben einen grauenhaften Anblick. Beim Zusammenstoß fing der Autobus Feuer, wodurch viele der Cyber bis zur Unkenntlichkeit verbrannten. Fünf Hilfszüge sind an die Unglücksstelle zu Rettungsarbeiten geeilt.

Großfeuer auf einem Neubau.

Fünf Löschzüge an der Brandstelle.

In später Abendstunde brach gestern auf dem Neubaugelände in der Zellerstraße im Nordosten Berlins ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte. Fünf Löschzüge unter Leitung des Berliner Oberbranddirektors Gempy erschienen auf der Brandstelle.

Gegen 22 Uhr geriet, vermutlich infolge zu starken Heizens, eine Saubude in Brand. Die Flammen griffen auf die angrenzenden Holzschuppen über und erfassten auch das den Neubau umgebende hölzerne Gerüst. Als die Feuerwehr an der Brandstätte eintraf, sah die Situation sehr kritisch aus. Der umfangreiche Brandherd erleuchtete die Umgebung weithin taghell. Sechs Schlauchleitungen größten Kalibers wurden sofort in Tätigkeit gesetzt. Die Aufräumarbeiten dauerten bis lange nach Mitternacht.

Dachstuhlbrand in Spandau.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand beschäftigte gestern die beiden Löschzüge der Spandauer Feuerwehr mehrere Stunden lang im Hause Am Markt 1. Das Gebäude ist von der Spandauer Bank an der Stelle der alten Rathauses neu errichtet worden. Im Dachgeschoss waren nun gestern Handwerker mit Schweißarbeiten beschäftigt. Offenbar sind hierbei Funken in das Dachgebälk geflogen und haben das Feuer entzündet. Aus mehreren Schlauchleitungen mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, ehe es gelang, den Brandherd einzudämmen. Der Schaden ist erheblich.

Diebe schlachten im Zoo.

Zwei Rehe im Gehege getötet und ausgeweidet.

Was sich in der Nacht zum Freitag im Zoo ereignete, gehört zu den einzigartigen, wohl nur aus wirtschaftlicher Not geborenen Fällen, wie sie bisher nur die Notzeit im Kriege und die Inflation hervorgebracht haben.

Bekanntlich wird das Gelände des Zoo nach der Tiergartenstraße hin erweitert. In einem Zaun, der das Landstück umgibt, besteht eine Lücke, durch die die Diebe unbemerkt hineingeklüppelt sind. Nicht weit von dem Zaun befindet sich ein Gehege für Rehe. Dort waren vier Tiere untergebracht, schwächere, die von den großen Rüden abgetrennt waren, weil sie besonderer Pflege bedurften. Von diesen vier Rehen haben die Diebe zwei an Ort und Stelle abgeschlachtet. Sie trennten die Köpfe und Läufe ab und ließen sie liegen, während sie die Fleischstücke mitnahmen. Es war ihnen also offenbar um das Fleisch zu tun. Das eine Tier ist ein einheimisches Reh, das andere eine sibirische Rinde mit silbergrauer Decke, die einen Wert von etwa 1000 Mark hat. Zum Abtransport haben die Einbrecher wahrscheinlich einen Handwerker bereitgehalten.

Im Fahrstuhl totgequetscht.

Furchtbarer Tod eines 15-jährigen Zeitungsjungen.

Auf entsetzliche Weise kam gestern am Spätnachmittag der 15-jährige Willi Vieh aus der Spenerstraße 5 ums Leben.

Gegen 17 Uhr trug der junge Mann im Hause Alt-Roabit 86/87 Zeitungen aus. Um nicht aus dem vierten Stockwerk hinunterlaufen zu müssen, bestieg er den Fahrstuhl. Da er mit der Bedienung nicht richtig Bescheid wußte, gelang es ihm nicht, den Fahrstuhl im Erdgeschoss zum Halten zu bringen. In seiner Angst sprang der Junge hinaus und geriet dabei zwischen Fahrstuhl und Schachtwand. Auf die Schmerzschreie des Verunglückten eilten Hausbewohner hinzu, die sofort die Feuerwehr alarmierten. Der Bedienstete konnte jedoch nur noch als Leiche geborgen werden.

In der Gipsstraße ereignete sich gestern ein tödlicher Straßenunfall. Beim Spielen geriet der siebenjährige Willi Barth aus der Gipsstraße 30 unter ein Lastauto und wurde überfahren. Die Räder gingen so unglücklich über den Körper des Kindes hinweg, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die Möbelschau am Funkturm.

Die Möbelausstellung in den Funkturmhallen, über die wir bereits im gestrigen „Abend“ ausführlich berichteten, wurde gestern vormittag von einem großen Kreis von Vertretern der Verwaltungsbehörden, der Wirtschaft, Kunst und Presse eröffnet. Die Begrüßungsworte der Stadt Berlin sprach Stadtrat Czerninski, der Dezernent für das Ausstellungs- und Messewesen. Er betonte, daß seit sechzehn Jahren erstmalig wieder in Berlin eine Publikumsmöbelschau stattfindet und wies auf die enge Verbindung des Wohnungsbauproblems mit der Möbelschau hin. Nach Reden des Vertreters des Deutschen Möbelschöpfverbandes und der Industrie- und Handelskammer fand ein Rundgang durch die Hallen statt.

Massenkonzert der Arbeiterjungen im Großen Schauspielhaus. Am Sonntag, dem 13. April, findet um 11 Uhr im Großen Schauspielhaus ein Sonderkonzert des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Gau Berlin, stat. Mitwirkende: Berliner Volksgesang, Männerchor Richte-Georainia, Berliner Sängerkor, Logographia und das Berliner Sinfonie-Orchester. Leitung: Dr. Jander und Wilhelm Andel. Zur Uraufführung kommen unter anderem zwei moderne Landestanzkompositionen. Eintrittskarten à 1,00 M. sind nach an der Kasse zu haben.

Die Abenteuer des Rebellen Schiffes.

Unter venezolanischer, roter und einer deutschen Flagge.

Hamburg, 11. April.

Im Prozeß wegen des Menschenraubes auf dem Dampfer „Falke“ gaben einer der Heizer und der Zeuge Zucal anschauliche Bilder über ihre Erlebnisse an Bord des fesselhaften Piratenschiffes.

Der Heizer Jäger, 35 Jahre alt, wurde vom Seemannsamt in Hamburg für unbestimmte Zeit angemustert. An Bord, sagt Jäger aus, habe man allgemein von Filmaufnahmen gesprochen. Brenzlau und Zippitt hätten freilich direkt Derartiges nicht gesagt. Der Schornstein habe erneuert werden müssen. Zunächst sollte die Fahrt nach Danzig gehen, man sei aber dann, wie ja bekannt, nach Odingen gefahren, blieb dort auf der Reede und nahm eine auffallend große Menge Kohlen ein. Das Schiff habe 14 Anaten geladen. Nachts wurden am Kai Munitionskisten geladen. Einzelne Kisten waren schadhaft, so daß man den Inhalt erkennen konnte. Jäger ging zum Kapitän und verlangte wegen der gefährlichen Ladung Sonderbezahlung für die Mannschaft. Es gab einen Streit. Jäger gründete den von ihm erhobenen Anspruch auf allgemein üblichen Gebrauch in der Spirit- und Waffenfahrt. Zippitt sprach zunächst mit Brenzlau und seinen Zeithebern, die aber die Forderung auch ablehnten. Die Heizer hatten bereits gekündigt und wollten an Land. Dann griff Zippitt vermittelnd ein. Brenzlau — nicht der Gado — bewilligte dann die doppelte Heuer und 500 Mark Prämie, verweigerte aber schriftliche Bestätigung. Der Zeuge hat bekanntlich diese Beträge später eingeklagt und 75 Prozent auf dem Vergleichsweg erhalten. Da ausdrücklich versichert wurde, die Ware gehe ordnungsmäßig deklariert von Regierung zu Regierung, wurde die Reise dann angetreten. Nach der Durchfahrt durch den Kanal habe militärisches Leben an Bord begonnen.

Es wurde mit Karabinern geschossen und Tag und Nacht gingen Wachen. Unter der Mannschaft waren nur wenige gebiente Soldaten, so daß bei Gewaltanwendung der anderen die „Falke“-Besatzung kaum Gelegenheit gehabt hätte, an die Waffen heranzukommen. Jäger verlangte Anlaufen eines Hafens, in dem ein deutscher Konsul tätig sei. Zippitt redete den Leuten gütlich zu und versprach Jäger eine Heuer als Oberheizer und 100 Dollar Zulage. Jäger ging aber nicht darauf ein. Verabredungsgemäß sollte die Mannschaft im ersten Hafen ihr Geld bekommen. Zippitt aber zahlte nichts aus. Auf der Insel Blanquilla seien nur fünf Menschen gewesen. Diese wurden an Bord geholt, einer davon aber als Gefangener gehalten. Ein Schoner kam längsbeis und übernahm Waffen und Munition. Der „Falke“ führte die venezolanische Flagge, eine rote Flagge und die deutsche Flagge. Später, bei Punta Araya, brachten Boote gegen 500 Mann an Bord, die sich Waffen und Ausrüstung holten. 150 blieben auf dem „Falke“ und fuhren nach Cumana. Ihre Scholuppen wurden ins Schlepptau genommen, zwei davon gingen verloren. Mit abgeblendeten Lichtern fuhr man auf den Hafen zu. Zippitt hatte ein Maschinengewehr aufstellen lassen. Jäger hatte immer Differenzen gehabt, aber sich immer wieder vom Kapitän überreden lassen. Bei der Ankunft wurden die Boote übergeben und bemantelt. Heizer und Matrosen sollten die Revolutionäre an Land rudern. Dafür wurden hohe Versprechungen gemacht. Der Gado wollte in Cumana einen Scheck einlösen und Belohnungen auszahlen. Einige Leute der Besatzung sowie Jäger machten die Landung mit. Aber noch bevor die Boote das Ufer erreichten, wurden sie beschossen. Die heilige Schießerei dauerte mehrere Stunden. Der Landungssteig soll bereits von Regierungstruppen besetzt gewesen sein. Die „Falke“-Mannschaft drängte nun auf schleunigste Abfahrt nach einem englischen Hafen. Die Führung übernahm der erste Offizier. Zippitt wurde von der Besatzung nicht mehr als Kapitän anerkannt und ließ seine Leute gewähren. Der erste Ingenieur hatte seinen Sohn als Assistenten an Bord und soll geäußert haben: Wenn ich das geahnt hätte, würde ich meinen Jungen auf keinen Fall an Bord genommen haben. In Port of Spain war der „Falke“ schon als Rebellen Schiff avisiert. Was noch von Sachen der Rebellen an Bord war, verteilte der Kapitän unter die Besatzung. Zippitt muß nach Ansicht Jägers genau gewußt haben, um was es ging, hat jedoch an scheinbar Bestimmtes nie geäußert. Das Maschinengewehr habe er auf Protest der Mannschaft wieder vom Deck entfernen müssen. Jäger bestreitet, mit anderen Leuten einen Verspottungsschein unterzeichnet zu haben. Er bestätigt nochmals, Brenzlau und Zippitt hätten vor der Abfahrt aus Odingen ausdrücklich versichert, es handle sich um einen Transport von Regierung zu Regierung. Die Mannschaft habe sich daraufhin überreden lassen, zumal sie froh war, endlich einen Verdienst zu haben. Jäger will freilich immer gefürchtet haben, mit den Behörden in Kontakt zu kommen.

Nach einer Pause beginnt die Vernehmung des Zeugen Zucal. Zucal ist 38 Jahre alt, Buchstabenmacher und war Angestellter (Nichtbeamter) der Ordnungspolizei. Ich war damals bei der Postzeit in Wandsbek, berichtet er, als Ende Juni 1929 ein Herr namens Hofmeister zu mir kam und mich fragte, ob ich wohl für sechs Monate nach Südamerika wolle. Es sollte sich um Bolivien handeln und um die technische Ausbildung neu aufzustellender Truppen. Zucal erklärte sich bereit, wenn man ihm 500 Dollar zahle. Hofmeister machte ihn dann mit der Firma Brenzlau bekannt. Brenzlau engagierte ihn. Der Vorsitzende fragt: Sie sind doch Waffenmeistergehilfe bei der Schupo gewesen. Da geht man doch nicht einfach so ohne Urlaub weg? Zucal: Mir war ja hoher Verdienst zugesichert. — Der Zeuge erzählt dann weiter, wie er nach Odingen geschickt wurde und erst ziemlich im letzten Augenblick an Bord kam. Auf offener See ließ der Kapitän ihn rufen und fragte ihn, weshalb er sich nicht bei ihm gemeldet habe. Der Zeuge erklärte, er habe als Angestellter der Firma Brenzlau mit dem

Kapitän Zippitt gar nichts zu tun. Ueber das Reiseziel herrschte völlige Unklarheit. In der Bistaga mußte Zucal den Offizieren des Gados mit Dolmetscherhilfe Waffenunterricht geben. Die Übungswaffen lagen in der Kammer des Generals. Die Ausbildung erfolgte zumest im Salon. Nach der Instruktion mit der Parabellum-Pistole folgte Unterricht am Gewehr Modell 88. Es wurde nur Anschlag geübt. Das Exzerzieren beorgten der Gados Begleiter selbst. Daß die Venezolaner unterwegs Uniformen anlegten mit Säbeln, Pistolen, und später mit Karabinern herumlaufen, das fiel Zucal auf, ebenso die jetzt eingeführte Wachdienststellung. Das ganze Schiff wurde bewacht. An die Ladung heranzukommen wäre der Besatzung nicht möglich gewesen. Anfangs nahm man die Sache als Theaterspielerei, bis man den Ernst der Situation erkannte. Dann war es zu spät. Von dem Schoner, der den „Falke“ bei Blanquilla erwartete, sowie von den später getroffenen Scholuppen kamen so viele Rebellen an Bord, daß die Mannschaften überhaupt nichts mehr tun konnten. Der Gado spielte sich als Herr des Schiffes auf.

Vor der Landung in Cumana wurde gefragt, wer mit an Land gehen wolle, um den Einzug mitzumachen, und zwar von dem dritten Offizier. Die Leute, die einverstanden waren, trugen sich in eine Liste ein. Sie ruderten mit Booten an den Landungssteig. Alle Anlässe der Boote flogen an Land, als plötzlich Gewehrfeuer einlegte. Etwa 30 Meter vom Ufer erkannte Zucal eine aus Sandfäden gebaute Feldstellung, aus der Schüsse fielen. Nach Angabe des Gados sollte in Cumana nur eine Art Proklamation abgehalten werden. Niemand wäre ihm gefolgt, sagt Zucal, wenn man geahnt hätte, daß es in einen Kampf ginge. Die Verteidiger der Rüste zogen sich schnell zurück. Die Landungsabteilung des Generals begab sich in die Stadt, weil der Gado sagte, nicht schließen, das sind doch Freunde. In der Stadt gab es aber von allen Seiten heftiges Gewehrfeuer, und nun schoß auch Zucal mit dem Maschinengewehr, „um eine moralische Wirkung zu erzielen“, wie er sagt. Das Gewehr verfeuerte nach 80 Schuß. Beim Nachsehen wurde Zucal selbst getroffen. Ein Bolz und ein Steward haften ihm auf und brachten ihn mit einem Boot an den bereits in Fahrt befindlichen Dampfer „Falke“. Er wurde in einem Korb an Deck geholt und von dem Arzt verbunden. Die Verletzung, ein Brustschuß, war nicht gefährlich. Zucal blieb in Port of Spain und kehrte am 30. September zurück. Erhalten hat er 1500 M., um den Rest Monat nach seiner Auflösung sei er von Brenzlau für sechs Monate engagiert worden und erst nachdem hätte er evtl. in den Dienst des Gados treten sollen, der ihm monatlich 1000 Dollar zugesichert hatte. Nach dem Bericht Zucals ist der Gado ausgerüstet mit Pistole, Reitpeitsche und einer Fahne zu seiner angeblichen Proklamation vorangegangen. Vor seinem Tode hat der Gado nach Wissen des Zeugen keinerlei Anordnungen mehr gegeben. Zucal nimmt es auf seinen Eid, daß er von der geplanten Revolution nichts gewußt habe. Er habe geglaubt, Brenzlau und der Gado seien Bevollmächtigte einer rechtmäßigen Regierung.

Der Vorsitzende schließt dann die Sitzung mit der Bemerkung: Ich glaube, wir müssen diesen Zeugen für heute erlösen. Weiterverhandlung: Sonnabend.

Zuchthaus wegen Abtreibung.

Der Ausgang des nichtöffentlichen Prozesses.

Das Schwurgericht II, das in dem unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Kellner Polih und die Krankenschwester Auguste Kraetz wegen gewerbsmäßigen Eingriffs nach § 218 und wegen fahrlässiger Tötung verhandelt hatte, fällt gestern nachmittag das Urteil. Wie bereits berichtet, handelt es sich bei diesem Prozeß um den Tod der 25 Jahre alten Helene v. J., deren Leiche in der Wohnung des Angeklagten Polih gefunden wurde. Das Urteil lautete gegen Kraetz auf 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, gegen Polih auf 3 Monate Gefängnis, gegen Lemke auf 2 Wochen Gefängnis und Hoffmann wurde freigesprochen.

Ueber das Urteil kam nichts gesagt werden, da die Verhandlung unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hat. Waren aber die Abtreibungsmethoden der Angeklagten Kraetz derart gemeingefährlich, daß das äußerste harte Urteil gerechtfertigt erscheint, so wäre es um so notwendiger gewesen, öffentlich zu verhandeln. Dann wären die vielen Frauen, die durch die Ungunst der Verhältnisse und durch den mörderischen Paragraphen gezwungen sind, sich in ihrer Not nach geheimen Helfershelfern umzusehen, noch einmal erwähnt worden, in ihrer Wahl so vorsichtig wie möglich zu sein. Hoffentlich erleidet man in Roobitz nicht so bald wieder einen Abtreibungsprozeß hinter verschlossenen Türen. Die Zeit dieser sinnlosen Geheimnistuerei sollte doch wohl ein für allemal vorüber sein!

Der Clown aus Amerika.

Die Scala wartet diesmal mit Tots auf. Er gehört zur Reihe der großen Spahnmacher von Beruf und Reingung, die uns Amerika, sozusagen ungesellt, serviert. Groß, der Kontrakt, macht seine Sache mit breitem, fast gemütvollstem Humor, er hat Zeit und läßt sich gehen. Tots strengt sich mehr an, ist ein lächelnder, lächelhaft gewandter Equilibrist, der zu parodieren meint; aber wir stellen uns eine Parodie wichtiger vor. Es scheint, daß er kein großes Programm etwas unarbeitsen muß, um hier zur vollen Geltung zu gelangen. — Auch sonst kommt im Programm die Akrobatik nicht zu kurz: die Dever Brothers, Man und Tibet und ein plastisch-gymnastischer Akt „Mirado“ (das ägyptisch-assyrische Centre könnte man sich (paren). Unerkennbar und gut anzusehen auch die 2 Illusionsjungen der Rindv Co. Das Rästel um den Schimpanse Daphne soll nicht gelöst werden; sicher ist ein als Affe agierender Mensch ein vergnüglicheres Objekt als ein Affe, der einen Menschen darstellt. Die Frage ist nur: wem fällt es schwerer? Die „Revue auf Hochrädern“ der 10 Debiars steht wirklich turnhoch über allen, was die Varietébühne sonst auf diesem Gebiet zeigt.

Jubiläum bei der Feuerwehr. Die Parteigenossen Oberfeuerwehrmänner: Stanislaus Klutawitz, Feuerwehr-Oberinsp. 128/29 (Wohnung Böttcher, 18); Friedrich Will, Feuerwehr-Reichenberger Straße (Wohnung Katharinenstr. 10) und Hans Trappe, Feuerwehr-Vincenti 128/29 (Wohnung Böttcher, 20) begingen ihr 50-jähriges bzw. 50-jähriges Dienstjubiläum, ebenso der Brandmeister Ernst Bult, Feuerwehr-Pantow (Wohnung Birkenpromenade 3, Pantow).

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Otto Höring, spricht am Sonnabendabend in der Neuen Welt, Hafenstraße, auf der Bundesgründungsfeier des Reichsbanners. Im weitigen Programm wird Ulrich Weierle rezipieren und der Sprechchor für proletarische Feststunden unter Leitung von Albert Floratz und Mitwirkung von Heinrich Witzke die Sprechchorsymphonie „Vorwärts! Hinan!“ ausführen.



Amüsante Radmitsingmusik führte uns vom unsterblichen Wiener Walzer über Salzburgerische Jodeln und Schnaderhüpfln zu einem vom Breslauer Sender übertragenen Konzert von Opernballettmusik; das dortige Funkkammerorchester brachte mit Schwung und viel Musikalität die glänzende Musik aus „Favst“, „Salmo“, „Jor und Zimmermann“ zum Vortrag. In der Stunde des Buches besprach Alexander Knoll der neue West-Biffells: „Der soziale Gedanke im alten Handwerk“. Anna Maria Steen hat neue Koloraturen; im übrigen ist die Stimmung lebhaft und feiert. Zum Thema „Abenteuer und Dichtung“ beleuchtete Fritz Scherret die Gestalt des Abenteurers mit und ohne Willen und seine dichterische Ausprägung. Singschermusik, vom Budapestener Sender übertragen, beschloß den Abend.

Zur Berliner Verfassungsreform

Uebereilte Verabschiedung des Gesetzes — eine schwere Gefahr!

Von Paul Hirsch.

Mit dem nachstehenden Artikel des hervorragenden sozialdemokratischen Kommunalpolitikers, der bekanntlich als Berliner Abgeordneter dem Reichstagen angeschlossen und der einen hervorragenden Anteil an der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin hat, sehen wir unsere Leserinnen aus der Verwaltungreform der Reichshauptstadt fort. Der Verfasser hat zu dieser Frage auch schon in den „Kommunalen Blättern“ das Wort erlassen, er wird das Problem in einem anhängelichten Referat auf dem Bezirksparlament der Berliner Sozialdemokratie am morgigen Sonntag grundlegend behandeln. Für den „Vorwärts“ hat Paul Hirsch seine Argumente gegen das neue Gesetz in besonders knapper und überzeugender Form dargestellt.

Die Einbringung des Entwurfs eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin hat nicht nur die städtischen Körperschaften, sondern darüber hinaus auch weite Kreise von Kommunalpolitikern in ganz Preußen mobil gemacht. Daß eine Reform des heute geltenden Groß-Berliner Gesetzes in der Richtung einer Vereinfachung der Verwaltung geboten erscheint, darüber sind sich alle Parteien einig, wenn auch die Ansichten über den Weg der Reform weit auseinandergehen. Die gleiche Einmütigkeit herrscht aber auch darüber, daß der jetzige Moment der denkbar ungünstigste ist, um die Reform in Angriff zu nehmen.

Zwar betont die Regierung ausdrücklich, daß sie ihre ursprüngliche Absicht, die Neuordnung der Berliner Verfassung im Rahmen des Selbstverwaltungsgesetzes vorzunehmen, nicht aus Uebereilung einzelner Vorgänge aufgegeben habe, die sich innerhalb der Berliner Verwaltung ereignet haben, sondern in der aus der Entwicklung der letzten Zeit gewonnenen Erkenntnis, daß die für die Stadtgemeinde Berlin geltende Verfassung im ganzen der Größe und der Bedeutung der Hauptstadt Preußens und des Reiches so wenig entspricht, daß eine Änderung nicht ohne schweren Nachteil für die Stadt Berlin und für die Allgemeinheit länger hinausgeschoben werden kann. Aber in der Öffentlichkeit wird trotz alledem der Eindruck erweckt, daß gerade die Vorkommnisse der letzten Zeit den Anlaß zu einer Gesetzesänderung gegeben haben.

Die Gegner Berlins werden daraus neues Material in ihrem Kampfe gegen eine vermeintliche Mißwirtschaft schöpfen, das Ansehen der Reichshauptstadt in Deutschland und im Auslande wird geschmälert und ihr Kredit verringert werden.

Sind dann vollends, wie die Regierung es plant, nach Inkrafttreten des Gesetzes Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt, so wird ein Kampf entbrennen, der alle bisherigen Wahlkämpfe, selbst den vom vorigen Herbst, in den Schatten stellt, und aus dem die extremen Parteien rechts und links gestärkt hervorgehen werden. Das Uebel, an dem Berlin heute leidet, wird dann nicht beseitigt, sondern im Gegenteil noch vergrößert werden. „Sozialistisches Diktatorgesetz“ gegen die wertvollen Massen Groß-Berlins, diese Ueberschrift haben die kommunistischen Mitglieder des Staatsrates dem Gesetz zu geben beantragt. Unter dieser Parole werden sie den Wahlkampf — in erster Linie natürlich gegen die Sozialdemokratie — führen. Gegen die Sozialdemokratie vornehmlich wird sich auch der Kampf der Rechtsparteien richten, die den Wählern vorzureden versuchen, daß die Mißstände unter sozialdemokratischer Herrschaft, die es, nebenbei bemerkt, in Wirklichkeit gar nicht gibt und nie gegeben hat, so groß geworden sind, daß sogar ihre eigenen Minister die Gesetzgebungs-maschine dagegen in Bewegung zu setzen sich genötigt gesehen haben.

Zu diesen allgemeinpolitischen Erwägungen, die uns veranlassen müssen, die Reform zu verlagern, kommen Erwägungen kommunalpolitischer Natur. Der Berliner Entwurf regelt in seinen wesentlichen Teilen wichtige Fragen des kommunalen Verfassungsrechts, die alle Städte betreffen und die deshalb nicht vorweg, sondern gleichzeitig mit dem bereits im Entwurf vorliegenden Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung geregelt werden sollten. Stichhaltige staatspolitische Gründe, die für eine vorzeitige Verabschiedung des Berliner Gesetzes sprechen, sind bisher nicht angeführt und werden wohl auch kaum geltend gemacht werden können. Mit Recht hält deshalb nicht nur der Stadteitag, sondern auch der Staatsrat die Vorwegnahme der Regelung der Berliner Verfassung für bedenklich, weil zwischen dem Gesetz und dem Sondergesetz enge Beziehungen bestehen und die Bestimmungen des Sondergesetzes für das nachfolgende allgemeine Gesetz bindende Bedeutung gewinnen können. Der Staatsrat weist darauf hin, daß für Berlin die Bürgermeisterversammlung festgelegt werden soll, während doch die Möglichkeit besteht, daß das allgemeine Gesetz die Wahl zwischen beiden Verfassungen entsprechend dem früheren Entwurf der Städteordnung zuläßt.

Aber das ist nur ein Beispiel. Auch in bezug auf andere Fragen darf die Reichshauptstadt nicht anders wie die übrigen Städte behandelt werden. So sieht der Entwurf des allgemeinen Selbstverwaltungsgesetzes die Befestigung des Bestätigungsrechtes für die leitenden Beamten mit Ausnahme der Bürgermeister und ihrer Stellvertreter vor, während das Berliner Gesetz die Befestigung aller leitenden Wahlbeamten ohne Ausnahme, vom Oberbürgermeister bis zu den Bezirksstadträten, beibehält. Warum diese unterschiedliche Behandlung? Nach dem allgemeinen Selbstverwaltungsgesetz sollen auf den Gebieten der Baupolizei, der Feuerlöschpolizei, der Gesundheitspolizei, der Gewerbe- und der Obdachlosenpolizei, der Fundpolizei, der Schutzpolizei, der Armenpolizei, der Fürsorge für Jugendliche und der Durchführung der Reichsversicherungs-Aufgaben, die bisher von den Polizeibehörden wahrgenommen werden, den Gemeinden übertragen werden. Ist die Ausdehnung dieser Bestimmung auf Berlin geplant oder

soll die Reichshauptstadt in dieser Beziehung in Zukunft schlechter gestellt sein als die kleinste Gemeinde?

Der Kreis der Selbstverwaltungsangelegenheiten der Provinz soll eine Erweiterung erfahren. Gilt Berlin, dessen Verfassung doch der Provinzialverfassung angenähert werden soll, in diesem Sinne als Provinz oder bleibt der Kreis seiner provinziellen Selbstverwaltungsangelegenheiten beschränkt? Es handelt sich um Fragen, die für Berlin von der gleichen Bedeutung sind wie für alle übrigen Landesteile, um Fragen, die einheitlich gelöst werden müssen und mit deren Regelung die zukünftige Verfassung Berlins in engstem Zusammenhange steht. Es ist zu begrüßen und bedeutet einen gesetzgeberischen Fortschritt: von ungeahnter Bedeutung, daß das Einführungs-gesetz zum Gesetzentwurf über die kommunale Selbstverwaltung eine Reihe von Fragen für Städte, Landgemeinden, Ämter, Kreise und Provinzen einheitlich lösen will. Der heutigen Zerstückelung wird dadurch auf wichtigen Gebieten ein Ende bereitet, aber es muß Klarheit darüber bestehen, ob auch Berlin unter diese Bestimmungen fällt, und diese Klarheit kann nur durch gleichzeitige Beratung des allgemeinen und des Berliner Selbstverwaltungs-gesetzes geschaffen werden.

Auf den Gesetzentwurf im einzelnen einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle. Die Leser des „Vorwärts“ sind durch eine Reihe von Artikeln, besonders durch die Artikel der Genossen Erich Platau und Karl Herz hinreichend darüber ins Bild gesetzt, wie starke Eingriffe in die Selbstverwaltung die Regierung plant und wie wenig die für Berlin in Aussicht genommene Verfassung dem Wesen der Demokratie entspricht. Eine Verabschiedung eines Sondergesetzes für Berlin vor der allgemeinen Reform

birgt die große Gefahr in sich, daß die die Selbstverwaltung einschränkenden Bestimmungen auch auf andere Gemeinden übertragen werden.

Statt einer Fortentwicklung der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung stünde uns dann das Ende der Selbstverwaltung in Preußen bevor.

Wie sehr der Regierungsentwurf von dem Gedanken der Stein-Hardenbergschen Reform abweicht, ergibt sich unter anderem aus der geplanten Aufspaltung des ehrenamtlichen Elements an verantwortlicher Stelle. Die Steinsche Städteordnung hat der ehrenamtlichen Mitarbeit eine ganz besondere Bedeutung zugewiesen. In Anlehnung hieran hat auch das jetzt geltende Groß-Berliner Gesetz vom 27. April 1920 bewahrt die bewährte Einrichtung der unbesoldeten Magistratsmitglieder beibehalten. Verdienstvollen Mitbürgern sollte dadurch Gelegenheit zur ehrenamtlichen Betätigung im Interesse der Stadt an hervorragender Stelle gegeben werden. Die ehrenamtlichen Mitglieder sind, wie es in der Begründung heißt, vor allem dazu bemüht, insbesondere durch ihre Sachkenntnis, die bürokratisch-juristische Verwaltung vor Einseitigkeit zu bewahren und sie sollen, im Wege der Verhältniswahl ausgewählt, dazu dienen, die kommunalpolitischen Strömungen innerhalb der Stadtverordnetenversammlung in entsprechender Weise im Magistrat zum Ausdruck zu bringen. Sie sind im gewissen Sinne die kommunalpolitischen Vertrauens-männer der Stadtverordnetenversammlung im Magistrat. Diese Gründe gelten heute so gut wie vor zehn Jahren; es ist nicht ersichtlich, warum man auf die bewährte Mitarbeit, aus der sich doch auch in Berlin kaum Schwierigkeiten ergeben haben, jetzt auf einmal verzichten will.

Daß eine Neuordnung der Berliner Verwaltung seit längerer Zeit allgemein auch von den Organen der Stadt Berlin selbst als notwendig erkannt worden ist, trifft nur bedingt zu. Nicht die Berliner Organe, sondern der Berliner Oberbürgermeister für seine Person hat seit Jahren eine Reform des Gesetzes angestrebt, und im Landtage sind dahingehende Anträge nur von den beiden Rechtsparteien, in letzter Zeit sogar nur von der Deutschen Nationalen Volkspartei gestellt worden. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat bei Beratung der Abänderungsanträge, mit denen sich das Parlament vor Jahr und Tag beschäftigt hat, den Standpunkt vertreten, daß die Zeit zu einer grundlegenden Änderung noch nicht gekommen ist, und maßgebende Führer haben bis in die neueste Zeit hinein immer wieder betont, daß es zur Beseitigung der Mißstände keines neuen Gesetzes bedarf, sondern daß dazu eine Reform der Verwaltung im Rahmen des heutigen Gesetzes genügt.

Die Mängel in der Berliner Verwaltung sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß das Gesetz nicht immer im Sinne des Gesetzgebers gehandhabt worden ist. Das Gesetz vom 27. April 1920, das die Einheitsgemeinde geschaffen hat, hat die früheren Einzelgemeinden nicht einfach zu toten Bezirken herabdrücken wollen, denen jede selbständige kommunale Tätigkeit unterbunden ist, sein Angelpunkt war vielmehr die zweckmäßige Dezentralisation der Verwaltung im Sinne einer möglichst freien Stellung der örtlichen Verwaltungsbezirke. Soweit der Gedanke der Einheitsgemeinde dies irgend zuließ, sollte den Verwaltungsbezirken Selbstständigkeit gegeben werden. Stark dezentralisierte örtliche Verwaltungseinrichtungen sollten das Gegenstück gegen die straffe Zentralorgan-

Legenden über Berlin.

Auf dem Rheinischen Provinziallandtag hat Landeshauptmann Harion geglaubt, über das „Benachteiligte“ Berlin spotten zu dürfen. Zu demselben Zwecke er seine Ausführungen gegen die bekannte kommunal-amtliche Zahlenjüngfertigkeit Berlins durch eine völlig irreführende und schiefe Darstellung der Berliner Finanzverhältnisse.

Der Städtische Nachrichtendienst widerlegt das Hauptargument des Herrn Landeshauptmannes durch folgende interessante Gegenüberstellung:

Die Legende: Landeshauptmann Harion: „Berlin würde allmählich aussterben, wenn nicht das übrige Deutschland für Berlin ständig Menschen großzöge, ernährte und ausbildete, die dann in den Jahren, wo sie wirtschaftliche Werte schafften und Steuerzahler sind, nach Berlin ziehen.“

Die Wahrheit: Wir stellen diesen Ausführungen einen bildlichen Vergleich der sozialen und kulturellen Ausgaben gegenüber, die Berlin im Verhältnis zu den übrigen deutschen Städten zu leisten hat. Gerade auf dem Gebiete der Wohlfahrtsausgaben zeigen sich die Mehrleistungen Berlins infolge des Zuzugs wirtschaftlich schwacher und unterstützungsbedürftiger Personen aus dem ganzen Reiche.

WACHSEN DER AUSGABEN FÜR SOZIALE UND KULTURELLE ZWECKE

Berlin gab auf den Kopf der Bevölkerung für



*) Die Zahlen geben den Zuschußbedarf an.



Kaiser's Oster-Artikel

Hasen Eier Küken

und verschiedene andere Osterartikel aus feinsten Schokolade u. echtem Marzipan

REICHE AUSWAHL IN JEDER PREISLAGE AUS EIGENEN SCHOKOLADEN-FABRIKEN

KAISER'S SCHOKOLADEN PRALINEN U. KEKSE

5%
RABATT
IN MARKEN
TUCKER AUSGESCHLOSSEN

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

ÜBER 1000 FILIALEN

fation des neuen Gemeinwesens bilden. Natürlich müssen die Gesamtinteressen den Vorrang vor den örtlichen Interessen haben, das Hauptbestimmungsrecht soll stets in der Hand der Zentralorgane bleiben, aber, soweit die Gesamtinteressen es zulassen, sollten die örtlichen Verwaltungen freien Spielraum haben.

Leider ist die Absicht des Gesetzgebers in der Praxis teilweise in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die Zentrale befaßt sich viel zu viel mit Kleinigkeiten, die ohne Schädigung der Gesamtheit in den Bezirken erledigt werden können. Die Folge davon ist ein Nebeneinander, oft auch ein Gegeneinanderverwalten, ein ungeheurer Verfall und eine mit viel Aufwand an Zeit und Geld verbundene Befähigung der verärgerten Bürger. Vor allem aber muß die Uebersichtlichkeit dadurch verloren gehen. Hierauf sind letzten Endes die Ereignisse zurückzuführen, die jetzt soviel Staub aufwirbeln.

Entschließen sich die zentralen städtischen Körperschaften dazu, die Verwaltung im Sinne und in der Absicht des Gesetzgebers zu führen, sehen sie ab von der Bevormundung der Bezirke, beschränken sie sich auf die Auffstellung allgemein gültiger Gesichtspunkte und auf die Sorge für die Einheitlichkeit der Verwaltung, dann werden manche heute nur allzu berechtigten Klagen verstummen, dann werden die Berliner Bürger freudiger als bisher an den Geschicken ihrer Stadt mitarbeiten, dann wird das Ziel, das der Regierung vor Augen schwebt, erreicht werden auch ohne eine Aenderung des Gesetzes, das sich, wie die Entwicklung der Reichshauptstadt in der hinter uns liegenden schweren Zeit beweist, im großen und ganzen bewährt hat und an dessen Grundzügen zu rütteln eine größere Gefahr bedeutet als die Hinausschiebung der notwendigen Reform bis nach Verabschiedung des allgemeinen Selbstverwaltungsgesetzes.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Nazis ohne politischen Anstand.

1. Bezirk — Charlottenburg.

Nachdem der Fluchtslinienplan der Siedlung Berlin-Heerstraße einen Ausschuss überwiesen war, wandte sich das Interesse des sozialdemokratischen Antrag bezüglich der Sparmaßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens und der Trinkwasserfrage zu. Bezeichnenderweise hatten bei der Behandlung im Haushaltsausschuss die Kommunisten und Nationalsozialisten gefehlt, jetzt suchten sie durch rabulische Reden das Versäumnis nachzuholen. Genosse Kagenstein begründete wirtungsvoll noch einmal unseren im Ausschuss abgelehnten und jetzt neu gestellten Antrag. Doch er verfiel der Ablehnung, und es kam ein lahmender Antrag der bürgerlichen Parteien zur Annahme. Der Antrag der Sozialdemokraten zugunsten der Schulpflegerinnen fand dagegen eine große Mehrheit. Vergeblich verfuhr dann Genosse Henkel eine Verlegung des neuen städtischen Wochenmarktes zur Gottfried-Keller-Straße hin zu erreichen, vor allem, weil an der vom Bezirksamt gefundenen Stelle keine Bedürfnisanstalt liegt. Selbst bürgerliche Kräfte fanden an diesem Zustand nichts auszusetzen, und so gewann die Vorlage des Bezirksamts eine Mehrheit. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Fragen beschwerte sich der Nationalsozialist Dr. Bippert über das Programm der Kunstgemeinde Charlottenburg. Ausgerechnet Dr. Bippert, der kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung von der „Elterbeule auf dem Korruptionsherd (!) der Stadt Berlin, die den Himmel schreit“, (!) gesprochen hatte. Genosse Stadtrat Horlich fertigte ihn elegant und wirkungsvoll ab. Weitere Beschwerden der Nazis fielen stot zu Boden, sie legten keinen Wert auf Verantwortung durchs Bezirksamt. Nachtschicht blamierten sich die Kommunisten mit ihren Beschwerden wegen einiger Brägelchen im Wohl-fahrtsamt. Eine große Debatte, die sich schließlich endlos hinschleppte, brachte die Stellungnahme zum Entwurf des Groß-Berliner Gesetzes. Genosse Dr. Kaworau begründete kurz, wie das Gesetz aus der allgemeinen Wut gegen Groß-Berlin entstanden sei, einer Wut, die vor allem durch die Tätigkeit der Nazis und der Kommunisten sowie der Sensationspresse ihre Entstehung verdankt. Er erklärte im Namen seiner Fraktion, es sei im gegenwärtigen Augenblick verfehlt, politische Einseitigkeiten zu machen. Er legte einen Antrag mit grundsätzlichen Einspruch vor und einen weiteren, der zuvor die Befreiung der Bezirksaufgaben verlangte, aber man zur neuen Grenzbestimmung schritt. Noch immer länger werdenden Reden der Deutschnationalen und Kommunisten, noch gewissen, sachlich interessanten Ausführungen des Bürgermeisters Augustin verfiel die Vorlage der Vertagung. Schon drohte sich die Versammlung in Interaktionslosigkeit aufzulösen, als neues Leben durch einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratie entstand, den Genosse Czarsinski begründete. Dieser Antrag forderte, künftig Vorschläge der Nazis für Ehrenämter nicht mehr zu berücksichtigen. Diesem Antrag lag folgender Textbestand zugrunde: im Wahlausschuss hatte der Vertreter der Nazis erklärt: „Seine Partei lehne es ab, einen Juden in eine städtische Wohlfahrtsdeputation zu wählen, da sie Personen jüdischer Rasse die Fähigkeit zur Mitwirkung in städtischen Ehrenämtern abspreche“. Die Nazis stellten sich außerhalb des politischen Anstandes. Die Versammlung mißbilligte mit großer Mehrheit das unerhörte Verhalten der Nazis und überließ es dem Wahlausschuss, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Schürer des Kapitals.

10. Bezirk — Zehlendorf.

Nach Einführung der unbeforderten Stadträte und Erledigung einer Reihe von Vorlagen und Wahlen zu den Deputationen und Ausschüssen kam es über die Ausweitung von Freiflächen in dem Ausflugsgebiet um den Kleinen Wannensee, Stölpchensee, Teilmann, Friedrich-See, Leopold-Kanal, Düppel und Klein-Waldow zu einer ausgedehnten Debatte, die der Nationalsozialist Müller eröffnete. Verständnismangel schimmerte bei den andern bürgerlichen Parteien und starke Heterotie bei unserer Fraktion erregte die Proteste, als Müller sich zu dem mehrmals wiederholten Satz verriet: „Ich erkläre hiermit nachdrücklich und öffentlich, daß ich mich schäme vor dem Privatkapital“. Auf Zwischenruf, er könne sich doch wohl Sozialist, bemerkte er: „Solange das Privateigentum nicht dem Gemeinwohl und Volkwohl nutzbar gemacht werden kann, solange stelle ich mich schäme vor dem Privatkapital.“ — Genosse Draemert gab in der Erwiderung gewisse gelegentliche Härten des Freiflächengesetzes an, die Bezirksversammlung habe aber nicht die Staatsgewalt zu verbessern, sondern auszuführen. Sobald zur Frage stehe, wie in vorliegendem Falle, ab das Interesse einiger Privatleute oder das Wohl der Allgemeinheit zu fördern sei, gibt es für einen Sozialdemokraten kein Schwanken, und unsere Fraktion stimme für die Freiflächen. Im übrigen sei dieselbe Vorlage im vorigen Jahre von der Bezirksversammlung angenommen, und es handle sich jetzt nur um geringe Änderungen, die vom Minister als notwendig bezeichnet werden. Die Abstimmung ergab diesmal die Ablehnung der Vorlage und damit wieder einmal die Stellungnahme der bürgerlichen Mehrheit der Bezirksversammlung gegen ihre eigene bürgerliche Mehrheit im Bezirksamt. Es ist wohl anzunehmen, daß diese sonderbare Leistung durch eine andere Infanz berichtigt werden wird. — Sparfahrsanträge gehören zum modernen Rüstzeug nationalsozialistischer Volksfreunde. Deshalb brachte der erwähnte Herr Müller den bekannten Antrag betreffend Aufhebung des Dringlichkeitsgesetzes über den Erlaß harter Auslagen und entgangenen Arbeitsordnungen an ehrenamtlich tätige Bürger auch hier ein. Während seiner Begründung erwiderte er auf Zwischenrufe,

weshalb er und seine Freunde nicht mit gutem Beispiel vorangingen und die Annahme vieler Gelder verweigerten: „Wir führen die Gelder an den Fonds für den Freiheitskampf des deutschen Volkes ab“. Auf stürmische Gelächter und die Frage, wo dieser Fonds deponiert sei, schwieg er. Genosse Draemert stellte zunächst den Takt und Geschmack Müllers, daß gerade er solchen Antrag begründe, der als Stadtschreiber in Zehlendorf von Amts wegen jeglichen Urlaub zur Wahrnehmung seines Amtes als unbefordeter Stadtrat in Steglitz erhalte, während der Arbeiter, Angestellte und kleine Gewerbetreibende unter ganz anderen Lebens- und Verhältnissen schwerste ideelle und materielle Opfer für die Ausübung seiner Ehrenämter zu bringen habe. Bei Aufhebung der Aufwandsentschädigungen könnten künftig nur noch wohlhabende Leute oder Beamte solchen Ehrenämtern vorstehen. Müllers Antrag wurde gegen seine Stimme und die der Deutschnationalen abgelehnt. Der Antrag unserer Fraktion, die öffentlichen Märkte im Bezirk Zehlendorf nicht mehr an schwerreiche Generalpächter zu verpachten, sondern in städtische Regie zu übernehmen, wurde abgelehnt. Die Zehlendorfer Märkte wurden wieder an den alten Pächter vergeben, obwohl der Verband der Standinhaber ausdrücklich dagegen protestiert hatte und andere im Bezirk selber wohnende kleinere Pächter auch vorhanden sind. — Ueber Verlehrs- und Pflichtenfragen und Ausbau von Ortsamtsstellen sprach Genosse Heit. Zu letzterem Thema hatte der Nationalsozialist Müller die von Sozialdemokraten betreuten Amtsstellen in Köpenick und Treptow als vorbildlich hingestellt und Entsendung einer Studentenkommision dorthin angeregt. Der Antrag wurde nicht statigeggeben.

Köpenick-Treptow-Neukölln, ein Bezirk?

16. Bezirk — Köpenick.

Von allen Parteien waren Anträge zu dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Stadtgemeinde Berlin gestellt. Unter Ablehnung der Anträge aller anderen Fraktionen gelangte der Antrag der Sozialdemokratie, in dem gegen die geplante Gestaltung protestiert wird, zur Annahme. Es heißt dann weiter: „Gegen die geplante Neuverteilung der Hauptstadt Berlin in 9 Verwaltungsbezirke, monach Köpenick mit Treptow und Neukölln zusammengefasst werden soll, erhebt die Bezirksversammlung Köpenick scharfen Protest.“ Zur Annahme gelangte weiter ein Antrag betr. Zurücknahme der Rindungen für die Siedler im Treptow, daß die städtische Hauptstelle die Räumungsaufforderung solange ruhen zu lassen hat, bis es den Siedlern möglich ist, eine Wohnung zu erhalten. Weitere Anträge betr. Siedlerfragen (Kämmerei- und Wendenheide) werden auf sozialdemokratischen Antrag dem Erpetalausschuss zur Behandlung übermiesen. Ein weiterer Antrag der Partei betr. zeitweilige Feststellung des Freibades Müggelsee und Schaffung von Zugangswegen erfuhr einstimmige Annahme. Bewegte sich die Erledigung dieser Beratungsgegenstände in einigermaßen ruhigen Bahnen, so kam es bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages der Kommunisten, der die ausschließliche Befähigung ihrer Parteigänger bei der städtischen Volkverwaltung zum Ziel hatte, zu Tumulten. Ihr Vertreter Kleine glaubte, seine besondere Befähigung als zukünftiger Stadtrat damit besonders beweisen zu müssen, daß er erklärte, „ihm komme es gar nicht darauf an, die ganze Bezirksverordnetenversammlung zu überlegen“!

Der Kampf um die Selbstverwaltung.

Sozialdemokratische Versammlung in Lichtenberg.

In einer stark besuchten sozialdemokratischen Versammlung in Lichtenberg sprach Genosse Bürgermeister Dr. Siggel über das neue Selbstverwaltungsgesetz für Berlin. Die sehr beachtlichen Ausführungen des Referenten gipfelten darin, daß es gegenwärtig weder vom verwaltungsmäßigem noch vom parteipolitischen Standpunkt aus zu verantworten sei, Berlin neben der Finanzstrasse noch eine Verwaltungskrise zu bringen. Der Entwurf des Selbstverwaltungsgesetzes stelle unzweifelhaft eine Wende von der wirklichen Selbstverwaltung dar. Die künftige Betrachtung erwecke den Anschein, als ob hier im Sinne moderner sozialdemokratischer Forderungen ein Einkammer- oder sogar ein Einkammersystem geschaffen werde. Tatsächlich habe man es hier jedoch mit einer Gruppe der Bürgermeistereiorganisation zu tun, selbst bei der Funktion des Bezirksrats könne man nicht von einem Einkammersystem sprechen. Schon über die Bezirksabgrenzungen zu beraten, sei verfrüht. Vor allem aber gelte jetzt die Forderung: Kein Sondergesetz für Berlin vor Erlaß des allgemeinen Selbstverwaltungsgesetzes für Preußen, und dann an erster Stelle der Grundzug: Beschränkung der Staatsaufsicht auf ein erforderliches Mindestmaß und weitgehender Ausbau der Selbstverwaltung. Nach Schluß des Referats nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung an, die den Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin in der vorliegenden Form ablehnt.

In der äußerst stark besuchten Mitgliederversammlung des 18. Kreises Weichensee sprach Genosse Dr. Kurt Löwanstein über den neuen Gesetzentwurf Groß-Berlin. In 1 1/2 stündigen Ausführungen legte er die Grundzüge der verschiedenen Kommunalverfassungen in der Reichweite dar und beschäftigte sich eingehend mit dem Kommunalprogramm der Partei. Der neue Gesetzentwurf widerspreche den Grundzügen unseres Kommunalprogramms, da er die Selbstverwaltung stark einschränke und dem Oberbürgermeister eine diktatorische Machtstellung verleihe. Eine Entschließung, die sich gegen das neue Gesetz wendet, wurde angenommen.

„Freie Scholle“ an der Arbeit.

Nach Beendigung dieses Baujahres 161 Heimstätten.

Die Baugenossenschaft „Freie Scholle“ hielt kürzlich ihre diesjährige Generalversammlung im Strandhof in Teget ab.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch im verlaufenen Jahre die Bautätigkeit dieser gemeinnützigen Genossenschaft eine sehr lebhaft war. So wurde der Lillienhalde mit einer schönen Parkanlage beendet. Insgesamt wurden 102 Stadtwohnungen, 75 Einfamilienhäuser mit Gärten und 4 Bäder sowie ein neuer Büroraum nebst Sitzungssaal errichtet. Der Bestand der Wohnungen ist zur Zeit 570 gegen 172 vor dem Kriege. Für das laufende Baujahr 1930 ist die Erbauung von 190 Wohnungen vorgesehen. Aussicht für die Bewilligung der Hypotheken besteht. Diese 190 neu zu errichtenden Wohnungen verteilen sich wie folgt: 62 als 1 1/2- bzw. 2 1/2-Zimmerwohnungen in Stadtwörkhäusern, die übrigen 128 Wohnungen werden als 2 1/2- bzw. 3 1/2-Zimmer-Wohnungen in Reihenhäusern mit Gärten untergebracht. Die „Freie Scholle“ wird dann mit der Zahl von 761 Heimstätten in den Kreis der Großsiedlungen eintreten.

Die Entlastung des Vorstandes für die geleistete Arbeit wurde von der stark besuchten Versammlung gegen zwei kommunistische Stimmen erteilt, die es nicht fertigbrachten, dem „sozialistisch“ orientierten Vorstand das Vertrauen zu geben. Den Belesen mit in seiner ganzen Konsequenz zeigten die Moskauer aber, als sie bei der Festlegung des Höchstbetrages der aufzunehmenden Anleihen, also für den Weiterbau, diesem Vorstand Vollmacht in der geforderten Höhe erteilten. Auch der Versuch, den wüsten Rohrlegerstreik, der die Genossenschaft nur schädigte, agitatorisch auszunutzen, scheiterte am gesunden Sinn der Baugenossen. Die nationale Opposition bzw. sogenannten „Köpfe“ fanden mit geradezu vorfantschaftlichen Anschauungen überhaupt keinen Anhang. Der Uebergang zur Tagesordnung zeigte ihre ganze Ohnmacht. Auch die Ausschüsse wahl wählte dem linken und rechten Spitz ein Ende, indem Baugenossen gewählt wurden, die ihre Tätigkeit in dem weiteren Ausbau der Baugenossenschaft „Freie Scholle“ erbilden. Für die „Freie Scholle“ wird auch künftig das Leitmotto lauten: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt.“

Rufe nach verstärktem polizeilichen Schutz.

Die Siedlung, die meist von Angestellten und Arbeitern bewohnt wird, ist seit einiger Zeit wegen immer wiederkehrender Einbrüche in Aufregung. Die Spitzbuben zeigen genaue Ortskenntnisse und gehen meist von der Straße aus durch die Kellerfenster in die zu ebener Erde gelegenen Räume. Unter anderem stahlen sie einen arbeitslosen Bauarbeiter einen photographischen Apparat und 10 Mark Koffgeld aus der Geldtasche, einem anderen neue Wäsche und ein NSU-Motorrad. Schreibische wurden erbrochen und Kleidungsstücke nach Geld durchsucht. In einer Stelle schalteten sie sogar das elektrische Licht ein und ergriffen nach dem Steinberggäßchen zu die Flucht, als sie entdeckt wurden. Die Leute gingen mit.

Wie bereits im Herbst 1928 scheinen auch jetzt wieder ferienweise Einbrüche zu erfolgen. Es wird höchste Zeit, daß mindestens des Nazis die bisher immer noch fehlende polizeiliche Hebermadung erfolgt. In Kreisen der Siedler wird bereits erwogen, zu einem tatkräftigen Selbstschutz zu schreiten.

Die Ausgestaltung des Engelbeckens.

Rasenfläche an Stelle des geplanten Wasserbeckens.

Der starke Frost des Winters 1928/29 und die schweren Finanzsorgen haben die Absicht der Stadt, das ehemalige Engelbeken und den anschließenden Luisenstädtischen Kanal in einen besonders schönen Park mit Wasserbecken zu verwandeln, gestört. Als im vergangenen Jahre das Becken mit Wasser gefüllt wurde, stellte sich heraus, daß infolge des Frostes die Betongrunddecke rißig geworden war, so daß das eingelassene Wasser wieder verfliege. Da zurzeit keine Mittel zur Reparatur der Betondecke zur Verfügung stehen, wird das Engelbeken jetzt mit Erde ausgefüllt; es wird eine von Beeten mit Schwertlilien eingerahmte Rasenfläche erhalten. Auch in dem anschließenden Luisenstädtischen Kanal werden — soweit es die weiteren Herstellungsarbeiten erlauben — Kolonbeete angelegt. Dadurch wird vor allem die im vergangenen Sommer aufgetretene Staubplage beseitigt. Später soll das Becken seine ursprüngliche vorgesehene Anlage, das Wasserbecken mit modernem Springbrunnen, erhalten.

Kreismitgliederversammlung in Zehlendorf.

Eine sozialdemokratische Kreismitgliederversammlung des 10. Kreises Zehlendorf beschäftigte sich mit der Vorlage des neuen Gesetzes über die Verwaltung Groß-Berlins. Nach einem Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Fehner von der Kommunalpolitischen Zentralkasse wurde nach eingehender Aussprache eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Eine Neuorganisation der kommunalen Verwaltung der Stadt Berlin ist nur gleichzeitig mit der in Aussicht genommenen allgemeinen Verwaltungsreform möglich. Der vorliegende Entwurf gibt auch keine Grundlage für eine gedeihliche kommunale Arbeit, da er dem Gedanken der Selbstverwaltung widerspricht, die ehrenamtliche Mitwirkung der Bevölkerung ausschaltet und die Allmacht des Oberbürgermeisters festlegt.“



Pfarrer Heumann's Heilmittel

bewährt bei zahlreichen Krankheiten, 160000 Dankschreiben. / Das Pfarrer Heumann-Buch (272 S., 150 Abb.) erhält jeder, der sich auf dieses Inserat beruft, völlig umsonst und portofrei durch Ludwig Heumann & Co., Nürnberg S 10 Die Pfarrer Heumann-Heilmittel erhalten Sie

In allen Apotheken Berlins

bestimmt Ziens-Apothek, Berlin N 81, Anklamer Straße 37, Nähe Rosenthaler Platz, Berlin O, Gubener Str. 53, Nähe Warschauer Brücke, Schweizer-Apothek, Berlin W 8, Friedrichstr. 173, Friedrich-Wilhelm-Apothek, Charlottenburg, Leibnizstraße 100, Kröhnen-Apothek, Spandau, Schönwalder Straße 26, Rosen-Apothek, Eichwalde-Berlin.

Otto Hörsing spricht heute abend in der „Neuen Welt“
Bundesgründungsfeier des Reichsbanners, Ortsverein Neukölln
Anfang 19 Uhr
Eintritt 1 M.

Bilanz der Agrarhilfe.

Was die Landwirtschaft bekommen — was das Volk geopfert hat.

Schlechte, der Ketter, ist da. Jetzt wird endlich etwas für die Landwirtschaft geschehen. Jetzt wird die Rentabilität der Landwirtschaft gesichert werden. Er wird das „Unrecht“, das bisher der Landwirtschaft von der Deutschen Republik zugefügt worden ist, wieder gut machen. Dies ist die Stimmung im deutschnationalen und im Landbundlager. Es ist demgegenüber notwendig, einmal festzustellen, welche Maßnahmen in den letzten Jahren zugunsten der Landwirtschaft ergriffen worden sind, und wie weit es wahr ist, daß bisher zugunsten der Landwirtschaft die Allgemeinheit zu wenig Opfer gebracht hat.

Dabei wäre es besonders wichtig zu unterscheiden, welche Maßnahmen mit dem Ziele der allgemeinen Produktions- und Absatzförderung und der Rationalisierung vorgenommen wurden, und welche Maßnahmen sich lediglich als Subvention für bestimmte landwirtschaftliche Kreise ausgewirkt haben. Eine genaue Unterscheidung zwischen Subventions- und Produktionsförderungsmaßnahmen ist freilich nicht überall möglich.

Die direkten Reichsaufwendungen für die Landwirtschaft seit 1925 betragen:

1925 auf	26	Millionen Mark
1926 auf	141,4	„
1927 auf	67,7	„
1928 auf	127,4	„
1929 auf	72,7	„
Voranschlag 1930 auf	ca. 120	„
Zusammen	555	Millionen Mark

Nach Befassung der Bildungsaufwendungen in Höhe von etwa 228 Millionen ergibt sich im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1930 ein jährlicher Aufwand für landwirtschaftliche Zwecke von rund 55 Millionen Mark.

Für wirklich produktive Zwecke ist allerdings unter diesen außerordentlich hohen Aufwendungen nur ein kleiner Teil verwendet worden. Verlorene Zuschüsse für Sanierung der Genossenschaften (Raiffeisen), verlorene Winstkredite und ähnliche Subventionen dürften einen sehr großen Teil der Aufwendungen verschluckt haben. Zu diesen Ausgaben kommen

Inspeziell für die ostpreussische Landwirtschaft riesige Summen.

Die erste Ostpreußenaktion brachte der ostpreussischen Landwirtschaft 75 Millionen Mark, die Ostpreußenaktion 1929 brachte 1929 Zuschüsse von etwa 41 Millionen Mark und sieht für 1930 und 1931 je weitere 17 Millionen Mark vor. Außerdem sind der östlichen Landwirtschaft und besonders der ostpreussischen etwa 100 Millionen Mark Umschuldungskredite gegeben worden, von denen infolge von Mißbräuchen und Schiebungungen bei der Vergebung an die einzelnen Landwirte jetzt bereits mehrere Millionen Mark verloren sind, der Verlust von mindestens weiteren 30 bis 40 Millionen ist zu erwarten. Das kommende Ostprogramm soll diese Subventionen noch weiter steigern.

Ebenfalls hauptsächlich der ostpreussischen Landwirtschaft, d. h. in der Hauptsache nur zwei-tausend Großgrundbesitzern kommen die hohen Subventionen aus der deutschen Branntweinwirtschaft zugute. Obwohl der Spiritusbedarf für Trinkzwecke nur etwa 700 000 Hektoliter beträgt, ist die deutsche Spiritusproduktion in den letzten Jahren nicht gedrosselt, sondern durch Hochhaltung der Liebernahmepreise seitens der Monopolverwaltung stark gesteigert worden. Der größte Teil der den Trinkbedarf übersteigenden Spiritusmengen muß mit Verlusten von rund 50 M. pro Hektoliter als Motorreibstoff für technische Zwecke verkauft oder ausgeschifft werden, woraus sich eine Liebesgabe für diese 200 Betriebe von jährlich 60 bis 80 Millionen Mark ergibt. Anstatt endlich durch eine grundlegende Reform mit diesem Unrath Schluss zu machen, soll diese Verschleuderung nun noch durch die Beimischung von Spiritus zu Benzin ausgedehnt werden.

Noch viel größer als diese direkten Zuschüsse aus Reichsmitteln sind die Vorteile, die der Landwirtschaft durch die in den letzten Jahren

wiederholt erhöhten Zölle

zuzuführen. Es ist zwar sehr schwer abzuschätzen, welche Verteuerung ein Zoll in bestimmter Höhe mit sich bringt, denn der Zoll allein ist nicht bei allen Erzeugnissen bestimmend für den Preis. Zahlreiche andere Faktoren, wie Qualitätsunterschiede, Bedeutungslosigkeit der Einfuhr, Ueberwälzung des Zolls auf das Ausland, erschweren einen Ueberblick über die tatsächliche Zollbelastung. Wenn jedoch von dem Grüns-Front-Führer Hermes vor einem Jahre geschätzt wurde, daß die Zölle sich während acht Monaten des Jahres um 40 bis 50 Proz., während vier Monaten des Jahres um 70 Proz., also durchschnittlich mit rund 55 Proz. auswirkten, so kann man diese Schätzung wohl als Minimum der tatsächlichen Zollausswirkung annehmen. Danach hätten die deutschen Agrarzölle der Landwirtschaft im Jahre 1928/29 einen Vorteil von rund 60 bis 80 Millionen Mark gebracht. Da sich die letzte Koalitionsregierung und auch die Sozialdemokratie angeffches unerbötlicher Preisaufschmäher über den Weltmarkt zu weiteren gewissen Stützungsmaßnahmen für den Augenblick gesonnen sah, um eine gewisse Stabilisierung der agrarischen Erzeugnissepreise zu erreichen, hat sich diese Summe, allerdings ohne eine neue Verteuerung der Lebenshaltung zu bringen, noch erhöht.

Damit ist aber die Reihe der Vergünstigungen, die die Landwirtschaft auf Kosten der Gesamtheit genießt, bei weitem noch nicht erschöpft. Es wurden der Landwirtschaft nicht nur in den letzten Jahren Subventionen gegeben, sondern es ist ihr auch gestattet, einen Teil ihrer Produktion mit dem Zweck der inneren Preishebung zu

Verkaufpreisen im Ausland auf Kosten der Gesamtheit

zu verschleudern. So übersteigt die deutsche Zuckerproduktion den deutschen Zuckerbedarf bei den gegenwärtigen Preisen um 10 bis 20 Proz. Infolge der Kartellierung der deutschen Zuckerindustrie ist diese in der Lage, die den deutschen Bedarf übersteigende Zuckerproduktion zu 35 Proz. des gegenwärtigen Inlandspreises im Ausland zu verschleudern. Bei dem im Ausland erzielten Zuckerpreis werden gerade die Verarbeitungskosten in den Zuckerfabriken gedeckt; die Zuckerrüben werden jedoch verschifft. Dieser Export wird in diesem Jahre der Landwirtschaft einen Verlust von 80 bis 70 Millionen Mark bringen, ein Verlust, der jedoch keineswegs auf die Zuckerwirtschaft, sondern auf die inländischen

Zuckerverbraucher umgelegt wird. Bienen vorteilhafter wäre es, anstatt die Zuckerrüben zu verschiften, sie im Inlande zu verfrachten!

Die Geschenke aus Einfuhrscheinen.

Nicht viel kleinere Geschenke werden der Landwirtschaft auf Kosten der Reichskasse durch die verlustbringende und durch ein besonderes Exportprämien-system (Einfuhrscheine) subventionierte Ausfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten gemacht. Teilweise sind allerdings die Einfuhrscheine lediglich als Zollverrechnung für ausgeführten deutschen und eingeführten überseeischen Weizen anzusehen. Besonders bei Hafer und Roggen sind die Einfuhrscheine jedoch ausgeprägte Exportprämien. Die Einfuhrscheine haben insgesamt 1928 den Betrag von 60 Millionen Mark erreicht, 1929 dürften sie sich auf 70 bis 80 Millionen gesteigert haben.

In den letzten Jahren ist, wie alle diese Zahlen zeigen, für die Landwirtschaft ungeheuer viel Geld ausgegeben und der Gesamtheit aufgebürdet worden. Dabei umfassen die aufgeführten Aufwendungen der Reichskasse und die Belastung der Verbraucherschicht noch lange nicht die gesamten Geldausgaben zugunsten der Landwirtschaft.

Länder und Gemeinden

haben gegenüber der Vorkriegszeit ihre Aufwendungen zugunsten der Landwirtschaft wesentlich gesteigert, so beispielsweise Preußen von 58,3 Millionen im Jahre 1913 auf 139,2 Millionen im Jahre 1927.

Trotz dieser enormen Opfer ist die Landwirtschaft immer noch unzufrieden, trotzdem verlangt sie immer neue Staatshilfe und Subventionen, trotzdem hat sich ihre Lage noch immer nicht so gebessert, daß sie ohne Krücken aushalten zu können.

Hohe Kabeldividenden.

Norddeutsche Kabelwerke steigern Aktionärsgevinne von 10 auf 12 Prozent.

Die Norddeutsche Kabelwerke A.-G. in Berlin-Neukölln kann Jahr für Jahr höhere Gewinne ausweisen. So hat sich der Rohgewinn seit 1927 von 1,3 auf 1,8 Millionen erhöht, während zu gleicher Zeit infolge der Auswirkungen der Rationalisierung die Unkosten von 506 000 auf 485 000 Mark gesenkt werden konnten. Dementsprechend wurden die Ausschüttungen an die Aktionäre von 8 Proz. im Jahre 1927 auf 10 Proz. im folgenden Jahre erhöht und erreichten für das letzte Betriebsjahr 12 Proz.

Der Geschäftsbericht führt aus, daß der im Inlande verringerte Umsatz durch vergrößerten Export besonders nach Übersee fast vollständig ausgeglichen werden konnte. Es war daher möglich, während des ganzen Betriebsjahres eine einigermassen gleichbleibende Beschäftigung aufrechtzuerhalten. Mit flüssigen Mitteln ist das Unternehmen reichlich versehen, denn allein die Bankguthaben konnten im letzten Jahr mehr als verdoppelt werden und stiegen über 900 000 Mark.

Auf der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß zwar im Inlande noch keine Besserung des Auftragsbestandes festzustellen sei, daß jedoch der Auftragsbestand infolge zahlreicher Auslandsaufträge durchaus befriedigend sei.

Eine neue Hypothekbank-Fusion.

Gothaer Grund-Credit und Preussische Central-Boden.

Im deutschen Hypothekbankwesen wird demnächst eine neue Fusion erfolgen. Die Preussische Zentralbodenkredit-A.G. hat der Gothaer Grundkreditbank, entsprechend dem gegenwärtigen Kursstand der Aktien (180 bzw. 120 Proz.) einen Aktienkauf im Verhältnis von 2:3 und damit die Fusion angeboten.

Auch diese Fusion im deutschen Bankwesen ist leider kein Zeichen der Stärke, glücklicherweise im Bereiche der Hypothekbankender aber doch ein Ausnahmefall. Die Gothaer Grundkreditbank hat in den Jahren 1925/27 Hypothekengeschäfte gemacht, die wirtschaftspolitisch zwar gut gemeint waren, aber doch zu einem Mißerfolg geführt haben. Dem Drängen der Industrie nach Industriebankhypotheken nachgebend wurden Fabrikgrundstücke beliehen; ein Teil dieser Beleihungen ist infolge der besonders für Thüringen ungünstigen Konjunkturalentwicklung bei der Fertigungindustrie nicht mehr abbezahlt worden. Von den etwa 80 Millionen Neu-hypotheken der Gothaer Grundkreditbank entfallen etwa 28 Millionen auf derartige Industriebankhypotheken und von diesen 28 Millionen sind die Zinsrücklagen bei etwa 6 bis 7 Millionen Mark Hypotheken unflüssig geworden. Da infolge dessen Abfahrungen notwendig geworden wären, hätte die Dividende bei der Gothaer Grundkreditbank fortfallen müssen. Das ist ein Ereignis, das angesichts des Ausnahmeharakters dieses Falles unter Umständen eine größere Beunruhigung hätte herbeiführen können, als es der Sachlage angemessen ist.

Der Fall Gothaer Grundkredit wäre nicht möglich gewesen, wenn die thüringische Staatsaufsicht nicht verjagt hätte. Es ist höchste Zeit, daß für die deutschen Hypothekbankender die Reichsaufsicht nach einheitlichen Gesichtspunkten eingeführt wird.

Billige Autos.

Personenwagen bis zu 15 Proz. herabgesetzt.

Die Preise für Personenkraftwagen, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres unverändert geblieben sind und gegenüber einem Index von 1913 gleich 100 sich auf 81,4 Proz. stellen, sind in dem ersten Vierteljahr 1930 auf den bisher tiefsten Stand von 59,9 Proz. gesunken.

Zu Beginn der Frühjahrskampagne sind bei verschiedenen Werten die Preise in Einzelstücken sogar um 16 Proz. herabgesetzt worden. In erster Linie erstrecken sich die Preisentsetzungen auf mittlere Gebrauchswagen, so daß die Preisdifferenzen zwischen deutschen und ausländischen Wagen in einigen

Wir verkennen nicht, daß die Lage der Landwirtschaft teilweise ungünstig und ihre Kaufkraft geringer ist, als es wünschenswert wäre. Diese Schwierigkeiten können jedoch keinesfalls auf eine zu geringe Unterfütterung der Landwirtschaft durch den Staat in den letzten Jahren zurückgeführt werden, das beweisen obige Zahlen schlagend. Ja, wir sind der Meinung, daß es teilweise mit die Folge des Subventions-systems ist, daß sich die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft noch nicht haben beheben lassen. Denn das Subventionswesen trägt zur Erhaltung rückständiger Produktions- und Absatzmethoden bei.

Die Aufwendungen für die Landwirtschaft waren eher zu hoch als zu niedrig.

und vor allem sind sie falsch angewendet worden. Beweis sind durch die obigen Ausgaben auch zahlreiche Maßnahmen zu einer wirklichen Produktions- und Absatzförderung in der Landwirtschaft finanziert worden. Wie vollständig untergeordnet jedoch innerhalb dieser Belastungen der Gesamtheit die Ausgaben für wirklich produktionsfördernde Maßnahmen sind, zeigt sich beispielsweise daran, daß für das landwirtschaftliche Schul- und Beratungswesen, dessen Ausbau das beste Mittel zur Förderung der Landwirtschaft darstellt, in Preußen 1927 nur 4,4 Millionen Mark aufgewendet werden konnten.

Die Sozialdemokratie hat stets ihre Bereitschaft betont, erhebliche Mittel für wirkliche Förderungsmaßnahmen der landwirtschaftlichen Produktion und des Abfanges in die Reichs- und Länderhaushalte einzustellen. Wenn allerdings immer wieder zwei- und dreistellige Millionenbeträge für Subventionen ausgemorren werden, kann für wirkliche Förderungsmaßnahmen kein Geld übrig bleiben. Solange jedoch in dieser Beziehung nicht ein grundlegender Wandel vollzogen ist, solange nicht mit aller Energie bei gleichzeitiger Abstopfung unproduktiver und die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse nur konstatierender Zuschüsse energisch an der Besserung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion gearbeitet wird, solange werden die Schwierigkeiten der deutschen Landwirtschaft nicht verschwinden.

Kategorien sich zugunsten der deutschen Autoindustrie

verbunden haben. Die Preise für Lastkraftwagen haben mit einem Index von 65,8 (1913) seit über einem Jahre eine gewisse Stabilität erreicht, die voraussichtlich auch längere Zeit anhalten dürfte. Während also auf fast allen Gebieten die Preise weit über Friedensstand und der deutsche Lebenshaltungsinde noch auf 148,7 Prozent (1913=100) liegen, sind die Autopreise in Deutschland in diesem Frühjahr mit ihrem Index von 59,9 Proz. bald auf die Hälfte der Preise von 1913 gesunken.

Die europäische Zollfriedenskonferenz.

Robert Schmidt im Ansdunt.

Auf der Deutschen Welle sprach gestern Reichswirtschaftsminister a. D. Robert Schmidt über die Genfer Zollfriedenskonferenz. Er führte aus:

Eine wirtschaftliche Verständigung der europäischen Staaten ist auch für Deutschland von besonderer Bedeutung, da zwei Drittel seiner Ausfuhr nach europäischen Ländern gehen. Die erste Anregung zu einer Zollfriedenskonferenz gab ein englisch-französisch-belgischer Antrag auf der 10. Völkerbundversammlung vom September 1929. Die Konferenz trat am 17. Februar 1930 zusammen. Alle Delegierten sprachen sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aus, nur der italienische Handelsminister erklärte die Konferenz für verfrüht. In zwei Ausschüssen beschäftigte man sich mit dem Zollfriedensabkommen und der Vorbereitung weiterer Maßnahmen zur Zusammenarbeit. Im Vordergrund standen die Vereinfachung der Zollnomenklatur und die Beilegung der Handelsfragen, die man indirekten Protektionismus nennt. Verhandlungen waren vor allem in der Frage des Ausgleiches zwischen Industrie und Agrarstaaten sehr schwierig.

Das Handelsabkommen vom 24. März, das von den vier europäischen Großmächten und zahlreichen anderen Staaten gezeichnet wurde, legt fest, daß die bestehenden Handelsverträge vor dem 1. April 1931 nicht zu kündigen sind. Dabei aber wurde vereinbart, daß dieses Abkommen nicht vor dem 1. November 1930 in Kraft gesetzt wird, so daß bis dahin die europäische Wirtschaftsbewegung von dem guten Willen der einzelnen Länder abhängt. Im ganzen erreichte die Genfer Konferenz keine Widerung, sondern nur eine Stabilisierung der Zölle.

In fast ganz Europa ist eine neue Schützjollmelle bemerkbar. Bei einer Aufzählung des Abkommens liegt der Vorteil darin, daß diese Welle ausgehalten wird. Bill Europa seine Stellung in der Weltwirtschaft behaupten, so muß es zuvor zu einer wirtschaftlichen Verständigung kommen. Das verlangt Opfer von allen Staaten. Das Ergebnis der Genfer Konferenz ist nicht befriedigend, aber es ist ein Anfang. Vor allem auch die Arbeitstoffe hat ein Interesse an der Stetigkeit der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen europäischen Ländern.

Schwache Eisenproduktion im März.

Wie die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ jetzt mitteilt, stellten sich die Produktionsleistungen der deutschen Hochöfen im Monat März auf 1 007 576 gegen 964 517 Tonnen im vorhergehenden Monat. Im März wurden also 43 059 Tonnen Roheisen mehr erblasen als im Februar. Da der Berichtsmont jedoch 31 gegen nur 28 Arbeitstage im Februar aufweist, ist die arbeitstägliche Durchschnittsleistung im März von 34 447 auf 32 502 Tonnen zurückgegangen.

Neue Rentenpapiere. Die Preussische Landespfandbriefanstalt in Berlin, die sorgungsgemäß Darlehen zur Herstellung und Erhaltung von Klein- und Mittelwohnungen gewährt, wird in der Zeit vom 12. bis 30. April 1930 einen Leihbetrag von 4 Millionen Goldmark ihrer achtprozentigen Goldmark-Kommunal-Obligationen, zum Vorpriorität von 94,50 Prozent zur öffentlichen Zeichnung auslegen. Die Kommunal-Obligationen sind reichsmündelbar. Alle durch den Verkauf der Papiere aufkommenden Beträge werden ausschließlich für den Wohnungsbau verwendet werden.

Die amerikanische Nordostschiffahrt meldet für das Jahr 1929 einen Gewinn von 21,8 Millionen Dollar oder mehr als 343 Millionen Mark.

Die Pfuscherei des Schiele-Blocks.

Nur die Arbeitervertreter dagegen!

In der gestrigen Reichstagsführung bekämpfte Abg. Dr. Herz (Soz.) die vom Regierungsbund vorgeschlagene Höherbesteuerung der Konsumgenossenschaften. Den Anfang seiner Rede haben wir bereits veröffentlicht. Hier die Fortsetzung:

Abg. Dr. Herz (Soz.):

1925 haben wir im Steuerentscheid lang und breit darüber diskutiert, daß die Umsatzsteuer der Konsumvereine heute bereits höher ist als bei den mit ihnen konkurrierenden Kleinbetriebe. Der damalige Staatssekretär Dr. Popitz hat gesagt, das Reichsfinanzministerium nähme an, daß die nicht angegebene Umsatzmenge bei den Kleinbetrieben besonders im Lebensmittelhandel etwa 40 Proz. betrage. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der realen Durchführung der Konsumvereine wird kein Kleinbetrag der Steuer entzogen. Sie tragen schon jetzt 40 Proz. mehr Umsatzsteuerbelastung. (Abg. Bauer (Sp.); Feines Redeneispiel!) Ich kann verstehen, daß Ihnen diese Festsetzung unangenehm ist. Die Warenhaussteuer hat immer nur Gegenstände getroffen, die als hochwertige Waren angesehen werden könnten und die betroffenen Unternehmungen haben in der Regel mit überdurchschnittlichem Gewinn gearbeitet. Die Konsumvereine oder handeln in der Hauptsache mit Lebensmitteln, und da enthält der Verkauf nur einen Bruchteil des Verdienstes, der bei anderen Waren entsteht.

Die Konsumvereine machen nur äußerst niedrige Gewinne, wie sie in der Rückvergütung zum Ausdruck kommen. Dafür soll ihre Umsatzsteuer verdoppelt werden!

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine zählte von einem Gesamtumsatz von 1 1/2 Milliarden Mark im Jahre 1928 6,3 Millionen, also 0,61 Proz. des Umsatzes an Rückvergütung aus. Die Umsatzsteuererhöhung ist fast so hoch, wie der tatsächliche Reingewinn, der aus den Konsumvereinen erzielt wird.

Die Volkspartei kammer über eine Einkommensteuer von 40 Proz. bei Einnahmen über 100 000 Mark, über eine Körperschaftsteuer von 20 Proz., über eine Vermögenssteuer von 1 1/2 Proz. Die Umsatzsteuer von 0,5 Proz. bei einer Rückvergütung von 6,3 Millionen ist aber eine Einkommensteuer von 99 Proz. Sie (nach rechts) entscheiden sich hier zu einer

Mahnahme, die nur aus blindem Haß, aus grenzenlosem Unverstand geboten sein kann, zu einem wahren Steuerbolshewismus.

Wundern Sie sich nicht, wenn dieses Beispiel bei anderer Gelegenheit noch anderen nachgeschaut wird!

Die Sondersteuer soll der Reichskasse 27 Millionen einbringen. Die Konsumvereine des Zentralverbands werden davon 5 1/2 Millionen tragen, insgesamt werden etwa 7 1/2 Millionen aus dieser Sondersteuer gegen die Konsumvereine fließen. Ich weiß nicht, ob damit der Zweck erreicht wird, den die Wirtschaftspartei beabsichtigt, die sich nur von hoch und nicht von Gerechtigkeit leiten läßt. Zustimmung der Soz. — Anrede der Wirtschaftspartei. — Vorsitzender: Eher möcht ich Wahrung. — (Erstaunte Rufe links.) Die Zahlen und die Zahlen, die ich anführen kann, sind nicht zufällig, sondern ein Ergebnis meiner Worte. (Sehr wohl! bei den Soz.) Die gesamten Ideen der Genossenschaftsbewegung, der hohe Idealismus ihrer Träger werden auch die größten materiellen Hindernisse überwinden, die Unverständnis ihnen auferlegen kann. Die Konsumvereine haben die hohe Funktion, Regulator bei Preisen im Kleinhandel zu sein. Wo diese Konsumvereine durch diese höhere Belastung gezwungen werden, mit ihren Preisen in die Höhe zu gehen, wird der Kleinhandel folgen und in demselben Maße werden die Lebensmittelpreise ansteigen. Neue Lohnkämpfe werden die Folge sein. Die Industrie wird höhere Löhne zu fragen haben.

Dann wird die Volkspartei, die mit ihrer Steuerpolitik der Wirtschaft und den Finanzen helfen will, einsehen, daß sie zerwege gegangen ist.

Wie warmen sie jetzt schon! Uns leitet eben die große Sorge um die Aufrechterhaltung der ungeheuer bedeutungsvollen moralischen Kräfte, die in der deutschen Genossenschaftsbewegung leben. Die Genossenschaften haben außerordentlich viel zur Hebung der wirtschaftlichen Nation getan. Erschaffen Sie das Ringen um die Entscheidung, so wird es nur mit einer weiteren Schwächung des Mittelstandes ausgehen. (Beifallige Zustimmung der Soz.)

Da diese ganze Umsatzsteuerregelung den Ausführenden noch nicht beabsichtigt hat, was bei der Bedeutung dieser Sache dem Vernehmen des Reichstags vollkommen widerspricht, beantrage ich, vor der Abstimmung die Bestimmungen über die Umsatzsteuer vom Biersteuergelei, zu dem sie beantragt sind, zu trennen und erst nach dem Steuerentscheid darüber besetzen zu lassen. (Beifall der Soz.)

Abg. Müllers (Komm.): Genau wie 1924 unterziehen die Landwirte um vermeintlicher Hilfe willen die Erfüllungspolitik.

Abg. Schlad (Z.) hält unter lebhaftem Beifall der Sozialdemokraten eine scharfe Rede gegen die Höherbesteuerung der Konsumvereine und gegen die ganze Steuerpolitik dieser Mehrheit und ihrer Regierung, die man, wenn sie das mitmacht, als die reaktionärste Regierung seit der Reichsgründung zu bezeichnen sei.

Am Ende der Besprechung läßt Präsident Löbe an, daß vor der Abstimmung der Ausführenden nochmals zusammenzutreten soll, womit der Antrag Herz wohl erledigt sei.

Zum Branntweinmonopolgelei führt

Abg. Puchta (Soz.):

aus: Der Branntweinverbrauch geht außerordentlich stark zurück. Dadurch kommt die Monopolverwaltung in eine schwierige Lage. Mischalk erlegt stark alkoholischer Wein den Monopolverein. Das soll durch eine hohe Ausgabekontrolle verhindert werden, wird es aber nicht tun. Die Schwierigkeiten des Branntweinmonopols können nur durch Veränderung seiner Grundlagen und seines Aufbaus beseitigt werden.

Zum Mineralwassersteuergesetz spricht

Abg. Sellmann (Soz.):

Die Reichsregierung ist bei ihrem Steuerprogramm anscheinend von der Politik ausgegangen, alle Bevölkerungsschichten zu verärgern. Hier liegt eine richtige Verärgerungssteuer vor. Im Jahre 1928 sei die Mineralwassersteuer neben einer Weinsteuern vorge schlagen worden. Jetzt aber läßt man den Wein, auch den teuersten, steuerfrei und besteuert jedes Glaschen Limonade, das ein Kind an einer Trinkwasserbude sich kauft.

Eine Flasche billiger Kunstlimonade, wie sie die Arbeiter trinken, wird doppelt so hoch besteuert, wie etwa die Flasche Juchinger im Luxushotel oder im Spießwägen.

Ein Schmecker, der in einer Fabrikantine täglich eine Flasche Brandy genießt, wird allein durch diese Steuer mit 15 Mark jährlich belastet. Da die Naturlimonaden steuerfrei bleiben, wird die Steuer als eine Begünstigung der Einfuhr von Zitronen und Orangen gesehen. So ist sie auch landwirtschaftlich und antinational. — Sellmann begründet einen Antrag für den Fall der Annahme des

Gesetzes, die Steuerhöhe zu halbieren und alle Mineralwasser und Limonaden steuerfrei zu lassen, die gemeinnützig in Kantinen, auf Sportplätzen, in Krankenhäusern usw. abgegeben werden.

Die Steuer wirkt in ihrer jetzigen Form als ein Zwang zur Alkoholisierung.

Es ist eine Steuer gegen die Volksgesundheit, die von jedem Volkstreuend abgelehnt werden muß. Dr. Hilferding hatte sie in sein Steuerprogramm nicht aufgenommen. Auch wenn jetzt noch sozialistische Minister in der Regierung säßen, würde sich die Fraktion gegen die Mineralwassersteuer erklärt und unsere Minister würden sich gefügt haben.

Abg. Bantke (Komm.): Die Sozialdemokraten haben genau das gleiche Gesetz eingebracht und vertreten, das sie jetzt bekämpfen. Die Vorlage ist ein Gesetz zur Zielgerung des Alkoholkonsums im Interesse des Alkoholkapitals. Wir beantragen namentliche Abstimmung.

Zur Erhöhung der Ausbringungsumlage begründet

Abg. Meiser-Baden (Soz.):

einen Änderungsantrag, wonach 10 Proz. Zuschlag eingeführt werden soll. Bei der Kassenlage des Reiches kann keine Rede sein von Senkung direkter Steuern. Deshalb lehnen wir die dahingehende Bestimmung der Vorlage ab. Man kann nicht 500 Millionen Massenerbrauchssteuern beschließen und zugleich Besteuern senken. Wir beantragen deshalb, ein Rotapferd von dem höheren Einkommen zu erheben, dessen Besizer vielfach nicht die große Not in unserem Volke kennen und beachten.

Mit der Ausbringungsumlage kann doch die Steuerpflicht der Besitzenden nicht erfüllt sein, und die will man in § 4 auch noch senken!

Wir machen Geschenke an den Besitz nicht mit. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Die Kapitalisten, deren amtliche Befähigung kein Ruhmesblatt für die deutschen Kapitalisten ist, kann doch kein Grund sein, diesen Reuten noch Begünstigungen durch Steuerentlastung zuzuwenden. Wo bleibt die Kritik des Finanzministers an diesen Kapitalisten, die ihr Geld dem Vaterland entziehen und ins Ausland schleppen?!

In diesen Steuervorlagen spiegelt sich politischer Klassenegoismus.

Die Sanierung der Reichskasse nur durch Verbrauchsbesteuerung, dieser brutale kapitalistische Egoismus erfordert den Ausschlag durch das von uns beantragte Rotapferd. Lehnen Sie unseren Antrag ab, so werden wir die erste Gelegenheit benutzen, um dieses Unrecht wieder gut zu machen. (Beifall der Soz.)

Zum Benzinsollgesetz und dem „Zufahrtsgesetz“ Agrarprogramm führt

Abg. Hähnlich (Soz.):

aus: Der Benzinsoll identisch den Erzeugern rund 20 Millionen Mark, mit denen der Kraftverkehr befreit wird. Durch die Erhöhung der Ausgabekontrolle von 4,50 auf 5,50 Mark steigt indes die Steuer um mindestens 5 Millionen. Die durchschnittliche Verbrauchsleistung beträgt bei Kraftwagen 23 Proz., Motorfahrzeugen 25 Proz., Kraftmaschinen 150 Proz., Kraftmaschinen und Kälteanlagen 170 Proz. Der Gesamtverbrauch von Spiritus zum Brennstoff bringt eine weitere Belastung des Kraftverkehrsverkehrs. Und damit tritt die — Wirtschaftspartei ein! Die Nichterhöhung der Umsatzsteuer der Kraftfahrzeuge ist nur ein ganz geringfügiger Ausgleich für alle diese Belastungen; mindestens für die Autobusse wäre das gleiche zu verlangen.

Sogar die Vermögen der Armen, nämlich jene, die heute noch mit Petroleum befeuert, wollen Sie besteuern.

Im Ausschuss haben wir mit Unterstützung der Deutschnationalen wenigstens diese Steuer gestrichen, aber in dem neuen Antrag der Regierungsparteien ist diese Steuer wieder enthalten. Wir werden ja sehen, ob Ihnen die Großgrundbesitzer lieber sind als selbst diese Armen Leibel. (Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Rademacher (Dnat.): Der Benzinsoll schneidet die inländische Produktion. Eine Preissteigerung des Benzins kann und wird nicht eintreten, weil sich das nach dem Benzinpreis richtet. 100 000 Tonnen mehr inländische Erzeugung von Benzin, Benzol oder Spiritus, bedeutet Brot für tausende deutsche Arbeiter.

Abg. Hörnie (Komm.): Der Schiele des Betrugs wird zerissen. Der Bauernkongress in Berlin, den die Schergen Jörgelbels zu sprengen versuchten, war ein Zeichen dafür. Nur die Sozialisierung mit jetzt in Sommerland, kann den Bauern helfen, darum die Hege gegen Aufstand.

Abg. Tempel (Soz.):

Die Kommunistische Partei hat den Mut, als Beispiel für ihre Agrarpolitik auf, Aufstand zu verweisen. Der Kanzler der Experimente Stalins liegt so klar vor Augen, daß man darüber kein Wort mehr zu verlieren braucht. Im übrigen hat die

Kommunistische Partei längst das Recht erworben, einer ernsthaften Antwort gewürdigt zu werden.

Die Wolke „Arbeiterverrat“ ist ausgeleert. Zwischen uns und dem Kommunismus liegt der Abgrund, der zwischen Verantwortung und Gewissenhaftigkeit besteht. (Lebhafte Zustimmung der Soz. — Geißel der Komm.)

Die Sozialdemokratie fühlt sich verpflichtet, ihre agrarpolitische Haltung aufs schärfste gegen die Forderungen abzugrenzen, die die Grüne Front erhebt. Keine Regierung hat sich so um die Konstitution neuer Wege bemüht, die der Landwirtschaft helfen sollten, wie die Regierung Müller. Ich erinnere an die Zuckerpreisregulierung, an unletzen Versuch, ein Getreidemonopol zu erreichen, sowie an das System der Getreidepreise. Diese unfähige Bereitwilligkeit, einen Ausgleich zwischen Stadt und Land herzustellen, dieser unheilbar Rot, dabei auch von den Kommunisten Opfer zu fordern, ist in diesem Hause auch von den Mittelparteien wiederholt anerkannt worden.

Der Sinn unserer Maßnahmen war, dem Großgrundbesitz und dem Getreidebau eine Kompensations zu gewähren, innerhalb deren er die Umstellung auf rationellere Wirtschaft vornehmen sollte.

Unser Ziel war stets die Erhaltung und Förderung der bäuerlichen Wirtschaft.

Deshalb haben wir die Schaffung von Neuflodungen, Anliegerflodungen und Arbeiterflodungen mit großen Opfern gutgesehen. Deshalb haben wir uns um ein soziales Bauprogramm für die Millionen Bauernbetriebe bemüht. Deshalb fordern wir eine solche Gestaltung des Nationalmonopols und des Getreidepreises, daß die Viehhaltung des kleinen Mannes nicht bedroht wird. (Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Zwischen dieser sinnlosen Agrarpolitik, diesem Versuch eines Ausgleichs der Arbeiter- und der Bauerninteressen, dieser wahrhaft

wirtschaftspolitisch und staatspolitisch verantwortlichen Haltung und der

Einseitigkeit, Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Grünen Front kauft ein Abgrund. Hier gilt das Wort, „Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage“. (Sehr gut! links.)

Die neuen Maßnahmen besetzen bestenfalls nur dem Getreidebau, sie schädigen aber die Veredelungswirtschaft aufs Schlimmste, forcieren die Verelendung der deutschen Getreide- und deutscher Viehprodukte an das Ausland, setzen eine Periode von Lohnkämpfen und Handelsvertragskriegen ein und bedeuten alles in allem eine

unerhörte Belastung der Verbraucher; 200 Millionen Mark bedeutet die Erhöhung eines Roggenpreises von 230 Mark pro Tonne, 150 Millionen Mark die Erhöhung der Eierzölle.

Man verteuert die Schweinehaltung, während im gleichen Augenblick die Schafpreise sinken. Das Ganze wirkt im Grunde auf eine Zerstörung des von uns angeordneten Gleichgewichtes zwischen Landwirtschaft und Industrie hin und auf eine ungeheure Teuerung und entsprechende maßlose Verbitterung der Massen. (Lebhafte Zustimmung der Soz.)

Sie selber, meine Herren von der Mitte, stehen sachlich nicht zu diesem Programm. Sie beugen sich lediglich dem Terror der Grünen Front. Einer der Ihren, der heute die Ministerbank ziert, hat Ihr Verhältnis zur Grünen Front richtig gekennzeichnet. Als wir ihnen zuriefen, sie leben von Hugenberg, hat

er uns erwidert: „Nein meine Herren, wir sterben an Hugenberg!“

Niemand wird bestreiten wollen, daß diese Koalition diesen Tod 100prozentig verdient hat. (Anhaltender Beifall der Sozialdemokraten.)

Präsident Löbe verliest einen neuen Antrag des Regierungsbundes über die Umsatzsteuer. (Zuruf der Komm.: „Die Anträge stammen wohl aus dem Hartz, sie kommen so trocken wie.“ — Lebhaft. Heltzerkeit.)

Die verschiedenen neuen Anträge gehen an den Steuerauswahnsinn und handelspolitischen Ausschuh.

Staatsverträge mit der Schweiz und Bulgarien werden ohne Debatte angenommen.

Heute, Sonnabend, 12 Uhr: Weiterberatung der Deckungsanträge und Abstimmung in der zweiten Lesung, darauf zweite Beratung der Finanzreform. — Schluß 10 1/2 Uhr.

Georg Schaeffer, der Vorsitzende der ständigen Berliner Presskonferenz, wird heute achtzig Jahre alt. Unter den vielen, die ihn beglückwünschten, wählten wir nicht fehlen. Er ist als Journalistensohn schon früh Zeuge historischer Ereignisse gewesen und mit großem Interesse der jungen Arbeiterbewegung gefolgt; von deren Urkunden und Bruderverfen er viele in seiner Sammlung hat. Wir wünschen diesem alten Berliner noch viele Jahre gleicher Rüstigkeit, wie er sie ungetrübten zeigt.

Selb wählt einen kommunistischen Bürgermeister. Nachdem die Stadt-Gad in Oberfranken dreimal erfolglos eine Bürgermeisterwahl vorgenommen hatte, ernannte die Regierung von Oberfranken als Staatsaufsichtsbehörde eine vierte Wahlhandlung an. Dabei wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Redtkanwald und Notar Dr. Alexander Berlin mit 11 von 21 Stimmen gewählt. Dr. Alexander durfte aber nicht befristet werden.



Gewissenhaft
prüft das Auge die Rohstoffe
für den
SICHERHEITS-REIFEN
DUNLOP

Bäder u. Kurorte

Das neue Gesicht der Alten Liebe.

Der Besucher des Nordseebades Cuxhaven wird, wenn er seine Schritte zur Alten Liebe lenkt, in diesem Jahre in der nächsten Umgebung des alten Bollwerks wesentliche Veränderungen vorfinden. Stets sind in diesem wichtigen Hafenabschnitt in letzter Zeit Veränderungen erfolgt, meistens durch Neubauten. Nur der älteste Bau bei der Alten Liebe, der wichtige Leuchtturm aus dem Jahre 1801 wird unter Denkmalschutz stehend, allen Reformen trotzen. Am auffälligsten ist der Umbau des bisherigen Telegraphenamtes. Aus dem grauen, nüchternen Hause ist ein modernes, kantig-gestuftes Gebäude geworden, in dem jetzt die Marine-Signalfeste Unterkunft gefunden hat. Ein Flaggenmast überragt das Haus, auf keinen Zweck hindeutend. Im Obergeschoß befindet sich der Badraum, von dem aus der gesamte Schiffverkehr der Gilmündung übersehen und der Signalauslaß mit passierenden und auf der Reede liegenden Fahrzeugen vorgenommen wird. Zur Signaleinrichtung gehört auch ein Scheinwerfer. Die übrigen Räume des Gebäudes dienen zu Wohn- und Wirtschaftszwecken für die Besatzung, die sich aus dem Stationsvorsteher, dem Nachrichtenoffizier und einer Marinemannschaft zusammensetzt. Die neue Signalfeste besitzt eine direkte Telegraphenleitung nach Hamburg.

Der alte weiße Signalturm, erbaut 1901 und im Jahre 1909 aufgehört, ist verschwunden. Auch der 42 Meter hohe Signalmast ist niedergelegt worden. Er stand auf einer mächtigen Betonplatte, die nun, mit einer Brüstung versehen und mit Bänken ausgestattet, den Badegästen Cuxhavens als Aussichtsterrasse dienen soll. Wegen Durchführung der Flugregulierung mußte ferner der große braune Wohnschuppen bei der neuen Signalfeste abgebrochen werden. Die ebenfalls in diesem Schuppen befindliche Bootsbauerei der hamburgischen Marineverwaltung wurde auf der Tonnenwurt untergebracht. Der so übersichtlich gewordene Platz wird bis zum Saisonbeginn mit grünen Rasen belegt werden. Durch diese gründliche und zweckmäßige Umgestaltung wird die Gegend bei der Alten Liebe noch mehr als bisher Ziel der Cuxhavener Badegäste sein. Dem damit zu erwartenden gesteigerten Verkehr will der Fremdenverkehrs-Bereich durch Schaffung eines Verkehrsplatzes (mit Auskunft, Fahrkartenverkauf und Gepäckaufbewahrung) entsprechen.

Der periodische Harzer See.

In den Vorbergen des Harzes, vor steilem Gipfelfelsen, umrahmt von dunklen Tannen, liegt der geheimnisvolle „Bauerngraben“ oder, da er unabhängig von Regenfällen abwechselnd mit Wasser gefüllt oder vollständig trocken liegt, „periodischer See“ genannt. Er ist auf abwechselungsreichen Wegen in einer halben Stunde von Rofka zu erreichen. Unterwegs treffen wir auf die Grenzsteine, einen mehrhundertjährigen Baum mit breitausladender Krone. Umher dieser Erde wurden in vergangenen Tagen viele Feste gefeiert. Auch heute noch laden Tisch und Bänke zur Rast ein. Der „Bauerngraben“ bedeckt eine Fläche von etwa 12 preussischen Arden. Umher dieser Erde wurden in vergangenen Tagen viele Feste gefeiert. Auch heute noch laden Tisch und Bänke zur Rast ein. Der „Bauerngraben“ bedeckt eine Fläche von etwa 12 preussischen Arden. Umher dieser Erde wurden in vergangenen Tagen viele Feste gefeiert. Auch heute noch laden Tisch und Bänke zur Rast ein.

Erforscht ist das Wunder des Bauerngrabens noch nicht. Alle Leute erzählen, nachdem der See mehrere Jahre ohne Wasser gewesen sei, hätten die Bauern das Gras gemäht und Heu gemacht. Da sei in einer Nacht der See plötzlich mit Wasser angefüllt gewesen, so daß das Heu darauf geschwommen habe. Die Bauern, die mit Fuhrwerken zum Einsahren gekommen wären, hätten umkehren müssen. Neuerungen in Bad Altheide. Bad Altheide hat seine Kurbetriebe bereits in vollem Umfang eröffnet und eignet sich wegen

keiner geschulden Anlage in ausgezeichneter Weise für die Durchführung von Frühjahrskuren. Altheide ist ein Herzbad von Belrubt geworden. Dank der hellkräftigen Sprudel und Quellen gelangt die großzügige Erweiterungsanlage des neuen Badehauses zur Eröffnung. In dem Neubau befinden sich 50 auf modernste Weise eingerichtete Badzellen für Sprudelbäder, ein Inhalatorium (System Heyer-Gins) und große Liegehallen zum Ausruhen nach dem Bade. Ferner wurde der modernste Apparat zur Sichtbarmachung und Aufzeichnung der Aktionsströme des Herzens (Elektrokardiograph) angeschafft. Einen weiteren Schritt in der Entwicklung Altheides als Spezialbad für Herztrankte unternahm die Kurverwaltung durch die Schaffung einer diätetischen Kuranstalt unter Leitung des bekannten Diätikers Dr. Curt Pariser-Homburg, von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß nicht nur die Anwendung der üblichen Badekuren, sondern auch eine individuelle, angepasste Diät notwendig ist. Auch im Kurhaus, im Sanatorium und in fast allen Logierhäusern des Bades werden die Diätverordnungen der Badärzte sorgfältig durchgeführt.

Bad Kreuznach. Das Kurhaus-Palasthotel, in dem in diesem Winter ganz bedeutende Erneuerungen und Verbesserungen ausgeführt sind, wird am Gründonnerstag, dem 17. April, eröffnet. Die Leitung des Hauses liegt in Händen des langjährigen Direktors des Hotels Bristol, Berlin und Krimmstein, Reichenhall, Herrn Hippler. Das Kurhaus-Palasthotel gibt für die Ostertage auch für kürzesten Aufenthalt Pension ab 12 Mark.

Bad Orb. Der Frühling hält seinen Einzug in den schönen Spezialkurort. Bad Orb, das ausblühende Heilbad für Herz- und Rheumaleiden, schickt sich an, sein Feiertagsanzug anzulegen. Bereits am 19. April beginnt die offizielle Kurzeit. Auch das Gradierwerk wird um diese Zeit in Betrieb genommen. Die idyllische Lage und das milde Klima lassen gerade hier eine Frühjahrskur empfehlenswert erscheinen.

Der See mit seinen herrlichen Waldungen bietet Erholung und Gesundheit für jeden, der während seiner Ferien neue Kräfte sammeln will. Dazu gehört ein Ort, der fernab vom Weltverkehr liegt, den Wald, die Berge, greift man sich, als Ruhe und Genüßsucht Förderung innig wachsend. Unter dem weitaus, diese Vorkasse bindenden Dürre nicht wohl werden am Rande des ersten Sees. Der Seeendebellung beizugehen sich von Jahr zu Jahr, ein Reichen seiner Bedeutung für jeden Naturliebhaber. Angenehme Schauerwinden ist vorhanden in der Waldkation „Aerial“ und Hirsenburg als Seltersbäder von Scherzhausen.

Berneck DIE PERLE DES FICHELGEBIGS
392-575 m ü. d. M. Saison Mai bis September
Schönst gelegener, windstillster Kurort des Fichtelgebirgs
Kneippbad
mit moderner Kurbadeanstalt unter fachärztlicher Leitung (ganzj. Betrieb)
Prospekte und Wohnungsvorzeichnis unentgeltlich durch Städt. Kurverwaltung.

Abbenrode (Nordharz)
am herrlichen Harzmalde gelegen. Beste Bergsicht. Zahl. u. gut. Garten. Autokennzeichen. Badeanstalt. Pension, 21. Preise.
Erholungsstunde
findet am besten. Naturheil. Geröll. Stimmer mit Balkon. Garten-Terrasse. Hans Anschütz. Alter-brak-Harz.

Höhenluftkurort Tannesberg
650 m Höhe. L. oberfl. Burgentand. Geröll. Kalkberg. 21. Preise. Pension. 21. Preise.
Höhenluftkurort Tannesberg
650 m Höhe. L. oberfl. Burgentand. Geröll. Kalkberg. 21. Preise. Pension. 21. Preise.

Ostern im HARTZ und Kyffhäuser
Bad Frankenhausen, Kyffh.
Das altbewährte Heilbad am Kyffhäuser. Ausk. d. die Badedirektion.
Bad Suderode
Hier finden alle glücklich verneint was sie in den Ferien suchen! Landschaft! Reize, geselliges Kurleben, vorzügliche Küche, gesunde Luft u. See. Preisliste durch Kurdirektion.
Benneckenstein
584 Hochharz 400 N. N. Der Kurort für Ueberalteleute.
Elbingerode-Harz
Brocken-gebiet 500 m. — Der beliebte kleine Höhenkurort. Herrliche Fritze, ausgeleitete Waldungen.
Ilsenburg der Luftkurort am Fuße des Brockens
Wernigerode Gebirgs-Luftkurort ohne Kurtaxe
Der Schlüssel zum Harz
Marktfestspiele Schriften kostenfrei u. Verkehrsmittel.

Staatliches Bad Rehburg bei Hannover
Klimat. Luftkurort für Lungenschwäche, Asthmatiker, Bronchitiker inmitten schöner Waldungen nahe dem Steinhuder Meer. / Modeluren und medizinische Bäder. Täglich zweimal Kurmusik / Unterbringung mit recht guter Verpflegung zum Preise von M. 4,50 bis M. 6.— nach möglichst. Rechtzeitige Anmeldung vorteilhaft. Geringe Kurabgaben. / Prospekte gratis durch die Badeverwaltung.

Ostseebad Heiligenhafen in Holstein
Pension 4.— bis 6.— RM.
Führer durch die Badeverwaltung.

Sanatorium Altheide ist neu eingerichtet und ganz modern ausgestattet worden
Fließendes Wasser in allen Zimmern. Behaglicher Aufenthalt. Anerkannt vorzügl. Küche. Individuelle diätetische Verpflegung.
Sprudelbäder im Hause
Herzkuren
Leitender Arzt: Dr. Schmeidler
Auskünfte und Prospekte durch das Sanatorium Altheide. / Fernsprecher: Bad Altheide 216

Bad Harach am Rhein
Betreibungsleiter 30. Juni d. J.
Als Genossen empfehlen Zimmer mit Frühstück 2,50—3,75 M., volle Pension 5,50 M., Bad im Hause.
Herrliche Aussicht auf den Rhein.
Adolf Basquill Becharach.
An der Straße des berühmten Weinortes Steeg geleg.
Eritz Kemmerling Becharach.

Sommerfrische Brühische Terrasse Sangerhausen (Süd-Harz)
Schöne Lage, herrlich. Rundblick. Liegewiesen, Liegestühle, gr. Glasveranda usw. Gute Verpfleg. Voller Pensionspr. 4,50 M.

Luft-Kurort Rastenberg
(Thüringen) Kr. Weimar, Herrl., weitgedehnte Waldung. Eins der schönsten Waldschwimmbäder Mitteldeutschl. (5000 qm). Gute Unterkunft, preiswerte Verpflegung. Prospekte durch die Städt. Kurverwaltung.

Das aufblühende Heilbad für Herz und Rheuma
In seiner herrlichen Lage — mit seinem angenehmen und milden Klima wird Bad Orb geschätzt als ein Musterbad für Herz-, Rheuma-, Gallen- und Leberleidende. — Der hohe Kohlen-säure- und Lithongehalt der stark radioaktiven Quellen ist auch besonders gegen Gicht, Nerven- und Rückenmarkleiden wirksam. — Der Jod- und Bromgehalt der Quellen aber bringt Blutarmen und Bleichsichtigen Gesundheit.

Bad Orb im Spessart
Nähere Auskunft und Prospekt durch die Kurverwaltung.

Bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Frauenleiden, Nervenkrankheiten, Alterserscheinungen, Hautleiden, Unfallfolgen sowie bei Kriegsverletzungen hilft
BAD LANDICK SCHLES.
Stark radioaktive Schwefelthermen, Moorbäder, Radium-Emanatorium
Herrliche Sommerfrische
Auskünfte, Prospekte durch die Badeverwaltung u. Reisebüros

Eisenmoorbad Pretzsch Elbe
Beste Erfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven-, Frauenleid. usw.
Das Bad ist das ganze Jahr geöffnet / Fernspr. 69
Näheres durch kostenlos. Prosp. d. Badeverwaltung

Bad Hersfeld Bez. Kassel
Lullusbrunnen Lingbrunnen
Heilanzeigen: Erkrankungen der Verdauungsorgane, des Herzens und der Nierengefäße, Stoffwechselkrankheiten, Frauenleiden.
Sommerfrische Waldkurort
Diät. Kuranstalt
Wasserversand durch die Luftkurortgesellschaft m. b. H. Auskünfte Städt. Kurverwaltung

BAD KREUZNACH
HEILT FRAUEN RHEUMA/GICHT KINDER / ALTER
15 Schnellzugmin. von Bingen a. Rh., wird besatzungsfrei
KURHAUS-PALASTHOTEL eröffnet 17. April

Sitzendorf Schwarzwald
Thür. Wald. 10 Min. v. Schwarzenberg
Freundl. Lage, 24. Waldreich. Berge umgeb. Bahn- u. Postst. Arzt. Preiswerte u. gute Verpflegung in Gasthäusern u. Privat. Auskunft d. Verkehrsvertra. u. die Gasstationen selbst.
Hotel Seppelförster Pension Ruhe Pension Bockschmiede

Dr. K. Weitzel:

Takt und Rücksichtnahme

Man könnte die Gründe an den Fingern herzählen, warum sich bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen so manches Ehepaar nur ein Kind „leisten“ kann. Jedenfalls muß man dieses einzige Kind bedauern; denn so sehr die Eltern sich bemühen mögen, die auffälligsten Nachteile, die dieser Zustand für das Kind mit sich bringt, zu beheben: es ist und bleibt ein Naturgeschöpf, das jedes Geschöpf in Gemeinschaft mit seinesgleichen leben will; erst dann wird es seiner selbst ganz froh, erst dann wird sein Dasein von jener Frische, Ursprünglichkeit und inneren Lebensfülle getragen, die das Schönste am Menschen ist. Vor allem aber: das einzige Kind wird ein Egoist. Wohl ihm, wenn sich rechtzeitig ein Brüderchen oder Schwesterchen dazu gesellt. Jetzt merkt es, daß das Interesse der Eltern nicht mehr ihm allein gehört, es wird angehalten, in Spiel und Lärm auf das kleine Rücksicht zu nehmen, es muß sich trotz aller anfänglichen Abwehr in die Spielgemeinschaft einfügen und dem anderen unter Umständen von seinem Eigentum abgeben.

Beider unterlassen es Eltern meist, an diesen ersten Zwang zur Rücksichtnahme, wie er sich für das Kind beim Austausch von Geschenken ganz von selbst ergibt, anzuknüpfen. Sie verjümen es, den Kindern in jenen Jahren, wo sie mit einem guten Worte und einer ruhigen Erklärung so leicht zu lenken sind, innerhalb der Spielgemeinschaft die Rücksichtnahme des einen auf den anderen zu einer Lebensgewohnheit werden zu lassen. Gerade in Familien, wo in der Fürsorge für die Kinder allzuviel des Guten geschieht, wo ihr Wohl und Wohagen den einzigen Gesichtspunkt für die Eltern abgibt und die Kinder daher verzärtelt und unselbständig werden, lernen sie die Notwendigkeit, ihrerseits auf andere Rücksicht zu nehmen, nicht kennen. Ist es dann ein Wunder, wenn sie die Mutter fortwährend mit ihren Anliegen belästigen, wenn sie Türen werfen, lärmend und streiten, ihre Pläne aneinander auslassen, jeden Ausruf nur unwillig erwidern und die Jungen es für selbstverständlich ansehen, daß sie in allem von Mutter oder Schwester bedient werden? Nein, Kinder sollen sich einordnen und nicht sich als Mittelpunkt fühlen. Sie sollen daher auch von klein auf im Haushalt mithelfen, zu Aufgaben und Diensten herangezogen werden, dadurch beiseite über ihr eigenes Ich hinauskommen und sich als tätiges Glied der Familie und damit eines größeren Ganzen fühlen. Nur so kann ein Ende der Egoisten-Erziehung, jene Ritterlichkeit im Verhalten der Jugend zu Eltern, Geschwistern und Fremden sein, die man bedauerlicherweise heute an der männlichen Jugend immer mehr vermißt. Diese Ritterlichkeit ist mehr als äußere Galanterie und begriffte Entfaltung und Rücksichtnahme, Selbstbeherrschung und Wohlsein in sich.

Doch nicht genug damit! Die Familie soll ja keine egoistische Interessengemeinschaft sein, sondern die Zelle des Staates. Sie ist die erste Gemeinschaft, von der aus der Jugendliche ins Leben hinausgeworfen und mit ihm bekannt gemacht werden soll. Sie ist die erste Gemeinschaft, die ihm seine Stellung zu den Mitmenschen vorzeichnen soll. Ein kleines Beispiel. Eltern begegnen mit ihren Kindern auf der Straße einem Trunkenbold. Dürfen sie sich damit begnügen, in den Kindern Hohn oder gar Vordröckel zu wecken? Nein, man werde die Fähigkeit, sich in andere Menschen hineinzudenken, man lasse das Kind einmal in den Lebenskreis des Summiers und Elends sehen, man opprobriere an sein Nachdenken und

lasse es in das Innere eines Mitmenschen blicken, der durch schlechte Umgebung und Mangel an Selbstbeherrschung auf Abwege geriet. Oder ein anderes Beispiel: Ein Bettler läutet an der Wohnungstür. Wie verhalten sich da oft die Eltern? Gerade das Herz der Jugend aber ist hilfsbereit und offen für fremde Not, gerade in diesem Alter ist es eine ebenso leichte wie dankbare Aufgabe, sie bei einer derartigen Gelegenheit sehen zu lehren und ihr die Augen zu öffnen. Und gerade in der Großstadt, wo wir Menschen eng beieinander wohnen, wo wir uns aber so ferngerückt sind, daß wir gar nicht ahnen, wer im Hinterhaus oder im Stockwerk über uns seinen Lebenskampf kämpft — gerade hier läie es vor, daß die Eltern ihre Kinder hin und wieder in das Alltagsleben und in den Kreis der Mitleidigen und Beladenen hineinschleichen lassen. Sie lernen, erst hieraus kann jene Rücksichtnahme auf Menschen fließen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens geboren sind, jene Rücksichtnahme, die man wohl als „soziale Manieren“ bezeichnet hat. Doch gehört noch etwas anderes zum Leben: ein klein wenig Nachdenken. Wie sehr dies der Jugend, leider auch so manchem Erwachsenen fehlt, dafür bietet Gottes freie Natur das beste Beispiel: Papier und Fleischreste dort, wo sie am schönsten ist, auf dem Wege sinnlos zerstreut und weggeworfene Blumen, rücksichtsloses Säen des Gottesfriedens und der Mitmenschen durch Lärm und Brüllen! Wärfte es nicht überflüssig sein, die Waldwege mit einer Menge von Warnungen und Verböten zu versehen, müßte es nicht überflüssig sein, das Schlürfen an der Straße um schonende Behandlung der Zugtiere bitten? — Daß jede Handlung, die zwecklos Leben antastet oder gar zerstört, Noth bedeutet, das können Eltern ihren Kindern auf jedem Spaziergange nahebringen. Werden wir in der Jugend zeitigen Verantwortungsgesicht und Respekt vor dem Leben und zeigen wir ihr, daß jedes Leben im Reiche der Natur ebenso wichtig ist wie das ihrige!

Mit Rede freuen sich Eltern, wenn ihre herangewachsenen Kinder sich in Gesellschaft gut benehmen, das richtige Wort an rechten Plätzen zu sagen wissen, wenn sie höflich sind und es verstehen, mit anderen Menschen, besonders mit älteren, umzugehen, ohne mit ihnen umzuspringen. Man pflegt das „Takt“ zu nennen. Er ist weiter nichts als Rücksichtnahme, als Verständnis und Gefühl für andere, für ihre Berufe und Schicksale, ihre Rechte und ihre Sonderart. Es gibt heute Kreise, in denen er nicht viel gilt, in denen vielmehr noires Sichbreitmachen, gebantenlose Rücksicht fremder Rechte und fremden Wohagens höher im Werte stehen. Gemiß ist das Gefühl dafür, was taftlos und was taftlos ist, bis zu einem gewissen Grade angeboren und Sache des persönlichen Empfindens; wird es aber nicht von Jugend auf geübt, durch Umgang und Beispiel im Elternhaus geschult, so verkümmert es und wird der Persönlichkeit des heranwachsenden niemals die bestimmende Prägung einer gewissen höheren Kultur geben. Können wir aber bei all den Interessentkämpfen und Gegensätzen der modernen Zeit jemals auf einem anderen Wege dem Ideale der Verschönerung näher kommen als dadurch, daß wir die heranwachsende Generation anhalten, auch die Existenzberechtigung der Andersdenkenden anzuerkennen und ihnen gegenüber Rücksicht und Verständnis zu üben?

Rich. Kuldjiner: Der Optimist

Als wir vor Kobs lagen, tauchte der zweite Moskinitz, mein Freund Peter Wörle, für fünfzehn Den eine kleine japanische Bulldogge, schwarz und weiß gefleckt, mit langen seidigen Haaren und schlängelndem Leib, ein häßliches, mißmutig dreinschauendes, galliges Bieh für meinen Gefasmas ein Grouel, in Europa aber als Schoßhund sehr geschätzt.

„Schau her!“ sagte Wörle freudestrahelnd, „eine Pracht! In Häre krieg ich mindestens vierhundert Franken dafür. Wenn ich ihn nicht noch bis Hamburg mitnehme, da weiß ich Leute, die das Doppelte zahlen.“

„Ist's wohl ein Männchen?“

„Der Händler hat's behauptet.“

Ich nahm eine hochmepnelnde Inspektion vor, und es stellte sich heraus, daß es eine Hündin war.

„Nacht gar nichts“, sagte Wörle entschlossen, „im Gegenteil, Hündinnen sind fast beliebter. Ich nehme sie bis Hamburg mit.“

Er trat ihr einen Teil seiner Kasse zum Wohnen und Schlafen ab, schobte ihr getrocknete Fische, die er gleich bei demselben Händler halbweise erstanden hatte, trug sie an drei, wenn sie Regungen der Dampferstallat verriepirte, fragte sie, wenn es sie juckte, gab ihr den schönen Namen Uffig, kurz, er machte ihr das Leben zum Himmelreich, obgleich sie auch für ihn nichts übrig hatte als ein giftiges, japanisches Anurten und der Berger über dieses Leben fast nicht von ihren Gesichtszügen weichen wollte.

„Hier Tage danach — wir waren schon wieder auf hoher See — meuberte Wörle, daß Uffig am Hals, unter den Haaren verstreut, einen eigentümlichen Knoten hätte und nicht freisen wollte. Ich untersuchte sie und sagte ihm, daß sie krank sei, mehr möchte ich nicht; er solle sie lieber schon in Häre verkaufen, wenn sie bis dahin aushalte. Der Händler in Kobs habe ihn schwer betrogen.“

„Ausgeschliffen!“ sagte er entschieden, „der Mann sah viel zu ehrlich aus. Und schließlich — dreihundert Franken kann ich in jedem Fall bekommen, gezahlt habe ich aber nur fünfzehn Den. Wo ist da der Betrug? Und wär's ein Männchen, so würde er jetzt vielleicht schon nicht mehr leben, Hündinnen sind auf See viel jüher . . . übrigens hat das hübsche Geschwür am Hals kaum was zu bedeuten. Im Gegenteil! Da kommt mit einem Male alles Krankhafte heraus.“

Uffig brach ihm die Kasse voll; vor Fröhen wühlte er sich nicht mehr in seiner Kammer zu retten; Uffig teilte ihm mißmutig an, verlor zusehends ihre seidigen Haare und sah bald wie ein Gepensit von einem Hund in den Destrien eines Alkoholikers.

„Sie erhol sich von Tag zu Tag mehr“, sagte Wörle entzückt. „Sie machte sich zuerst nur an den schwarzen Koffel gewöhnen. Poh auf, wenn das überwunden ist, wird sie mir noch schöner und wertvoller.“

Er wusch ihr die Trübsaugen mit Schwefelblüte aus, bedeckte und fämmte sie, band ihr um den Hals ein gefärbenes Band aus seiner letzten Zigarettenhülle. „So flor de la Nobella“ stand darauf.

Aber am sechsten Tag bekam sie Krämpfe, legte sich auf die Seite, verweigerte den ihr zugebotenen Löffel Reizinus und starb.

Am Abend fand ich Wörle damit beschäftigt, ihr das Fell abzusziehen. Er strahlte vor Freude über das ganze Geschäft.

„Mensch“, sagte ich, „und deine vierhundert Franken?“

„Sozial ist das Fell allein wert . . . ich hatte mal einen Assistenten, der bekam für einen lumpigen Schleierschwanzfisch aus Yokohama von Hagenbeck siebenhundert Mark.“

„Aber der Fisch war doch lebendig!“

„Nun ja, aber er war nicht größer als so . . .“

„Inmerhin, Uffig ist doch tot.“

„Dafür ist sie bei weitem größer als der Fisch. Und das müßt du doch zugeben, solange sie lebte, hatte ich eigentlich allerhand Arbeit mit ihr. Nun trecke ich bloß mein Fell und dann — in die Kiste mit ihm, und das Geld ist so gut wie da. Vielleicht sollte man gleich nun Anfang an nur die Felle kaufen . . .“

„Na, denn man ja!“ sagte ich.

Zwei Tage darauf war Uffigs Fell verschwunden. Die Ratten hatten es verschleppt oder unsere schneidenden Wairofen hatten es, mit Reis garniert, gebrotten oder auch, es war nur versöhnlich dem aufständischen Steward über Bord geworfen worden.

Ich war neugierig, was Wörle nun wohl sagen würde. Ich erwartete Offenbarungen.

„Sieht zu“, sagte er, „die Sache kommt nun freilich anders als ich gedacht hatte. Aber nun Glück bin ich schon gewesen. Ich habe gleich am ersten Tag gesehen, wie Uffig die chinädische Zwergdogge, die dem Alten gehört, belegte hat. Das ist eine sehr gesuchte Kreuzung, und ich bin sicher, der Kapitän schenkt mir wenigstens zwei von den Jungen. Und für eins von ihnen kann ich in Häre oder Hamburg gut und orem meine zweihundert Franken verlangen.“

„Du bist ein Frächter!“ sagte ich, „Gott mit dir! Die Zwergdogge ist eine Hündin, und Uffig war eine Hündin. Auf die Kreuzung bin ich neugierig.“

Felix Linke: Auch die Materie lebt!

Seit uralten Zeiten drängt sich uns der Unterschied zwischen Leben und Lebendigen auf. Wir haben ihn auf alles übertragen, was uns umgibt, und er scheint uns eine grundlegende Tatsache zu sein. Je weiter aber unser Wissen in das dunkle Gebiet des Unbekannten vordringt, je mehr wir dort Reusand erobern, desto mehr Zwischenstufen stellen sich ein. Wie wie uns einstmals über die flüßigen Kristalle wunderten, mit denen Prof. D. Behnmann die Welt überraschte, wie zu Anfang des Jahrhunderts der Petersburger Arzt Martin Kudauf künstliche Zellen herstellte, die äußerlich ähnliches sahen wie Ernährung, Wachsthum, Bewegung und Fortpflanzung durch Selbstteilung, und die sich von den niedersten Gruppen der lebenden Zellen äußerlich gar nicht unterscheiden, so haben wir in der Verfolgung der Eigenschaften der toten Materie — insbesondere auch Lauchent ferngeleitet, die ebenso zu einer Ueberbrückung des

Toten und Lebendigen zu führen scheinen. Das starke Fortschreiten der Wissenschaft und Technik hat uns immer wieder auf diese Gebiete gedrängt. So hat sich der Ingenieur nicht weiter damit begnügen wollen, was ihm seine Baustoffe seit altersher boten. Er ging in den Anforderungen an sie über das Bekannte hinaus und erlebte dabei die interessantesten Ueberraschungen. Er lernte, selbst die „tobesten“ Stoffe, die Metalle, zu „vergüten“, zu kräftigen, durch Zufüge anderer Stoffe zu verbessern, zu härten oder zu erweichen, so daß wir heutzutage im Besitz von Metallen sind, die das Mehrfache von dem aushalten, was man ihnen ehemals zumuten zu dürfen glaubte. Die Untersuchung des inneren Befüges der Stoffe hat uns dann gelehrt, daß es von den verschiedenen Bearbeitungsarten, ja von der Benutzung des Stoffes abhängig ist, daß es vor allen Dingen nicht unverändert bleibt, sondern daß Umlagerungen und Veränderungen in ihm eintreten. Es ist vielleicht bekannt, daß man Hölzer, die zu akustischen Zwecken verwendet werden sollen, zuerst gern als Füllungen der Trommeln in Eisenbahnpersonenwagen einbaut, weil sie durch die ständigen Erschütterungen und Vibrationen günstige elastische Eigenschaften erwerben. Andererseits hörte man vom „Altern“ der Metalle, worunter man allerdings die verschiedenartigsten Erscheinungen zusammenfaßte: Angriffe durch Sauerstoff-Fraß, dem ja in erster Linie auch die Gewebe unter- und erliegen, Angriffe, durch wechselnde Belastung, namentlich bei Metallen, und anderes mehr. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer „Ernüchterung“ bei Stoffen und glaubte, daß sich durch bestimmte Beanspruchung das innere Befüge der Stoffe lockert.

Eine ganz neue Erscheinung hat man in den letzten Jahren kennengelernt, nämlich die Verfestigung von Stählen durch pulsierende Be- und Entlastung. In Amerika, in Deutschland, aber auch sonst hat man beobachtet, daß man durch gewisse mechanische Behandlung, namentlich durch pulsierende Schwingungen, Stähle fester machen kann, daß sie wertvolles technisches Hilfsmittel von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ausgemittelt werden kann.

Was aber ist es anderes als eine Art Leben im toten Stoff, das sich hier offenbart? Zwar wissen wir noch heute so wenig wie vor 1000 oder 5000 Jahren, was das Leben eigentlich ist und wie es mit dem toten Stoff zusammenhängt. Aber hier scheinen doch die ersten ersten Brücken der Erkenntnis geschlagen zu werden. Elektrische Erscheinungen spielen dabei keine unwichtige Rolle. Und wenn wir in Analogie mit den sonstigen immer rascher erfolgenden Fortschritten der Wissenschaft hier einen Wahrheitsgehalt ahnen wollen, so ist es die Hoffnung auf die endliche Lösung des alten Problems, das uns in der Philosophie seit Jahrtausenden unter so manzigen Formen und Gestalten wie: „Atomismus oder Dualismus“, „Kraft und Stoff“, „Geist und Materie“, „Theismus oder Atheismus“, „Leb und Seel“ narri und beschäftigt.

Erna Bujing: Fritze, der Fischotter

Fritze wurde von einer Hündin gefängt, aber Fritze blieb ein Fischotter. Seine Keimzelle führten ihn richtig ins Leben hinein. Die Züchter der Hündin — Annus nahm er als eine ihm nützliche Belegenheit wahr, die hündische Erziehung jedoch profitierte ihm ab. Er war ich, Fritze, der Fischotter. Das bedeutet für ihn, er lebt ganz im glücklichen Sein. Für ihn besteht die Gegenwart aus lauter reiflos ausgelassenen Augenblicken. Schön ist die Sonne, prächtig der Regen, angenehm der Wind, der das Fell durchpustet, famos ist das Fressen, herrlich das hauchschwerende Sattsein und köstlich ist der Schlaf.

Fritze führt ein von Gittern umhögtes, sorgloses Leben im Zoo. Mit seinen Kollegen spielt und ländelt er. Aus Uebermut macht er die tollsten Sprünge und er schwimmt und taucht, als ob er dem Sprühregen der großen Fontäne Konkurrenz machen wollte.

Fritze ist der erklärte Liebling der Zoobesucher. Er ist furchbar neugierig. Reifens stellt er sich hoch, um so alles zu sehen und oft kommt er „Bitte, bitte“ mochend aus Gitter. Fritze hat herrliche Zähne. Durch einen Biß töten sie einen großen, springelbendigen Fisch. Doch die Zuschauer sätern Fritze, nach echter Zoo-Publikum-Manier, mit Erbarmen, Zucker und trockenen Bröseln. Fritze nimmt alles, schleppt es herum, zieht es durchs Wasser und vermannt dann beratige Lederbissen.

Heute stand ein Herr Direktor vor Fritzens Grottenwohnung. Der Herr Direktor hatte seinen guten Tag. Darum war er in den Zoo gegangen und hatte seinen Privatskretär mitgenommen. Das war weniger ein Anfall von Menschlichkeit, als das Bestreben, Bilder herauszuflocken. Der Herr Direktor ist nämlich groß und fest. Er hat einen repräsentativen Bau, den er stark betont und herausfordernd zur Schau trägt. Auf diesem Bau wird, in großer Aufmerksamkeit, eine schwere goldene Uhrzeit als Kundgebung der Wohlhabenheit ausgestellt. Ein jeder muß, ob er will oder nicht, die goldene Zeite sehen. Diese Uhrzeit ist Geldes wert. Ein durch die Wohnungsnot und die vergebliche Wohnungssuche schon halb mehrgang gewordener Mensch rechnet dabei unwillkürlich aus, daß jedes Uhrzeitengeld, in Papiergeld umgesezt, ein Siedlungshauszimmer ergäbe. Neben bewusstem Direktor irrotet, folgiamer und besser bei Fuß, als ein Hund an der Leine, der Privatskretär. Er ist schwach und rüdzuglos, wie ein leicht zusammenklappbares Taschmesser. Dann und wann sagt, laut und drohend, indem er den jungen Mann mit Nachnamen ruft, der Herr Direktor etwas. Prompt antwortet dann der junge Mann: „Nawohl, Herr Direktor.“ Und einzig und allein um dieses deute, „Nawohl, Herr Direktor“, wurde der junge Mann mitgenommen. Weiß doch dadurch jeder, daß der soziale Herr Direktor seinem Untergebenen auch einmal einen guten Tag gönnt.

Der Herr Direktor bezieht dem jungen Mann, einen Apfel vom Fruchtverkaufstand zu holen. Geschwind wird der Apfel besorgt. Höchstpersönlich schneidet der Herr Direktor den Apfel durch und überreicht den halben Apfel Fritze, dem Fischotter, während er die andere Hälfte generös dem jungen Mann gibt. Der stammelt erfreut sich „Danke schön, Herr Direktor“ und beißt loslich in den Apfel hinein. Fritze stellt ein Pfäßen durchs Gitter, nimmt mit ganz spitzer Schnauze den halben Apfel und frisst ihn durchs Wasser. Dann setzt sich Fritze in Position, nimmt das Apfelstück in seine Händchen, guckt mit den neumann Augen Fischotteraugen den Geber an, schüttelt sich vor Ekel, gibt einmal unwilligen Pfeiflaut von sich und — wirft den Apfel ins Publikum.

Alles lacht und die Situation ist voller Hochn und deprimierend für den Herrn Direktor. Der geht eilenden Schrittes fort. Der junge Mann greift neben ihm her. Nach schnell wirft er einen nachvollten Blick auf Fritze und während er den letzten Bissen Apfel verbrüht, leuchtet er, beinahe vernichtend: „Ach, möchte ich doch auch noch einmal so unabhängig werden, wie Fritze, der Fischotter.“

Gautagung der Arbeiterjänger

Zu der Generalversammlung des Gaues Berlin und Umgegend des Deutschen Arbeiterjängerbundes in Eberswalde hatten sich 126 Delegierte eingefunden. Genosse Hilgert (Kupferhammer) erstattete dem gastgebenden 14. Bezirk den Jahresbericht, der ein anschauliches Bild von der Größe des Gaues gab. 228 Vereine mit 11 535 singenden und etwa 3500 passiven Mitgliedern sind dem Gau angeschlossen. Nicht geringe Schwierigkeiten waren und sind zu überwinden: Rot und Arbeitslosigkeit hemmen die Vereinsarbeit. Als positive Ergebnisse sind jedoch Rundfunk-Gesangsvorträge und das Mitwirken bei Veranstaltungen gemeinnütziger Art zu verzeichnen. Genosse Jaedicke hielt mit einer Kindergruppe des Vorkessors Eberswalde einen Lehrvortrag über neuzeitlichen Gesangsunterricht. Der Vortragende zeigte, daß sich mit seiner Methode hervorragende gefangliche Leistungen erzielen lassen. In der späteren Aussprache wurde einstimmig stärkere Unterstützung des Gesanges in den Kinder- und Jugendchören, von denen der Gau bisher 19 mit etwa 850 Kindern und Jugendlichen aufweist, gefordert. Die nun folgende mehrstündige Debatte über den Geschäftsbericht brachte wertvolle Anregungen über die Abhaltungen von Bezirksjängerversen, über Fahrpreisermäßigungen für Kinder- und Jugendchöre und über die Jugendbeilage zur „Grünen Sängerzeitung“. Bei der Aussprache über die Vorstandswahl kam jaghaft auch eine Liste der „Opposition“ zum Vorschein. Die Wahl des Vorstandes zeigte jedoch, daß im Deutschen Arbeiterjängerbund für Zellenbildner und Spaltplätze kein Raum vorhanden ist. Fast einstimmig wurden folgende Sangesbrüder gewählt: Schneider, 1. Vorsitzender, Kienast, 2. Vorsitzender, Schulz, Schriftführer, Steffen, Reek, Lehmann und Seitzler Beisitzer. Der Kontrollkommission gehören an: Die Sangeschwester Eggers und die Sangesbrüder Wigke und Janeyki. Unter Verschiedenem berichtete der 1. Vorsitzende über die Vorarbeiten und die Ausgestaltung des 1931 stattfindenden Gaujubilaums. Die unter der Leitung des Genossen Schneider harmonisch verlaufene Tagung wurde mit einem Appell Schneiders an die Einigkeit der Arbeiterjänger geschlossen.

Wit Weibel bei den Eitelkannern. Wit Weibel, der bekannte Schloßer-Fachmann, ist am Sonnabend, 12., und Sonntag, 13. April, mit seinem Sohne Paul Erdmann bei den Eitelkannern im Theater am Kottbuser Tor zu hören und wird dort seine neuesten Schloßer-Praktiken am Mikroskop vorführen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat Berlin S 268, Lindenstraße 2, zu richten.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprachstunde heute, Sonnabend, 12. April, von 11-12 Uhr, im Jugendheim Kollnsee, 4. Kellerarbeit zum Kirchentag!

10. Kreis Zehlendorf. Montag, 14. April, 20 Uhr, Kreisamtliche Versammlung im Lindenpark, Berliner Ecke Gartenstraße in Zehlendorf, Vorstand des Genossen Emil Barth.

11. Kreis Kreuzberg. Die Abteilungen werden aufgefordert, die Karten zur Veranstaltung der Arbeiterturner am Sonntag, im Reichsbankhof sofort im Sekretariat abzurufen.

17. Kreis Lichterfeld. Teilungsausschüsse: Sitzung am Sonntag, 14. April, um 19 1/2 Uhr, bei Wina, Leopoldstr. 19, Ecke Emanuelstraße.

Heute, Sonnabend, 12. April.

- 24. Mt. Die Bezirksleiter, welche die Adressen der Mitglieder des „Vorwärts“ noch nicht abgefordert haben, wollen diese sofort beim Abteilungsleiter abgeben.
- 10. Mt. Wittenau. Sitzung, Bezirksleiter! Die noch im Umlauf befindlichen „Vorwärts“-Listen müssen — soweit dies nicht schon geschehen — reiflos allen Genossen zur Zeichnung vorzulegen und dann abgeschickt werden. Die Karten für unsere Wochensitzung sind gleichfalls baldmöglichst allen Genossen und Parteimitgliedern vorzulegen.

Morgen, Sonntag, 13. April.

72. Mt. Wilmersdorf. Die Genossen werden gebeten, an der 16-Jahr-Feier des G.A.J. um 19 Uhr im Jugendheim Wilhelmstraße teilzunehmen.

Jungsozialisten.

Gruppe Reinickendorf: Wir betiteln uns an der Werbetouraktion der Gruppe Prenzlauer Berg heute, Sonnabend, 20 Uhr, im Jugendheim Kollnsee. Die Veranstaltung wird in Form eines Ritt-Abends durchgeführt. Eine rege Beteiligung wird erwartet.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Heute Wanderung nach Wehnertsdorf. Treffpunkt und Abfahrt 17 1/2 Uhr von der Keilstraße über Straße, Linien 1 3/4 ohne Straßenbahn. Teds mitbringen.

Kreis Kreuzberg. Am Sonntag treffen sich alle Mitwirkenden an der G.A.J.-Veranstaltung in der Lichtung um 6 1/2 Uhr Postweg U-Bahn. Wohnen und Wimmel mitbringen. Am Sonntag um 12 1/2 Uhr kommen im Jugendheim Herthastraße alle Gruppen aus Uden zur Wochensitzung.

Gruppe Wehnertsdorf: Wir fahren am Freitag, 12. April, ab. Treffpunkt 18 45 Uhr Antonplatz. Wir kommen am Sonntag, 21. April, gegen 20 Uhr am Bahnhof Wehnertsdorf an.

Witter: Heute von 17-19 1/2 Uhr kommen alle Helfer mit den roten Hüllen und Ansteckern zur Vorbereitung der Feier für die Sambarer im Helm-Reichsbankhof. 20 zusammen. Gruppe Eintracht trifft sich dazu um 16 1/2 Uhr am Kollnsee (Reuben Engelhardt). — Morgen, Sonntag, von 9-12 Uhr, Parteitag für die Helfer im Jugendheim Kollnsee. 18. Parteitag für die Stammbesucher und Parteimitglieder mitbringen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

77. Mt. Schöneberg. Unserem lieben Genossen Julius Simon und seiner Gattin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sedanstraße 27-28, Hof 2. Etz. Mitte, Sportabteilung: Sonnabend, 12. April, 20 Uhr, Gründungsfeier im Gewerkschaftshaus, Sozial 1; anschließend Tanz. Gehr willkommen. — Schöneberg, Bezirksleiter: Sonntag, 13. April, Treffpunkt im Familienwohnhause, R.A.Z.-Sportplatz, Friedrichsfelde. Refereat gratis. Ortsleiter: Besichtigung des Flubelens. Sportabteilung: Vorbereitung um 12 Uhr, Sportplatz, Gärten Tempel um 14 Uhr.

Reinickendorfer Arbeitervereine „Republik“, Berlin Witten. Sonntag, 13. April, 18 Uhr, Schützen auf den Schießständen im Schützenhaus Zehlendorf. Wohnen-Chauffeur. Es bestellt sich der ganze Kreis daran.

Reichsbund der Arbeiterkassen, Kreisleiter: Sonntag, 13. April, 20 Uhr, in Hermann-Schüler, Sportplatz, 24. Monatsversammlung. Wählen zum Bundesrat und Referat über Sozialpolitik auf Grund der Verfassung.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin S 268, Lindenstraße 2

Welt werde froh!

Jugendfeier morgen, Sonntag, in der Lichtung (am Bahnhof Gesundbrunnen), Ruft. Eberhard, Selma, Katalin, Film. Beginn 11 Uhr. Eintritt 40 Pf.

heute, Sonnabend.

Kottbuser Tor: Beim Kaiser Str. 27-28: Unsere Stellung zu den gegenwärtigen Wanderversammlungen. — Wilmersdorf: Beim Wilhelmstraße 123: Lichtbilder aus der Wilmersdorfer Bewegung. — Spandauer: Beteiligung an der Bezirksversammlung. — Kreuzberg, R. A.: Beim auf dem Outback der Gartenstraße: „Unser Zukunftsbild“. — Prenzlauer Berg: Generalprobe für den Werbestand im Reichsbankhof, 7. 18 1/2 Uhr. Mit-Genossen ebenfalls. — Werbestadt Prenzlauer Berg: Landkreis: Volksabend 19 1/2 Uhr im Heim Prenzlauer Str. 62. — Werbestadt Kreuzberg, Zumbartstraße: Leben 19 Uhr im Heim Kollnsee.

Werbestadt Wittenau: Beim Kollnsee, 4. 20 Uhr: M.-B.-Jugendversammlung. Alle Gruppen müssen vertreten sein.

Werbestadt Lichterfeld: Beim Guntterstr. 44, kleines Zimmer, anheftende M.-B.-Vorhandlung. Schreiben aller M.-B.-Mitglieder in Pflicht.

Morgen, Sonntag, Treffpunkte zur Werbestadt.

Köllnsee: 10 Uhr vor dem Heim Kollnsee, 18. — Wilmersdorf: 10 1/2 Uhr „Welt der Erde“. — Kreuzberg: 10 1/2 Uhr Bahnhof Reinickendorf. — Wilmersdorf: 10 1/2 Uhr Bahnhof Hermannstraße. (Sonntag im Heim Besprechung zur Osterfeier.) — Prenzlauer Berg: 10 1/2 Uhr „Fest der Erde“, Markt. — Werbestadt Prenzlauer Berg: Treffpunkt 10 Uhr Schönbauer Allee 62, Danziger Straße. Nehmen mitbringen. — Werbestadt Lichterfeld: 10 1/2 Uhr Bahnhof Kollnsee, Allee. — Wilmersdorf: Beim Wilhelmstraße 123: 19 Uhr Werbestadt. Ruft. Lichtbilder, Witz-„Lenten“. — Werbestadt Schöneberg: Gründungsfeier der Aht. Eintracht. Alle Gruppen treffen sich 18 1/2 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Gruppen anderer Bezirke sind einladen.

Die deutsche Tüllgardie ne.

Bei Kroll veranstaltet der Propaganda-Ausschuss der deutschen Tüllgardienweberinnen Blauen vom 10. bis 15. April eine Gardienausstellung. Wirkungsall drapiert, in verschiedenartiger hübscher Musterung, präsentiert sich die deutsche Gardie in prächtigster Gestalt. Bei der Gardie, dem Heimchen, hat die Hausfrau das letzte Wort zu sprechen. So ergibt an sie der Ruf, ihren Bedarf in heimischen Erzeugnissen zu decken, die restlos allen Wünschen und Forderungen entsprechen. Der Propaganda-Ausschuss zeigt im Rahmen seiner Werbeweche auch in den Kaufhäusern und einschlägigen Geschäften seine hochwertigen Erzeugnisse.

Karlstadt verstedt Osterfeier. Der Tag des Osterfestes durch das Kaufhaus Karlstadt ist der Sonntag vor Ostern. Die Ostfeiern können dann bis Ostern an den Kassen des Warenhauses eingekauft werden.

Für Viehler. Jeden Sonntag, 11 Uhr, verkehren vom Schloßpark Bahnhof (Droschdenalstraße Fernbahnhofs) für Interessierten Freilauter aus Siedlung Gartenstadt Trebbenerhof. Beachten Sie das Infertat in der Sonntagsausgabe.

Allgemeine Wetterlage.



Ein langgestrecktes Hoch hat sich langsam von Skandinavien nach Mitteleuropa verlagert. In seinem Bereiche herrschen schwache Winde ohne einheitliche Richtung. In Deutschland steigen die Temperaturen am Tage bei heiterem oder wolkigem Wetter vielfach über 15 Grad. Ueber England und dem Nordmeer fällt das Barometer jetzt ziemlich stark. Wir werden infolgedessen am Sonnabend in dem Bereich südwestlicher bis westlicher Winde kommen. Zunächst wird damit wohl noch keine wesentliche Wetteränderung verbunden sein. Doch können uns eventuell später in dem Weststrom Störungen erreichen und uns Regen bringen.

Wetter für Berlin: Beständiges Wetter mit fortschreitender Erwärmung. — Für Deutschland: Im Süden heiter, im Nordwesten Niederschläge, sonst im Reich vorwiegend wolkig, noch etwas wärmer.



Jugendliche Glocke

aus guter Hanfborde in vielen Modelfarben und verschiedenen Ausführungen 3 90

Moderner Damen-Hut

kleinere Glockenform aus Crisol, mit Spitze abgesetzt, in verschiedenen modernen Farben... 7 90

Fesche jugendliche Spitzenglocke in vielen modernen Farben mit habscher Atlasband - Garnitur

NUR 7.50

H E R M A N N T I E T Z

Uhren von Wiese die gehen präzise

Zum Osterfest

ist das beste Geschenk eine

Armband- oder Taschenuhr

Goldene Damen-Armbanduhr, 14 karätig, von 19,00 M. an
 Silberne Herren-Armbanduhr von 15,- M. an
 Herren-Taschenuhr von 3,50 M. an

Schriftliche Garantie

Hermann Wiese N., Artilleriestraße 30
 Reichhaltig-Gold- u. Silberwarenlager nur: S. Kottbuser Damm 2

Passende Einsegnungs-Geschenke